

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis 3 Mark monatlich 1.10 Mk.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inertions-Gebühr
Gebührt für die sechsgehaltene Kolonelle
Seite oder deren Äquivalent 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Besprechungen

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Freitag, den 10. Dezember 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kriegsfragen und Friedensprobleme vor dem Reichstage.

Wir wollten über die Reichstagsitzung einen Artikel
bringen, der die Verhandlungen von unserem Standpunkt
aus einer Würdigung unterzog. Leider sind wir nicht in der
Lage, den Artikel unseren Lesern zur Kenntnis bringen zu
können. Wir müssen es deshalb den Genossen überlassen,

sich auf Grund des Verhandlungsberichts selbst ihr Urteil
über die historischen Vorgänge dieses Tages zu bilden.

Bürgerliche Zeitungen haben ihre Meinung geäußert,
wie aus nachstehenden Pressestimmen hervorgeht:

„Berliner Tageblatt“:

„Um das Wichtigste vorwegzunehmen: nach einer Rede des
Abgeordneten Scheidemann, die in der Form glänzend, in den
Schlußfolgerungen zugleich gemäßig und bestimmt, in allen Sätzen
von einem unerschütterlichen patriotischen Empfinden durchwärmt war,
hat der Reichskanzler denjenigen, die ihn aufforderten, mit einem
Friedensangebot hervorzutreten und sich klar von gewissen, ins Endlose
führenden Eroberungstheorien zu trennen, eine verneinende
Antwort erteilt. Herr v. Bethmann Hollweg hat darauf hingewiesen,
dass die Gegner einseitigen noch von der Vernichtung und der
Zerschlagung Deutschlands träumten, und er hat die Ansicht geäußert,
jedes Friedensangebot von unserer Seite würde eine Torheit sein.
Solange er damit hat sagen wollen, dass ein Friedensangebot gegenwärtig
vermutlich noch aussichtslos wäre, und dass die feindlichen
Regierungen es ablehnen würden, schlichen wir uns seiner Meinung an.
Auch der Abgeordnete Scheidemann hat ja aus seinem Zweifel am
Erfolge eines solchen Vorhabens kein Hehl gemacht. Er will, dass
Deutschland zuerst seine Friedensbereitschaft beweise, weil er es von
dem geschichtlichen Rhythmus des Friedensbringers umgänzt sehen will.
Wissen die Gegner das Angebot zurück, so werde das ganze deutsche
Volk um so entschlossener den Kampf fortsetzen und einzig in der
Verteidigung zusammenstehen.“

Aber die ganze Frage des Friedens ist ja natürlich mit der
Frage der Friedensbedingungen, mit der Frage der Forderungen,
eng verknüpft. Herr Scheidemann konnte über diese
Bedingungen schon deshalb klar seine Ansicht sagen, weil er, zum
Unterschied von manchen anderen Reden, darüber eine klare und nicht
mit dem Tage wechselnde Ansicht hat. Wir bedauern, dass es uns
nicht möglich ist, ähnlich deutlich zu sprechen, und wir können nur
bemerkten, dass unsere Zurückhaltung in diesem Punkte weder durch
Unsicherheit, noch durch Nachgiebigkeit gegenüber dem Drängen der
einen oder der anderen Seite verursacht ist. Während auf der Reichstags-
tribüne das Wort frei ist, unterliegt das gedruckte Wort heute
bekanntlich mancherlei Beschränkungen, und man könnte den für
richtig erachteten Standpunkt nicht in seinen Einzelheiten darlegen,
könnte nichts begründen, könnte sich nur in abgegriffenen allgemeinen
Redensarten ergehen. Wir müssen uns damit begnügen, zu sagen,
dass wir es weder mit denen zu halten vermögen, die nach keiner
Richtung hin etwas wünschen, noch mit denjenigen, die sich nicht
entschließen können, zwischen sich und den Allernächsten-
erobrerern einen scharfen Trennungspunkt zu ziehen. Herr v. Bethmann
Hollweg hat, wie früher, die notwendigen Sicherungen gegen
feindliche Ueberfälle verlangt. Das will jeder vernünftige Deutsche,
will gewiss auch Herr Scheidemann. Aber mancher meint, man müsse
halb Europa, oder mehr, besitzen, um die Grenzen Deutschlands sicher-
zustellen, und übersteht dabei, dass man erstens den Krieg dadurch
bereits und zweitens doch schließlich immer wieder neue Grenzen
zu sichern hat. Es ist gewiss wünschenswert, dass die Gegner, wie
Herr v. Bethmann Hollweg sagt, über keine Ausfallstore mehr gegen
Deutschland verfügen, aber wenn man nach den aussschweifenden
Ideen der Ueberanexionisten verfährt, steht man, und ungezogen
bis zum Rande der Welt, immer wieder vor einem Ausfallstore. Doch
es ist, um das zu wiederholen, nicht möglich, dieses sehr vielseitige
Problem ohne Verstoß gegen die bestehenden Vorschriften nützlich
und verständlich zu behandeln, und von Andeutungen, die leicht zu
Missverständnissen führen könnten, steht man besser ab. Diejenigen aber,
die jeden Frieden, dessen Ergebnisse nicht ins Uebermäßige gehen, im
voraus verwerfen, seien auf ein Wort aus dem schon neulich hier
zitierten Schreiben des Erzherzogs Karl aufmerksam gemacht. Dieser
österreichische Feldherr hat, in langen Jahren, den Krieg aus der
Nähe kennen gelernt. Und er ist am Ende seines Lebens zu der
Meinung gelangt, auch der glorreichste Frieden könne nur in den
seltensten Fällen ein vollwertiger Ausgleich für die Schäden des Krieges
sein.“

„Bosnische Zeitung“:

„Aber nicht jeder seiner Redetage ist auch für den Kanzler
ein großer Tag. Der heutige war es jedenfalls nicht. Von den
zwei Reden, die Herr v. Bethmann Hollweg in der kurzen Zeitpanne
von 10 bis 12 Uhr heute vormittag gehalten hat, war die erste völlig
nüchtern und unwesentlich, während in der zweiten wenigstens
einige Stellen von praktischer Bedeutung und geschickter Wirk-
samkeit gewesen sind. Der Eindruck der ersten Rede wurde noch dadurch
wesentlich herabgemindert, dass der Reichskanzler sich nur selten vom
Manuskript befreien konnte. Und seine Vorlesung wirkte dadurch
nicht frischer, dass eine Abschrift seines Manuskriptes vor dem neben
ihm sitzenden Chef der Reichskanzlei lag und von diesem fortwährend
nachsah und umgeblättert wurde. In dieser Rede stand nichts,
was nicht jeder Zeitungsläser schon in unzähligen Leitartikeln gelesen
hat.“

Nach dem Reichskanzler sprach sofort der sozialdemokratische
Abgeordnete Scheidemann. Er begründete die Friedensinterpellation
seiner Partei mit der ihm eigenen, ruhigen Sachlichkeit. In jedem
Satz sah der Würde des Ortes und der Verantwortlichkeit der Stunde
Gewicht. Mit Recht konnte der Reichskanzler, der sich zur sofortigen
Erantwortung der Interpellation bereit erklärt hatte, im Beginn

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
9. Dezember 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Lebhafte Artilleriekämpfe an verschiedenen Stellen der
Front, besonders in Flandern und in Gegend der Höhe 193
nordöstlich von Sonain.

Ein französisches Flugzeug wurde südlich von Vapaume
zur Landung gezwungen; die Insassen sind gefangen ge-
nommen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von einzelnen Patronillengefechten ist nichts
zu berichten.

Balkanriegsschauplatz.

Die Kämpfe südlich von Plewje, südlich von Ejenica
und bei Zpet werden mit Erfolg fortgesetzt.

Djakova, Debra, Struga und Ohrida sind von bulga-
rischen Truppen besetzt. Die Kämpfe am Bardar sind in
günstigem Fortschreiten.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 9. Dezember. (W. Z. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 9. Dezember 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die vergeblichen Angriffsunternehmungen der Italiener gegen
einzelne Abschnitte unserer Front im Górzischen dauern fort.
Solche Angriffe wurden bei Oslavija, am Monte San
Michele und bei San Martino abgeblasen. Bei Dolje
(nordwestlich von Tolmein) verbeserten unsere Truppen ihre
Stellung durch Eroberung eines feindlichen Frontstückes. In
Südtirol beschießt die italienische Artillerie einzelne Stellungen
in unseren besetzten Räumen von Lardaro und Riva.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Auf den Höhen südöstlich von Plewje wurden montenegrinische
Banden zerprengt. Im Grenzgebiete nördlich von Berane haben
wir den linken Flügel der Montenegriner zum Weichen gezwungen.
Auch die Kämpfe gegen den rechten Flügel des Feindes verlaufen
erfolgreich. Auf den Höhen westlich von Zpet waren wir ser-
bische Nachhut. Zahl der gestern eingebrachten Gefangenen:
zwei Offiziere und 1000 Mann.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
v. Doerfer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Eines unserer Uferboote hat am 7. vormittags
im Drin-Golf einen albanischen Motorsegler,
auf dem sich 30 serbische Wirtsrückflüchtlinge mit Gewehren, vier
Geschütze und Munition befanden, festgenommen und nach Cattaro
eingebracht.
Flottenkommando.

seiner zweiten Rede hervorheben, dass die Freude des Auslandes am
Wortlaut der Interpellation durch die Begründung arg zerrüttert wor-
den sei. Denn Scheidemann betonte mehrfach ausdrücklich, dass er vom
Frieden nur deshalb zu sprechen wage, weil die militärische Situation
des Vaterlandes stark und ungerührbar sei. Er betonte, wie schon in
früheren Reden, dass das deutsche Volk zwar, wie die anderen Völker
auch, den Frieden herbeisehne, dass es aber bereit sei, so lange zu
kämpfen, bis die andern Völker die Situation klar erkennen und uns
die Möglichkeit bieten, einen ehrenhaften und dauernden Frieden zu
schließen.

Wer von der zweiten Rede des Kanzlers nun endlich die großen
Aussätze und Gesichtspunkte erwartet hatte, die er uns schon so lange
schuldig geblieben ist, sah sich schwer enttäuscht. ... Es war
im Grunde genommen eine sich ins Kleinliche verlierende
Polémique gegen die englische Heuchelei, die unter allen möglichen
scheinheiligen Vorwänden Hunderttausende blühende Menschenleben
aus allen Völkern des Erdballes auf die Schlachtbank gerrät. Als
positives Kriegsziel stellte er wie schon im Sommer dieses
Jahres die unbedingte militärische Sicherung Deutschlands gegen
feindliche Einfälle und die Sicherung der wirtschaftlichen Entfaltung
Deutschlands in der Zukunft hin. Er betonte, dass uns irgendwelche
annehmbaren Friedensvorschlüsse vorläufig noch von keiner Seite ge-
macht worden seien, und dass Deutschland solche Vorschlüsse, wenn sie
an das Reich verantwortlich herantreten, selbstverständlich sorgfältig
prüfen werde. Das war alles nichts Neues. Nur ein Satz, der eigent-
lich schon lange hätte gesprochen werden müssen, schien in der Kanzler-
rede von wirklicher Bedeutung. Herr v. Bethmann wies mit be-
sonderer Betonung darauf hin, dass, je länger und je verbitterter
unsere Gegner den Kampf führen, desto mehr das Maß von
Gacantien wachsen würde, das wir fordern müssen.“

„Berliner Lokal-Anzeiger“:

„Heute war schon in der Umgebung des Reichstagsgebäudes zu
merken, dass mit einem großen parlamentarischen Tage gerechnet
werde. Zwar wurde unauffällig und vorsorglich etwaigen
Kundgebungsgeleiten ein Kiesel vorgehoben, aber es
herrschte ein lebhaftes Treiben. ...

Nachdem sich der anhaltende Beifall, der der Rede des Kanzlers
folgte, gelegentlich der Abgeordnete Scheidemann die
sozialdemokratische Interpellation, unter welchen Bedingungen
Deutschland zum Frieden bereit wäre. Er war sich der Verantwort-
lichkeit seiner Worte bewusst und trug ihr volle Rechnung. Er glaubte
über den Frieden sprechen zu dürfen, weil alle Völker ihn ersehnten
und nur die Staatsmänner nicht wissen, wie sie aus der Sadgasse
herauskommen können, in die sie geraten sind. In diesem Kriege
dürfte der Sieger, also wir, den ersten Schritt tun. Das könne nicht
als Schwäche ausgelegt werden. Doch vergah Herr Scheidemann
nicht, mit aller Entschiedenheit zu betonen, und das war besonders
wichtig, dass seine Partei noch wie vor entschlossen für die Verteidigung
des Vaterlandes eintritt, dass auch sie weiterkämpfen will, wenn
der Gegner den Frieden nicht will.“

„Arenz-Zeitung“:

„Der Reichskanzler, der unmittelbar nach Herrn
Scheidemann zum zweiten Male das Wort ergriff, gab der Hoffnung
Ausdruck, dass die Rede wohl in der Hauptsache die Hoffnung der
Gegner auf eine etwaige innere Spaltung in Deutschland ent-
scheidend werde. ... Bei der Vertikung von Schuld und In-
teressens, die unsere Gegner kennzeichnen, sei jedes Friedensangebot
nicht nur eine Torheit, sondern es werde den Krieg zugleich ver-
längern, statt ihn zu verkürzen! Deutschland kann im Bewusstsein
seiner großen militärischen Taten und Erfolge jede Verantwortung
für die Fortsetzung des unheilvollen Krieges ablehnen, es werde
aber ein Fortschritt gegen sich selbst begehren, wenn es eher aufhöre,
als bis nicht eine politische, militärische und wirtschaftliche Sicherung
gegen neue Einbrüche der Feinde bestehe. Weder im Osten,
noch im Westen dürfe der Feind künftig Einfallstore haben, durch
die er uns erneut bedrohen kann. Auch diese Rede, die die von
allen guten Deutschen gewünschte fräufige Antwort auf
vorgezeitiges Friedensgerede darstellt, fand in Haus und
Tribünen stürmischen Beifall. Die Zustimmung aller
bürgerlichen Parteien, einschließlich der fortschrittlichen
Volkspartei, brachte in einer kurzen Erklärung jodann der Abge-
ordnete Spahn zum Ausdruck. Seine Erklärung betonte, dass alle
Mittel, einschließlich etwa notwendiger Erwerb-
ungen, dem deutschen Volke recht sein mühten, um zu einem
dauernden und ehrenvollen, die Grundlagen der deutschen Zukunft
sichernden Frieden zu gelangen.“

„Deutsche Tageszeitung“:

„Im Gelben Saal des Deutschen Reichstags, der in dieser
Sitzung nicht nur die Fülle, sondern die Ueberfülle eines „großen“
Tages zwischen seinen vier Wänden zu bergen hatte, haben heute
der deutsche Reichskanzler und die deutsche Volkspartei sich
über Krieg und Frieden ausgesprochen. Und Sinn und Ergeb-
nis dieser Aussprache war, in einer kurzen Formel zusammen-
gefasst: die deutsche Reichsregierung ist, in vollem Einklange mit
der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, fest und
unbedingt entschlossen, in diesem Kriege nicht nur aus-
zuhalten, bis unsere Feinde von ihren „Vernehmungs“-Plänen ab-
stehen, sondern ihn durchzuführen bis zu einem Siege, wie ihn eine
sichere und glückliche deutsche Zukunft erfordert. ...

Es waren treffende und vortreffliche Worte, die
der Reichskanzler namentlich am Schlusse seiner zweiten
Rede sprach; sie lösten eine Kundgebung so elementarer Zu-
stimmung im Hause wie auf den Tribünen aus, wie sie der Deutsche
Reichstag kaum je erlebt haben dürfte.

Und der Eindruck dieser begeisterten Zustimmung wurde noch
vertieft und vertieft durch die Erklärung, die gleich darauf der Ab-
geordnete Spahn namens aller bürgerlichen Parteien
abgab: dass das deutsche Volk fest entschlossen sei, auszuhalten und
zu kämpfen bis zu einem Siegespreise, der unseren unge-
heuren Opfern entspricht; bis zu einem Siege, der uns alle für
unsere Zukunft nötigen Sicherheiten, einschließlich der dafür not-
wendigen Erwerbungen, bringt. Auch dieser Erklärung
folgte langanhaltender, jubelnder Beifall.

Nach diesen Erklärungen müssen auch unsere
verblendetsten Feinde wissen, woran sie mit Deutsch-
land sind. Dass das ganze deutsche Volk nicht nur durchhalten,
sondern siegen will, bestätigte im Grunde auch die zweite
sozialdemokratische Rede, die Genosse Landsberg
hielt.“

(Anm. der Redaktion des „Vorwärts“: Das seit Gedruckte ist
auch in der „Deutschen Tagesztg.“ durch Zeitdruck ausgezeichnet.)

„Post“:

„Zum Schluss ergab sich dann noch eine längere Geschäfts-
ordnungsansprache, da infolge eines Missverständnisses ein Schluf-
antrag angenommen wurde, so dass es dem Abgeordneten Lands-
berg, als Vertreter der anfragenden Partei, nicht mehr möglich
war, das Wort zu ergreifen. Nach Aufklärung des Missverständ-
nisses wurde die Erörterung wieder eröffnet, in der der Abge-
ordnete Landsberg eine durchaus ruhige und sach-
liche Begründung des Standpunktes seiner Partei gab. Der
Schluss seiner Ausführungen, die als ein Zeugnis für die Einigkeit
des deutschen Volkes gelten müssen, war: „Wer das Messer erhebt,
um Stücke vom Körper des deutschen Volkes zu schneiden, wird das
in der Verteidigung einmütige deutsche Volk treffen, das ihm das
Messer aus der Hand schlagen wird.“

„Tägliche Rundschau“:

„Ein bedauerliches Versehen des Bureaus, wodurch der Genosse Dr. Landsberg keine seine kostbare Rede gekommene wäre, entseelte eine Geschäftsordnungsdebatte, der anfänglich bedrohlichen Umfang anzunehmen schien, erfreulicherweise aber bald durch das verständnisvolle Entgegenkommen der bürgerlichen Parteien beigelegt wurde. Auch das wäre für die Würde des Tages besser vermieden worden. Herr Dr. Landsberg brachte sodann gleichfalls in erfreulich maßvoller Form seine Meinung über die Friedensbedingungen zum Ausdruck, und damit fand der Tag einen harmonischen und dem Geiste der gesamten Verhandlungen würdigen Abschluß.“

„Freiwillige Zeitung“:

Was der Kanzler in dieser seiner (ersten) Rede auszusprechen unterlassen hatte, das trug er später nach, und zwar innerhalb der Tagesordnung als Antwort auf die Friedensinterpellation der Sozialdemokratie. Abg. Scheidemann war es, der diese Interpellation, in der der Reichskanzler gefragt wurde, ob er bereit sei, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er in Friedensverhandlungen einzutreten geneigt sei, in einer der sozialdemokratischen Auffassung entsprechenden, aber klar und vorzüglich abgewogenen Rede begründete. Der Standpunkt Scheidemanns ist bekannt, der sozialdemokratische Abgeordnete machte auch selbst darauf aufmerksam, daß er hinsichtlich der Friedensfrage jetzt genau das gleiche sage, was er schon vor längerer Zeit in öffentlichen Versammlungen erklärt habe. Eigenartig war die Begründung Scheidemanns insofern, als er außer acht ließ, daß die Interpellation eigentlich zwei Fragen enthält. Erstens die, ob der Kanzler überhaupt geneigt sei, in Friedensverhandlungen einzutreten, zweitens, wenn ja, welche Friedensbedingungen er vorzuschlagen habe. Abg. Scheidemann beschäftigte sich mit der letzteren Frage gar nicht, wohl aus der Ueberzeugung heraus, daß es selbst dem „genügsamsten“ Staatsmann nicht möglich ist, im gegenwärtigen Augenblick darüber etwas zu sagen. Das hat ja auch die sozialdemokratische Presse in ihrer großen Mehrheit anerkannt, so beispielsweise die Frankfurter „Volksstimme“, die es als im höchsten Grade vermessene bezeichnet, heute schon die Bedingungen des Friedens festzulegen, und das „Hamburger Echo“, das es als Meinung der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hinstellte, daß der Reichskanzler gerade im Interesse der Friedensförderung einen Verzicht auf Annexionen jedenfalls nicht von vorn herein aussprechen könne. . . .

Diese zweite Rede des Reichskanzlers entseelte noch stürmischeren Beifall als die erste, und eine Erklärung, die der Zentrumsgesandte Spahn namens sämtlicher bürgerlichen Parteien verlas, diente dazu, die Uebereinstimmung des Volkes mit der Auffassung des obersten Staatsmannes festzustellen. Daß in ihr auch von den „erforderlichen Gebietsveränderungen“ gesprochen wurde, veranlaßte eine besonders starke Zustimmungsgelände.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte, die durch einen verheerlichen herbeigeführten Schluß der Diskussion veranlaßt wurde und die etwas härmlich begann, dann aber friedlich endete, nahm der sozialdemokratische Abg. Landsberg das Wort, um noch einmal auf die eben behandelten Fragen einzugehen. Ebenso wie Scheidemann fand er öfter den Beifall des ganzen Hauses, besonders in seinen Schlussworten, in denen er den Gedanken einer Wiederabteilung Ost- und Westpreußen an Frankreich und überhaupt jedes Verzichtes auf eine Handbreit deutschen Bodens energisch zurückwies.

Aus dem Reichstag

geht uns über die gestrige Sitzung eine Erklärung zu, deren Inhalt auf dem Boden der Ausführungen steht, die Genosse Haase gestern im Reichstoge gemacht hat. Die Erklärung ist bis jetzt von 31 Abgeordneten unterschrieben.

Auch Asquith erwartet die Friedensvorschläge der — anderen!

London, 8. Dezember. (W. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Im Unterhause forderte Snowden (Arbeiterpartei) Asquith auf, zu versprechen, daß kein durch ein neutrales Land oder eines der kriegführenden Länder gemachter Vorschlag zu Friedensverhandlungen, der die Räumung der eroberten Gebiete zur Basis habe, ohne Wissen des Parlaments zurückgewiesen würde. Asquith antwortete, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Rußland seien übereingekommen, keinen Sonderfrieden zu schließen. Wenn ernstgemeinte Friedensvorschläge von feindlichen Regierungen entweder direkt oder durch neutrale Länder gemacht würden, würden sie zuerst von den verbündeten Regierungen besprochen werden. Bis dahin könne er kein anderes Versprechen geben. Sollten Friedensvorschläge gemacht werden, so würde es die Regierung für wünschenswert halten, das Parlament so früh als möglich ins Vertrauen zu ziehen.

Lord Robert Cecil brachte eine Gesetzesvorlage ein, durch die das Verbot des Handels mit Feinden auf Personen ausgedehnt werden soll, bei denen infolge ihrer feindlichen Nationalität oder ihrer Beziehungen zu den Feinden solche Beschränkungen wünschenswert erachtet werden, auch wenn sie nicht in einem feindlichen Lande wohnen oder Handel treiben.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 8. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Bericht vom 7. Dezember. Die Verfolgung der Franzosen heiderseits des Bardar wird von unseren Truppen fortgesetzt. Wir besetzten die Eisenbahnstation Demir Kapu und stehen 12 Kilometer östlich davon. Unsere Truppen haben das Dorf Grabica (auf der Karte nicht auffindbar) von drei Seiten eingeschlossen. Es kam hier zu einem heißen Kampfe, der bis Mitternacht dauerte. Eine unserer Kolonnen griff ein französisches Bataillon bei dem Dorfe Petroz an, südlich der Bahnstation Sudowa, und zerprengte es durch einen Bajonetangriff. Sie nahm dessen Lager vollständig in Besitz. Unsere südlich von Strumitza operierenden Truppen sind südlich von Kosturino vorgerückt. Sie greifen die Franzosen und Engländer auf der ganzen Front an. 114 Engländer sind gefangen genommen, 2 Kanonen, 2 Munitionswagen und 1 Maschinengewehr erbeutet worden. Es wird erbittert gekämpft. Unsere von Rikewo und Monastir gegen Daxrida vordringenden Kolonnen sind in die Daxridaebene hinabgestiegen und haben die Stadt Daxrida in Besitz genommen. An der serbisch-montenegrinischen Front dauert das Ein sammeln der ungeheuren Mengen von Beute bei Diakova fort. 18 Kanonen, 100 Munitionswagen, 15 Automobile, 4 Fahrwerke mit Kriegsmaterial usw. wurden erbeutet.

Die militärische Bedeutung Italiens.

Von Richard Sädle.

Berlin, 7. Dezember.

Die kriegerischen Erfolge des italienischen Heeres sind nicht gerade geeignet, die Begeisterung des Volkes für diesen Krieg zu erhalten; sie vermögen kaum das langsame Erweichen der Selbstbestimmung zu verzögern. In manchem Kopfe mag doch wohl schon jetzt der bange Zweifel sich bohren einmischen, ob das Land auch wirklich auf die richtige Seite gefallen sei, d. h. natürlich auf die Seite des schließlich Siegers in diesem schweren Kriege. Wenn die leitenden Manner Italiens sich nicht entschließen mögen, auch Deutschland formell den Krieg zu erklären, so kann das nach außen hin nur den Eindruck hervorrufen, als ob sie in diesem zwischen Krieg und Frieden schwankenden Zustande eine Art von Rückversicherung für den Fall eines unglücklichen Ausgangs des Abenteuers erblickten.

Da sie nun mit leeren Händen vor das Parlament treten müßten, kam es ihnen um so mehr darauf an, die militärische Bedeutung recht kräftig zu unterstreichen, die der Beitritt Italiens für die Kriegsführung der Dreieinigkeit gehabt habe. Der Mißerfolg an der Isonzofront, der nun zum vierten Male in sechs Monaten des Krieges eingetreten ist, mußte möglichst verschwinden und der allgemeine Wert des italienischen Eingreifens in den Weltkrieg um so kräftiger hervorgehoben werden. So kam Salandra zu der Behauptung, daß Italien allein den Russen die siegreiche Aufnahme ihrer Offensive in Wolhynien ermöglicht habe. Damit konnte er dann zugleich die Nichtbeteiligung an dem Balkanunternehmen, die Verdamnis eines rechtzeitigen Versuches, Serbien vor dem Untergange zu bewahren, entschuldigen, und durfte die Frage, ob später noch Entsendungen zur Unterstützung der Saloniki-Armee entsendet werden sollten, im Ungewissen lassen.

Nun ist es ja klar, daß der Angriff eines Staates, der anfänglich Dreiviertelmillionen und jetzt vielleicht zwei Millionen ins Feld stellen konnte, immer einen Einfluß auf den Gang des Krieges haben muß. Das ist unter allen Umständen ein schweres Gewicht, das in die Waagschale der einen Partei geworfen wird. Man kann hier an den zweiten Balkankrieg im Jahre 1913 erinnern. Wegen die vereinten Kräfte Serbiens und Griechenlands hätte sich Bulgarien vielleicht behaupten können, trotzdem es durch den Türkenkrieg am meisten von den drei Bundesgenossen geschwächt war, indem es die größte und blutigste Last des Kampfes getragen hatte. Sobald aber Rumänien mobilisierte und sein Heer über die Donau gehen ließ, ward die Sache entschieden; es hat keine kriegerischen Vorbeeren gerntet, keine Schlachten geschlagen; die einfache Anwesenheit seines Heeres in drohender Nähe von Sofia genügte, um Bulgarien zur Unterwerfung zu zwingen.

Als sich Italien im April 1915 durch Vertrag mit dem Dreiebunde verpflichtet hatte, den ehemaligen Bundesgenossen in den Rücken zu fallen, mochte es ähnliche Hoffnungen hegen. Entscheidungsergebnis sehr erhebliche Kräfte des deutschen Heeres band; im Nordosten war zwar Hindenburgs große Vernichtungsschlacht in Raszyn geschlagen, aber unter den bestehenden Kraftverhältnissen hätte sie die starke Verteidigungslinie der Russen hinter Njemen und Karow nicht durchstoßen können. Auch hier bildete sich von neuem ein Stellungskrieg heraus. Das gleiche geschah im westlichen Polen, wo die russischen Heere seit Monaten sich hinter der Dvura, Nawka und Wilga in der Verteidigung standhaft behaupteten.

In Galizien hatten die Armeen des General Jwanoff die Karpatenlinie vergeblich angegriffen; aber die verbündeten Mittelmächte hatten sich ihrerseits bis dahin eben nur in ihren Stellungen behauptet, ein Gegenangriff ihrerseits war noch nicht durchgeführt; von der Versammlung der Armeen Radensens westlich des Dunajet werden die Italiener Ende April schwerlich schon Kenntnis gehabt haben. Als dann am 23. Mai ihre Kriegserklärung wirklich erfolgte, waren sie bereits seit einem Monat durch feste Abmachungen gebunden. Sie werden jedenfalls gehofft haben, durch ihren Aufmarsch vor der Isonzofront gerade dort einen Umwälzung der Lage herbeizuführen und gleichzeitig ihrerseits die österreichisch-ungarische Grenze siegreich überschreiten zu können, an der sie nach ihren Nachrichten verhältnismäßig schwache Kräfte vermuten durften. Sie konnten annehmen, daß Oesterreich-Ungarn in aller Eile Truppenverschiebungen vom Osten nach Westen vornehmen müssen, daß hierdurch Großfürst Nicolaus sofort würde entlastet werden und dann auch die deutsche Offensive im Sande verlaufen würde.

Hierin haben sie sich nun allerdings geirrt; gegen Ende Mai war die Beiräumung der russischen Armeen in Galizien bereits so weit vorgeschritten, daß auch die Fortnahme von Truppenverbänden der Armeen Dank und Vorworte aus Galizien an dem Endergebnis nichts mehr ändern konnten. Inwiefern der Erfolg der Deutschen und Oesterreicher noch größer hätte sein können, als er tatsächlich war, wird in diesem Augenblick nicht zu beurteilen sein. Jedenfalls hat der Angriff der Italiener nicht verhindert, daß Galizien bis auf einen schmalen Grenzstreifen zurückerobert, ganz Polen in den Besitz der Verbündeten gebracht wurde, daß Warschau und Bialystok fielen, Kurland, Samogitien, Nowno ihren Besitz wechselten, und auch ein Teil des Gouvernements Wilna, Winsk, Wolhynien in die Hand der Mittelmächte kamen.

Wenn der siegreiche Vormarsch der Deutschen hier nicht noch weiter ausgedehnt wurde, so ist der Beweis noch nicht erbracht, daß dies allein oder vorzugsweise der militärischen Inanspruchnahme zuzuschreiben ist, die Italien unzweifelhaft auf die Kräfte Oesterreich-Ungarns ausübte. Man kann doch auch an die im September einsetzende, mit einer gewaltigen Uebermacht unternommene Offensive Joffes in der Champagne und im Artois denken, muß sich aber besonders gegenwärtig halten, daß im September der deutsch-österreichische Angriff auf Serbien schon vorbereitet wurde.

Auch das Schicksal Serbiens hat Italien nicht zu wenden vermocht, obwohl es im Oktober und November unendlich oft mit aller seiner Kraft zum dritten und zum vierten Schloge gegen die Isonzofront ausholte. Während des dritten Angriffs gingen seine Heere gleichzeitig gegen Tirol vor und drückten die österreichischen Vortruppen dort ein wenig zurück; im November wurde dann alles, was irgend verfügbar war, gegen den Isonzo herangeholt, ohne auch hier entscheidende Ergebnisse zu erzielen. Nun ist ja von italienischen und französischen Zeitungen behauptet worden, daß im Herbst die österreichischen Truppen im Karst sich wesentlich verhärtet hätten. Da wir das nicht prüfen können, mag die Behauptung passieren. Und auf sie wird Salandra seine weitere Annahme stützen, daß der Abfluß, oder sagen wir, das Fehlen österreichischer Streitkräfte in Wolhynien die Oktoberoffensive der Russen begünstigt habe. Gibt man das eine zu, so ist das zweite natürlich nicht abzuleugnen. Nur muß man alsbald hinzufügen, daß diese russische Offensive noch Anfangserfolge schließlich wieder in Galizien an der Strypa, noch im wolhynischen Festungsdrück, noch am Star durchgedrungen ist — letzteres, obwohl die russischen Berichte unentwegt behaupten, daß ihre Truppen noch am linken westlichen Ufer des Flusses kämpften. Möglich ist es, daß die Ansammlung starker russischer Truppenmassen in Westgalizien die Fortsetzung der russischen Angriffe südlich der Pripiatjümpfe behindert hat; in jedem Falle kann von einer siegreichen Offensive des General Jwanow zuzeit keine Rede sein. Er hat seine Angriffe im großen ganzen vielmehr eingestellt und es herrscht dort eine verhältnismäßige Ruhe, wie im Nordosten und im Westen — und nach dem Abflauen des vierten Angriffs auch im Südwesten.

Also kann das italienische Heer sich nicht rühmen, für den endgültigen Erfolg des Viererbundes positiv irgend etwas geleistet, ihn in größere Nähe, in größere Wahrscheinlichkeit gerückt zu haben. Dann bliebe ihm höchstens das negative Verdienst, den Krieg verlängert, den schließlich Sieg Deutschlands und Oesterreich-Ungarns hinausgerückt, verzögert zu haben. Das wäre das reale Gewicht, das es in die Waagschale des Krieges geworfen hätte; man wird es zugeben dürfen, aber Italien darum nicht beneiden — selbst nicht vom Standpunkt seines eigenen „heiligen Egoismus“ aus.

Rückzug der englisch-französischen Truppen auf Saloniki.

Athen, 8. Dezember. (W. L. V.) Reuters Berichterstatter erfährt aus amtlicher griechischer Quelle, daß die englisch-französischen Truppen den Rückzug in der Richtung nach der griechischen Grenze fortgesetzt haben.

Erneute Besprechungen in Griechenland.

Athen, 9. Dezember. (W. L. V.) Gavas-Meldung. Athina wird mit General Sarrail die Einzelheiten der Lage erörtern. Hierauf werden amtliche Besprechungen zwischen der griechischen und der französischen Militärkommission stattfinden. In besprochenen Kreisen ist man überzeugt, daß ein befriedigendes Ergebnis erzielt werden wird.

Saloniki, 9. Dezember. (W. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Zwei Offiziere des griechischen Generalstabes sind hier aus Athen angekommen, um mit den englisch-französischen Militärbehörden die Einzelheiten des Abkommens zwischen den Ententemächten und Griechenland zu regeln.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 9. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. In Belgien verbanderten im Laufe der Nacht unsere Maschinengewehre den Feind, seine in der Gegend von Det Sas von uns zerstörten Stellungen wiederherzustellen. Nördlich von Arras, westlich von der Höhe 140, wurde ein deutscher Angriff, der sich im Anschluß an eine Minenexplosion vorbereitete, durch unser Sperrfeuer im Keime erstikt. Im Laufe des gestrigen Tages beschloß und zerstörte unsere Artillerie die Mühle Saint Aurin in der Gegend von Rohe, wo der Feind sich in dem vorgeschobenen Schützengraben, in dem er gestern Fuß faßte, eingerichtet hatte. Westlich des Hügel von Souain gelang es unseren Gegenangriffen, am späten Abend des vom Feinde gestern unternommenen Angriffes Herr zu werden. Der Kampf um die Wiedergewinnung der von dem Feind besetzten Stellungen dauert an.

Orientarmee. Im Laufe des Nachmittags des 5. Dezember griffen die Bulgaren unseren Brückenkopf von Demir Kapu am Nordabzug heftig an. Der Angriff wurde vollständig zurückgeschlagen. Am Vormittag des 6. Dezember herrschte auf der ganzen Front Ruhe.

Paris, 9. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Der Tag verlief verhältnismäßig ruhig. Artilleriegefechte im Artois, in den Abschnitten von Loos und Givensy, zwischen Somme und Dife, in der Gegend von Fouquescourt in der Champagne, wo angefaßt die Tätigkeit der feindlichen Artillerie die unserer mit großer Heftigkeit den Kampf aufnahm. Durch Fliegerbeobachtungen konnte die Wirksamkeit unseres Feuers festgestellt werden. Die Handgranatenkämpfe dauerten östlich von dem Hügel bei Souain an, wo wir unseren Fortschritt befestigten. Zwischen den Argonnen und der Maas bei Bettincourt zerstörten unsere Batterien Behälter mit erstickendem Gasen. Heute morgen machte einer unserer Flieger in 3000 Meter Höhe auf ein schnelles deutsches Flugzeug Jagd, konnte sich ihm bis auf 20 Meter Entfernung nähern und griff es mit dem Maschinengewehr an. Das feindliche Flugzeug fing sofort Feuer und explodierte; die beiden Insassen stürzten bei Tillooy in unsere Linien.

Belgischer Bericht. Jemlich heftiger Artilleriekampf auf der ganzen belgischen Front. Wir haben die feindlichen Geschütze wirksam bekämpft, feindliche Arbeiten bei Poesele zerstört und auf der Straße Dymulden—Steenkroate einen Transport und eine Kompanie zerstört.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 9. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Kriegsbericht vom 8. Dezember. Westfront. Ein Versuch des Gegners, bei der Insel südlich von Uxküll, die Düna zu überschreiten, wurde durch unser Feuer vom anderen Ufer aus vereitelt. Unsere schwere Batterie zwang ein deutsches Flugzeug in der Gegend von Merzenborf, nördlich von Waldon, niederzugehen (8 und 13 Kilometer südlich von Torkow). Bei der weiteren Beschlebung dieser Gegend erfolgte eine schwere Explosion, die wahrscheinlich mit der Zerstörung dieses Flugzeuges oder anderer Gasbehälter zusammenhängt. Auf der übrigen Front und im Kaukasus keine Veränderung.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 8. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Kriegsbericht. Entlang der ganzen Front wird lebhafteste Tätigkeit der feindlichen Artillerie gemeldet, die von der unbrüchig wirksam bekämpft wurde. Der Gegner machte auch reichlichen Gebrauch von erstickenden und tränenerzeugenden Gasen. Am Nachmittag des 6. d. Mts. folgten auf kräftige Artillerievorbereitung Angriffe der feindlichen Infanterie gegen unsere Stellungen nördlich von Bre im Ledroal und östlich von Piazza im Terragnolal. Die Angriffe wurden sofort glatt abgewiesen. Auf dem Karst bewahrte unsere Infanterie trotz der unangenehmsten Witterungsverhältnisse eine entschlossene und angriffs-lustige Haltung. Im Nordabschnitt des Monte San Michele führte eine glänzende Unternehmung zur Eroberung eines starken Schanzwerkes des Feindes östlich von Veteano. Wir haben dem Feinde 146 Gefangene, darunter 8 Offiziere, viele Gewehre, Munition und anderes Kriegsmaterial abgenommen.

Englische Erklärungen der Niederlage bei Ktesiphon.

London, 8. Dezember. (W. L. V.) Oberhaus. Lord Crewe sagte über die Niederlage bei Ktesiphon, es sei nicht richtig, daß General Townsend nur eine Division gehabt hätte. Seine Truppenmacht sei beträchtlich stärker gewesen. Die maßgebenden Fachleute hätten sie für ausreichend gehalten. Ebenso sei es nicht richtig, daß der General den Vormarsch auf Bagdad aus eigenem Antrieb unternommen hätte. Die Unternehmung sei seit Monaten geplant und sorgfältig vorbereitet gewesen. Die schnelle Einnahme von Bagdad wäre ein großes militärisches und politisches Ereignis gewesen. Weder die Truppen noch ihre Führung verdienten einen Vorwurf, aber die Aufgabe habe sich als schwieriger erwiesen, als ursprünglich angenommen war, hauptsächlich wegen der bedeutend überlegenen Truppen des Feindes und seiner starken artilleristischen Bewaffnung. Der Rückzug in die starke Stellung flugabwärts sei der richtige Ausweg gewesen. Lord Eydenham sagte, die Ursache der Niederlage sei gewesen, daß der Befehlshaber freie Hand gehabt habe. Er habe die Stärke des Feindes unterschätzt, und so sei geschehen, was in der letzten Zeit so oft geschehen ist. Der Redner fügte hinzu, er verstehe wohl die politischen, aber keineswegs der militärischen Gründe, die zu einem Abenteuer in solcher Entfernung von der Basis veranlassen konnten.

London, 8. Dezember. (W. L. V.) Im Unterhause erklärte Staatssekretär für Indien Chamberlain, die britischen Ver-

Luft bei Kesseln betragen 648 Tote, 3330 Verwundete und 594 Vermisste. Nach den letzten Berichten waren die gesamten Verluste beim Rückzuge weniger als 300. Chamberlain sprach sich in Worten warmer Anerkennung über die Haltung der Truppen aus.

Italienische Dampfer versenkt.

London, 8. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Einem Klobtelegramm zufolge wurden der italienische Dampfer „Dimis“ und das Segelschiff „Pietri Lofaro“ versenkt. Die Besatzungen wurden gerettet.

Falsche Ausstreunungen.

Am 11. d. Berlin, 9. Dezember. (W. Z. V.) In letzter Zeit sind durch die feindliche, insbesondere durch die englische Presse allerlei falsche Meldungen über deutsche Kriegsschiffsverluste veröffentlicht worden. Es seien hier folgende erwähnt: Untergang des Panzerkreuzers „Derfflinger“, Untergang des kleinen Kreuzers „Frauenlob“, Untergang eines Dreitausend-Tonnen-Kreuzers vor Windau, Untergang von zwei U-Booten in der Straße von Gibraltar, Vernichtung eines U-Bootes durch ein britisches Flugzeug, Vernichtung von 20 U-Booten durch englische Kreuzer bei Flamborough head, Aufbringung des größten und neuesten, eben in Stettin vom Stapel gelaufenen U-Bootes durch die Engländer. Daß derartige unwahre Nachrichten von unseren Gegnern in böswilliger Absicht verbreitet werden, ist bekannt und des öfteren gelegentlich der amtlichen Mitteilung betont worden. Es wird daher für die Zukunft erneut davor gewarnt, solchen Ausstreunungen von feindlicher Seite irgend welchen Glauben beizumessen und auf die amtliche deutsche Berichterstattung hingewiesen.

Amerikanische Note an Oesterreich.

New York, 9. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. „Evening Post“ erfährt aus Washington: Die Note an Oesterreich-Ungarn über die Versenkung der „Ancona“ wird, wie man erwartet, heute oder morgen durch den amerikanischen Botschafter in Wien an die österreichisch-ungarische Regierung übermittelt werden.

Kämpfe in Kamerun.

Paris, 8. Dezember. (W. Z. V.) Ueber die Operationen in Kamerun bringt „Le Temps“ eine amtliche Mitteilung des Kolonialministeriums, wonach seit Anfang Oktober eine neue Kampfkampagne mit bemerkbaren Erfolgen eingeleitet sei. Der Feind sei, gleichzeitig von allen Seiten angegriffen, auf seine beiden Zentralstellungen Jolo und Jaunde zurückgegangen, von Duala sei ein englisch-französisches Expeditionskorps unter General Dodel ausgegangen. Die Mitteilung sagt ferner: Am 4. Oktober bemächtigten sich die englischen Abteilungen Sakobanes, 100 Kilometer von Duala, am 10. Oktober Sumbagas, am 8. November Njot, 50 Kilometer von Jaunde. Nachdem die Franzosen im Süden Fuß gefaßt hatten, zogen sie am 24. Oktober in Sende, 30 Kilometer, und Fela, 75 Kilometer von Jaunde ein. Nördlich des Sanaga besetzte General Cunliffe Kontika und am 24. Oktober Sanja. Er eroberte am 6. November die sehr starken deutschen Stellungen auf dem Wanjoberge. Derselbe eroberte am 8. November in Libati ein, von wo der Vormarsch in Verbindung mit General Cunliffe auf Jolo fortgesetzt wurde. Im Osten marschierten zwei Kolonnen von Bertu und Dume auf Tira.

Aufstand in Tripolis?

Konstantinopel, 9. Dezember. (W. Z. V.) Wie die Blätter aus vertrauenswürdigster Quelle erfahren, halten gut organisierte Streitkräfte der Senniten und der tripolitanischen Eingeborenen das ganze Vilajet Tripolis besetzt. Sie haben ihr Hauptquartier in Sul el Dschuma, anderthalb Stunden von der Stadt Tripolis, errichtet und sind auch in die Kasa Eyt eingedrungen. Bei den Kämpfen in dieser Kasa verloren die Italiener sechs-tausend Mann an Toten und ließen sehr viel Waffen und Munition in den Händen der Eingeborenen.

Abberufung des deutschen Militär- und Marine-Attachés aus Washington.

Berlin, 9. Dezember. (W. Z. V.) Die Regierung der Vereinigten Staaten hat der deutschen Regierung den Wunsch ausgesprochen, den Militär-Attaché und den Marine-Attaché der deutschen Botschaft in Washington abzuberufen.

Anmerkung des W. Z. V.: Da Einzelheiten über die Gründe des Entschlusses der amerikanischen Regierung noch ausstehen, liegt die Möglichkeit noch nicht vor nachzuprüfen, welche Gründe die amerikanische Regierung zu diesem Schritte bewogen haben.

Der Hochverratsprozeß gegen die Führer der Jungtschehen.

Prag, 9. Dezember. (W. Z. V.) Das Amtsblatt der „Prager Zeitung“ veröffentlicht eine Kundmachung, nach der das Landes- als Strafgericht in Prag auf Antrag der Prager Staatsanwaltschaft angeordnet hat, daß das in Oesterreich befindliche bewegliche und unbewegliche Vermögen des Reichsratsabgeordneten und Fabrikbesitzers Dr. Karl Kramarsch, gegen den beim Wiener Landwehrdivisionsgerichte eine Strafsache wegen Hochverrats und Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates anhängig ist, zur Sicherung der Ansprüche des Staates auf Schadenersatz beschlagnahmt werde. Gleichlautende Verfügungen sind gegen den Reichsratsabgeordneten Dr. Alois Raschin und gegen Wilhelm Tscherminka, den Sekretär der „Morodni Listy“ in Prag, wegen Verbrechens der Ausspähung erlassen worden.

Der italienische Finanzminister über Italiens Wirtschaftslage.

Rom, 8. Dezember. (W. Z. V.) Meldung der Agenzia Stefani. Die Kammer verhandelte heute über das provisorische Budget. Schatzminister Carcano erläuterte die finanzielle Lage und erklärte: Das endgültige Budget für 1914/15 verzeichnete eine Ausgabenvermehrung, welche durch die militärische Vorbereitung und die Kriegsoperationen verursacht worden ist. Der europäische Krieg hat auch zu einer Verminderung der Einnahmen besonders der Zolleinkünfte beigetragen. Die Regierung hat nicht verfehlt, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Einnahmequellen zu vermehren. Zu diesem Zweck hat man im Januar 1915 mit Erfolg eine nationale Anleihe von einer Milliarde zu 4 1/2 Proz. zu dem Kurse von 97 aufgelegt. Insgesamt schließt das endgültige Budget 1914/15 mit einem Reibetrag von 1907 Millionen ab, welcher provisorisch durch eine schwebende Schuld und andere Finanzoperationen gedeckt wird. Für das Finanzjahr 1915/16 muß man die Emission einer neuen nationalen Anleihe ins Auge fassen. Die vom September 1914 bis Novem-

ber 1915 getroffenen Steuermaßnahmen zur Erhöhung der Staatseinkünfte werden einen jährlichen Mehrertrag von 875 Millionen ergeben, welcher für die Verzinsung mehrerer Milliarden ausreicht. Die Wirkung des europäischen Krieges konnte auf die wirtschaftlichen Bedingungen des Landes nicht ohne Einfluß bleiben. Aber seit dem Monat Mai hat sich besonders dank der Willenskraft der arbeitenden Bevölkerung das wirtschaftliche Leben tätiger, kräftiger und fruchtbarer gestaltet. Wenn das Erntejahr 1915 weniger glücklich war, so erwartet man dafür eine besonders gute Erholung in den Einkünften der Industrie. Die wirtschaftlichen Bedingungen und Bedürfnisse erheischen eine vorsichtige und allmähliche Erhöhung des Währungskaufs. Die drei Emissionsbanken hatten am 30. Juni 1914 für ihre Rechnung für 2199 Millionen Noten im Umlauf. Diese stiegen im Monat August auf 2612 Millionen und verringerten sich am 31. Oktober 1915 auf 2101 Millionen. Die Metalldeckung betrug 1710 Millionen, also um 25 Millionen mehr als am 31. Juli 1914. Der Minister schloß mit der Versicherung, daß das italienische Volk wie die alliierten Völker zu allen Anstrengungen und allen Opfern bereit sei, um auf dem ruhmvoll beschrittenen Wege bis zum vollständigen Siege zu gelangen.

Persien im Weltkriege.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ sprach vor einigen Wochen, als die ersten Nachrichten über Unruhen in Persien in die Presse drangen, die Vermutung aus, daß es sich um die Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion Rußlands und Englands gegen Persien handle. Der Zweck des russisch-englischen Vorgehens sei wahrscheinlich, über Teheran eine Verbindung zwischen dem russischen Gebiet im Norden und dem Persischen Golf zu schaffen. Die Deutschen würden dann bei eventuellen Versuchen gegen Britisch-Indien von der Türkei aus in Persien eine russisch-britische Mauer finden, die ihren Aufmarsch nach dem Osten hemmen würde. Auch würde durch eine Aktion Rußlands und Englands gegen Teheran der politischen Tätigkeit der Deutschen in Persien ein Ende gemacht werden.

Der bisherige Verlauf der russisch-englischen Aktion in Persien zeigt sehr gut in die hier skizzierten Darlegungen hinein. Seitdem infolge des deutschen Vorstoßes auf dem Balkan die Lage auch auf dem vorderasiatischen Kriegsschauplatz ein anderes Aussehen bekommen hat, haben es Rußland und England für nötig gehalten, ihre Herrschaft über Persien zu verstärken, um die neuerdings immer deutlicher hervortretenden Selbständigkeitsbestrebungen der Persier zu unterdrücken, die türkischen und deutschen Einflüsse auszuscheiden und die Vorbedingungen für eine eventuelle militärische „Durchdringung“ des Landes als Gegengewicht gegen eine deutsch-türkische Aktion in Vorderasien zu schaffen. Neben diesen Bestrebungen mag bei Rußland und England auch noch der Wunsch mitsprechen, sich durch die Besetzung Persiens ein nicht unbeträchtliches Hautstück für die künftigen Friedensverhandlungen zu sichern. Darauf weist recht zutreffend der persische Gesandte in Berlin hin, der einem Mitarbeiter der „Rossischen Zeitung“ u. a. erklärte: „Das jetzige Vorgehen der Russen in Nordpersien ist wohl dahin aufzufassen, daß sie ein Gebiet suchen, wo sie sich für ihre europäischen Verluste vielleicht entschädigen könnten.“

Erst unter diesem Gesichtspunkt gewinnen die Vorgänge in Persien ein größeres politisches Interesse, denn rein militärisch kommt das abseits liegende Persien auch im weiteren Verlauf des Weltkrieges kaum in Betracht. Wenn man berücksichtigt, welche bedeutende Rolle Persien im letzten Jahrzehnt in der Entwicklung der Orientfrage gespielt hat, muß man es auch bei der bevorstehenden Liquidation dieser Frage als wichtigen Faktor mit in Rechnung stellen. Jahrzehnte lang bildete Persien das Ziel der russischen und englischen Politik. Für Rußland war es nicht nur ein vorteilhafter Markt, sondern vor allem ein wichtiges Zwischenglied auf seinem Wege nach dem Persischen Golf. Das bestimmte auch Englands Interesse an diesem Lande, zu jener Zeit, wo die Abwehr des russischen Ausbreitungsdranges der englischen Politik im Orient die Richtlinien gab. Persien war die letzte Barriere, die Rußland von dem Persischen Golf, damit also auch von Indien trennte. Deshalb arbeitete England mit aller Macht den russischen Einflüssen in Persien entgegen. Es baute Straßen, schuf Post- und Telegraphenverbindungen, gründete Schulen, förderte Handel und Gewerbe, unterstützte die kulturelle und politische Entwicklung, um durch Schaffung eines festeren und höher organisierten staatlichen Gemeinwesens dem russischen Ausbreitungsdrang einen Wall entgegenzusetzen. Diese Politik verfolgte England bis 1907, um dann in seinem bekannten Vertrag mit Rußland, der die gegenseitigen Beziehungen beider Staaten in Vorder- und Mittelasien regelte, andere Bahnen zu beschreiten. Das im japanischen Krieg geschwächte Rußland schien England minder gefährlich als Deutschland, dessen Bagdadunternehmen es als eine Flankenbedrohung seiner indischen Weltmachtstellung betrachtete. Die englische Diplomatie brach angesichts dieser — faktischen oder imaginären — Gefahr mit den jahrzehntelangen Uebereinstimmungen ihrer anti-russischen Politik und schloß am 30. August 1907 ein Abkommen mit Rußland, das zwar die politische Selbständigkeit Persiens, Afghanistan und Tibets garantierte, aber zugleich Persien in drei Zonen einteilte: die nördliche, mittlere und südliche, wobei Nordpersien als russische, Südpersien als englische „Einflußsphäre“ anerkannt und nur Mittelpersien als neutrale Zone freigehalten wurde.

Die Auslieferung Nordpersiens mit der Hauptstadt Teheran an Rußland hatte natürlich auch die Preisgabe der kulturellen und politischen Reformbestrebungen in diesem Lande zur Folge. Das junge persische Parlament und die Verfassung wurden von dem russischen Eroberer ebenso zertreten wie die Ansätze des kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwungs, die bis dahin von England gefördert worden waren. Politisch und wirtschaftlich verwandelten sich die wichtigsten Provinzen Persiens in ein Anhängsel Rußlands.

Die übermächtige Stellung Rußlands in Persien wurde noch gefördert durch das Votsdammer Abkommen mit Deutschland im Jahre 1911. Gegen die Anerkennung des Bagdadbahnunternehmens durch Rußland erkannte Deutschland die besonderen Vorrechte Rußlands in Nordpersien an. Noch einmal trat der tragische Zusammenhang zwischen dem Schicksal Persiens und der wirtschaftlichen Durchdringung Kleinasiens, Syriens und Mesopotamiens in die Erscheinung. Der Schienenstrang Hamburg-Bagdad, der die Nordsee mit dem Persischen Golf vereinigen sollte, bewirkte — noch ehe er geschaffen war — durch seine Wechselwirkung auf die Politik Rußlands und Englands in Vorderasien den Zusammenbruch eines der letzten großen orientalischen Staaten — Persiens.

Jetzt, wo dieser Schienenstrang über die nun frei gewordene Balkanbrücke bald zur überragenden politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit werden wird, scheint sich auch das Geschick Persiens zu vollziehen.

Kriegsbekanntmachungen.

Enteignung, Ablieferung und Einziehung der fertigen gebrauchten und ungebrauchten Gegenstände aus Messing, Kupfer und Reinnickel.

Die in der Bekanntmachung betreffend Bestandmeldung und Beschlagnahme von fertigen gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Messing, Kupfer und Reinnickel in Aussicht gestellte Enteignung der nicht freiwillig abgelieferten Gegenstände wird nunmehr Platz greifen. Die Anordnungen hierfür werden in einer neuen Verordnung — Nr. M. 3231/10, 15. S. A. A. — zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Betroffen werden die Personen, die für die Beschlagnahme durch Verordnung M. 325/7, 15. S. A. A. in Frage kamen. Von der Enteignung erfaßte Geschirre und Wirtschaftsgüter werden in der neuen Verordnung zur Vermeidung von Irrtümern in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Das Eigentum an den betreffenden Gegenständen wird auf den Reichs-Militäriskus übertragen werden. Die Gewahrsamhalter sind verpflichtet, die enteigneten Gegenstände, soweit sie eingedaut sind, auszubauen und nach Bestimmung der beauftragten Behörden innerhalb der von diesen zu bestimmenden Fristen an die Sammelstelle zur Ablieferung zu bringen. Bis zur Ablieferung sind die enteigneten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln. Die Befugnis zum einstweiligen ordnungsmäßigen Weitergebrauch bleibt bis zur Ablieferung unberührt.

Die Eigentumsübertragung wird durch eine schriftliche Mitteilung der Behörde an den Besitzer erfolgen.

Alle näheren Vorschriften, auch hinsichtlich der Uebernahmepreise (die nur um ein Geringes hinter den Preis für die freiwillig abgelieferten Gegenstände zurückbleiben) sowie man aus der Bekanntmachung selbst erfahren.

Gegenstände, die von der Enteignung nicht betroffen werden, dürfen nach näherer Bestimmung des § 10 der Bekanntmachung auch weiterhin freiwillig abgeliefert werden.

Pakete an deutsche Gefangene im Auslande.

Am 11. d. Berlin, 9. Dezember. (W. Z. V.) Sorgfältige Verpackung der für die deutschen Gefangenen im Auslande bestimmten Pakete wird wiederholt dringend empfohlen, damit sie unversehrt bei den Empfängern eintreffen. Jedes genügt, wenn die Pakete in kräftiges, mehrfach umgeschlagenes Packpapier eingehüllt werden. Einnähen in Leinwand ist nicht erforderlich.

Eine Erklärung des Kriegsministeriums.

Am 11. d. Berlin, 9. Dezember. (W. Z. V.) Dem preussischen Kriegsministerium werden in großer Zahl Merkblätter, Druckschriften und sonstige Abhandlungen über die gesellschaftlichen Militärverorgungsangelegenheiten und die Kriegsbeschädigtenfürsorge eingesandt, die vielfach Unrichtigkeiten und Unklarheiten enthalten und daher irreführend wirken.

Dem Kriegsministerium stehen unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht die Arbeitskräfte zur Verfügung, um diese Druckschriften auf die Richtigkeit des Inhalts nachzuprüfen und den Einsendern Bescheid zu erteilen.

Daher wird darauf aufmerksam gemacht, daß in den Fällen, in denen dem Einsender nur eine Bestätigung des Eingangs der Druckschrift zugeht, vom Herausgeber bzw. Verleger der Schrift nicht angenommen werden darf, daß der Inhalt geprüft und als einwandfrei anerkannt ist.

Soziales.

Ist Kündigungsausschluß in den Militärleberausrüstungsbetrieben ortsüblich?

Um diese Frage drehte sich ein vor der Kammer 2 des Gewerbegerichts verhandelter Prozeß.

Der Kläger war in der Militärleberausrüstungsfabrik von E. Post beschäftigt, und zwar in einem Arbeitsraum, wo keine Fabrikordnung aushing. Auch war hinsichtlich der Kündigung nichts mit ihm vereinbart. Der Kläger forderte Schadenersatz, weil er ohne Kündigung entlassen wurde. Der Vertreter der Firma meinte, der Kläger habe auch ohne besondere Vereinbarung wissen müssen, daß in dem Betriebe keine Kündigung bestehe, übrigens sei der Kündigungsausschluß in den Leberausrüstungsbetrieben ortsüblich. Ueber diese Behauptung wurde Fabrikant Packhaus als Sachverständiger vernommen. Er sagte: In den Betrieben, die schon vor dem Kriege bestanden, ist der Kündigungsausschluß ortsüblich. Dagegen kann nicht festgestellt werden, daß sich in den während des Krieges entstandenen Betrieben ein Ortsgebrauch hinsichtlich der Kündigung herausgebildet hat. Vor dem Kriege bestanden 13 Betriebe, jetzt sind es weit über 100.

Diernach — so sagte der Vorsitzende Justizrat Mar-Luse — ist es doch fraglich, ob der Kläger, der erst während des Krieges als Arbeiter in die Militärleberausrüstungsbranche eintrat, wissen konnte, daß der Betrieb des Beklagten zu denen gehört, wo der Kündigungsausschluß üblich ist. Ein allgemeiner Ortsgebrauch, welcher die Kündigung ausschließt, besteht nach den Angaben des Sachverständigen nicht. Auf Anraten des Gerichts schlossen die Parteien einen Vergleich.

Letzte Nachrichten.

Eine Falschmeldung.

Berlin, 9. Dezember. (W. Z. V.) Die griechische Zeitung „Nea Hellas“ Athen vom 20. Oktober bringt eine Meldung ihres Korrespondenten aus Volo, in der sie unter scharfen Ausfällen auf die deutsche Kriegsführung die Behauptung aufstellt, ein deutsches Unterseeboot habe nach Versenkung des englischen Transportdampfers „Marquette“ im Golf von Saloniki auf ein mit Frauen besetztes Boot, der Schiffbrüchigen dieses Dampfers, geschossen.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, stellt sich diese Behauptung als böswillige Erfindung dar.

Zur Versenkung der „Marquette“ ist lediglich ein Torpedo abgefeuert worden. Artillerie oder Gewehre sind gar nicht in Tätigkeit getreten.

Allerdings sollen nach einer englischen Meldung mehrere Kranenfahrern bei dieser Gelegenheit ertrunken sein. Aber die Schuld hieran fällt ausschließlich der englischen Regierung zur Last, die sich nicht schent, weibliche Personen auf ihren lediglich zu Truppentransportzwecken gearbei- teten Dampfern zu befördern.

Die von Amerika nach England befördernden Munitionstransporte schützte England, indem es Amerikaner an Bord führte, wie im Fall der „Lusitania“. Jetzt scheint es seine Truppentransporte durch Kranenfahrern decken zu wollen, deren tragisches Los dann im Falle der rechtmäßigen Versenkung solcher Fahrzeuge als himmelschreiendes Unrecht deutscher Barbarei hingestellt wird.

Nachdem der Fall der Spionin Mik Cavell, deren rechtmäßige Aburteilung nicht weiter als dringende Abwehr gegen ein verbrecherisches System unserer Feinde, in den neutralen Ländern ohne Eindruck bleibt, scheint man neue „Martyrinnen“ konstruieren zu wollen, um die Fiktion der deutschen Unmenschlichkeit aufrechtzuerhalten.

Vom U-Bootskrieg.

London, 9. Dezember. (W. Z. V.) Lloyds meldet: Die britischen Dampfer „Beria“ und „Goulandis“ wurden versenkt.

Gewerkschaftliches.

Arbeitsvermittlung nach dem Kriege.

Die Verhandlungen der Groß-Berliner Arbeitsnachweise mit den Gewerkschaften über die Schaffung einer Zentrale für die Arbeitsvermittlung nach dem Kriege sind jetzt abgeschlossen. Die freien Gewerkschaften haben zur Zentralvereinigung für Arbeitsnachweise ihren Beitritt erklärt. Damit gehören nunmehr der Zentralvereinigung alle Gewerkschaften und Arbeitsnachweise Groß-Berlins an. Aufgabe der Zentrale ist es, nach Beendigung des Krieges für die Unterbringung der heimkehrenden Soldaten in den verschiedenen Berufen Sorge zu tragen und zu vermeiden, daß sich in einzelnen Berufen und Bezirken Groß-Berlins ein Ueberangebot von Arbeitskräften bemerkbar macht, während anderwärts die Nachfrage nicht gedeckt werden kann.

Berlin und Umgegend.

Weihnachtsspende des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Verwaltungsstelle Berlin.

Die Weihnachtsspende für die Familien unserer im Kriegsdienst befindlichen Mitglieder gelangt zur Auszahlung in unserer Geschäftsstelle, Pulackstr. 10 I, während der Dienststunden von 9-1 Uhr und 4-8 Uhr an folgenden Tagen: Buchstaben A bis einschl. D, am Montag, den 13. Dezember; E bis einschl. H, Dienstag, den 14. Dezember; I bis einschl. K, Mittwoch, den 15. Dezember; Kr bis einschl. M, Donnerstag, den 16. Dezember; N bis einschl. R, Freitag, den 17. Dezember; S, Montag, den 20. Dezember; T bis einschl. Z, Dienstag, den 21. Dezember.

Am Sonnabend, den 18. Dezember, wird keine Weihnachtsspende an die Frauen der Kriegsteilnehmer ausbezahlt. Die Weihnachtsspende wird gezahlt für Mitglieder, welche am Einberufungstage nicht länger als 10 Wochen mit den Beiträgen im Rückstand waren und deren Mitgliedsbuch zur Stelle ist. Der Nachweis, daß das Mitglied zum Kriegsdienst einberufen ist, muß erbracht werden (durch Unterstufungsbogen usw.). Frauen, die an einem anderen als an dem für ihren Einberufungsbuchstaben festgesetzten Tage zur Erhebung der Weihnachtsspenden erscheinen, können nicht abgefertigt werden.

Die Weihnachtsspende für die Hinterbliebenen der Gefallenen oder an den Folgen des Kriegsdienstes Verstorbenen gelangt am Mittwoch, den 22. Dezember, zur Auszahlung. Die Weihnachtsspende für die dauernd invaliden Mitglieder wird am Sonnabend, den 18. Dezember, vormittags von 9 bis 1 Uhr ausbezahlt.

Deutsches Reich.

Der Zentralvorstand des Dachdeckerverbandes hat im Einverständnis mit den Bauleitern beschlossen, nochmals eine Kriegsunterstützung für die Frauen der Kriegsteilnehmer, und eine weitere Arbeitslosenunterstützung auszugeben.

Die Arbeitslosenunterstützung beginnt am 13. Dezember 1915 für alle im vorigen Jahre Ausgesetzten. Sie wird nach einer Karenzzeit von sechs Arbeitsagen gewährt. Bezugsberechtigt sind nur die Mitglieder, die ihre Beiträge bis zur Woche der Unterstufung voll bezahlt haben. Wenn einem arbeitslosen Mitgliede Arbeit nachgewiesen wird, so ist die Arbeit anzunehmen, andernfalls die Unterstufung entzogen wird. Die Arbeitslosenunterstützung soll auf die Dauer von fünf Wochen gewährt werden.

Die Unterstufung für die Frauen der zum Kriege eingezogenen Mitglieder soll vom 12. Dezember bis 20. Dezember zur Auszahlung gelangen. Es wird gezahlt: An alleinlebende Frauen und solche mit einem Kinde 6 M., mit 2 Kindern 7 M., mit 3 Kindern 8 M., mit 4 und mehr Kindern 9 M.

Auch hierbei muß das Mitgliedsbuch bis zum Einrücken zum Militär in Ordnung sein. Die Unterstützung erhalten nur die Familien der verheirateten Kollegen, die bis zum 1. Dezember 1915 zum Militär eingezogen sind.

Ausland.

Eine Tarifunterschiedlichkeit, die sich daraus ergeben kann, wenn beim Abschluß von Tarifen von Organisation zu Organisation auf die organisatorische Form größerer Wert gelegt wird als auf den tariflichen Inhalt der Vereinbarung, hat sich nach einem Bericht des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ in Holland herausgestellt.

Die sozialdemokratische Partei besitzt eine kleine Druckerei in Amsterdam, die dem Prinzipalvereine nicht angehört und infolgedessen zur Tarifgemeinschaft nicht zugelassen wird. Im vorigen Monat wurde nun der Parteidrucker der Druck des holländischen „Volkstagsblad“ übertragen, wofür Personal angenommen werden mußte. Die Verbandsmitglieder weigerten sich, in der untertariflichen Druckerei anzufangen und andererseits lehnte es die Parteileitung aus prinzipiellen Gründen ab, ihre Druckerei einer kapitalistischen Unternehmungsorganisation anzugliedern. Lediglich durch das Angebot höheren Lohnes und kürzerer Arbeitszeit glückte es der Druckerei, einige arbeitslose Verbandsmitglieder zum Kontraktbruch zu verleiten. Sie mußten wohl oder übel aus der Organisation ausgeschlossen werden. Der dadurch hervorgerufenen Unzufriedenheit in Gebildetenkreisen wurde noch durch eine weitere Schwierigkeit Nahrung zugeführt. Die Prinzipalorganisation verweigert nämlich den Hausdruckereien großer Fabriken und Banken die Aufnahme. Dadurch ist den Hausdruckereien auch der Beitritt zur Tarifgemeinschaft im holländischen Buchdruckgewerbe verweigert, die von Organisation zu Organisation abgeschlossen worden ist. Die organisierte Gebildetenwelt ist nach Lage der Verhältnisse gezwungen, auf die Ausnahme von Konditionen in Hausdruckereien zu verzichten, was ihr um so schwerer fällt, als diese Druckereien im allgemeinen gute Löhne bezahlen. Auf die Dauer wird es kaum möglich sein, ohne Ausnahmebestimmungen auszukommen. Das dürfte sich noch aus einem anderen Grund als notwendig erweisen. Noch vielen Wählern ist es nämlich den geistlichen Würdenträgern gelungen, konfessionelle Prinzipalorganisationen ins Leben zu rufen. Der Zweck dieser Bewegung ist, die römisch-katholischen und christlichen Arbeiter in Sonderorganisationen festzuhalten. Um dieses Ziel leichter zu erreichen, wollen die neuen römisch-katholischen und christlichen Prinzipalorganisationen mit den konfessionellen Gebildetenorganisationen denselben Tarifvertrag abschließen, wie er zwischen diesen und dem Allgemeinen Prinzipalverbände bisher schon bestand. In diesem religiösen Unfug erblickt der Allgemeine niederländische Typographenbund, die maßgebende Gebildetenorganisation, mit Recht eine große Gefahr für das Fortbestehen der Tarifgemeinschaft im holländischen Buchdruckgewerbe.

Aus der Partei.

Opfer des Weltkrieges.

Genosse Otto Jeste, Redakteur an der „Norddeutschen Volksstimme“, hat in einer Schlacht im Osten sein Leben lassen müssen. Der Verstorbene, Bauer von Beruf, war vor seinem Eintritte in die Redaktion dieses Parteiblattes Vorsitzender des Gewerkschafts-Larkells, und die Gewerkschaftsbewegung in den Unterweiergebieten hat ihm viel zu verdanken. In der Redaktion war ihm neben der Redaktionsleitung vor allem die Bearbeitung des gewerkschaftlichen Teiles anvertraut. Daneben bekleidete er eine Reihe anderer Ämter in der Arbeiterbewegung. Ein arbeitsreiches Leben hat mit dem Tode des Genossen Jeste seinen Abschluß gefunden. Die

Genossen werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Gerichtszeitung.

Diebstahl oder Mordraub?

Gegen den Installateur Karl Eiser, der seit 15 Jahren als Installateur für die maschinellen Anlagen in der Königlich-konserverfabrik zu Spandau-Safelhorst angestellt war, war eine Strafanzeige wegen fortgesetzter Diebstähle erstattet worden, die seine Entlassung zur Folge hatte.

E. wurde beschuldigt, in den Jahren 1914 und 1915 von Tischen und Maschinen in den Arbeitsräumen kleinere Stücke Fleisch oder Fettstücken fortgenommen und sie entweder sofort verzehrt oder bis zu den Mahlzeiten, die er in der Fabrik einnahm, in den Taschen aufbewahrt zu haben. Mehrere Personen wollen auch beobachtet haben, daß er wiederholt mehrstündige Fleischstücke unter die Jacke steckte oder in Papier einwickelte, um sie mit nach Hause zu nehmen. So soll er sich in der ersten Zeit des Kriegsbetriebes einmal von einem Fleischstück ein Stück vorgedampftes Gulaschfleisch fortgenommen und in die Hosentasche gesteckt haben. Das Schöffengericht in Spandau hatte in den Fällen, in denen es sich um ein größeres Stück Fleisch handelte, Diebstahl und nicht Mordraub angenommen und den Angeklagten zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Hiergegen hatte der Angeklagte Berufung eingelegt, die gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III verhandelt wurde. Der Angeklagte bestritt, jemals aus der Konserverfabrik größere oder kleinere Fleischstücke mit nach Hause genommen zu haben; er habe nur hin und wieder an Ort und Stelle kleinere Stücke Fleisch zum sofortigen Gebrauch an sich genommen und in der Fabrik verzehrt. Das Gericht entschied sich auf Grund der eingehenden Beweisaufnahme dahin, daß nur Mordraub vorliege, wenn es auch nicht verkannt, daß in einem Falle es sich um eine Fleischmenge handelte, die bis an die äußerste Grenze des § 370 St.G.B. heranreichte. Unter Aufhebung des ersten Urteils wurde der Angeklagte zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 11. Heft vom 1. Band des 34. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Partei der Sozialdemokratie. Von Dions Jimier. — Der Krieg und der Sozialismus. Von Gustav Kellin. (Anleitung und Schluss). — Die durchgeführte Blockade. Von Heinrich Gumow. — Notizen: Genosse Heilmann. — Anzeigen: Johannes Kämpfer, Kriegssozialismus in Theorie und Praxis. Friedrich Stampfer, Sozialdemokratie und Kriegskredit. Deutscher Transportarbeiterverband, Jahrbuch 1914.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Probenummern werden jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 6 des 26. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Wiederaufbau. — Aus der Bewegung: Agitation am Niederrhein. Von Luise Rich. — Notizen: Burgfrieden. — Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Gewerkschaftliches.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mark.

Die Erste Weihnachtssnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben 16 Seiten stark erschienen.

A. Wertheim Billige Lebensmittel

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Heute Freitag. Soweit Vorrat.

Obst

- Weihnachtsäpfel . . . 1 Pfd. 18 s Pfd. 85 Pf.
- Boscop-Reinetten . . . 1 Pfd. 20 s Pfd. 90 Pf.
- Kochäpfel Pfd. 15 Pf.
- Almeria-Wein Pfd. 65 Pf.
- Haselnüsse Pfd. 90 Pf.
- Kranzfeigen Pfd. 65 Pf.
- Paranüsse Pfd. 90 Pf.
- Apfelsinen Dtz. 60 75 Pf. 1 M.

Gemüse

- Grünkohl Pfd. 10 Pf.
- Mohrrüben (gewaschen) Pfd. 10 Pf.
- Sellerie Knolle 10 u. 20 Pf.
- Kohlrüben Pfd. 5 Pf.
- Schwarzwurzeln Pfd. 15 Pf.

Freitag und Sonnabends

Käse

- Tilsiter Fettkäse Pfund 1.55
- Echter Schweizer Kräuterkäse Stück 25 Pf.

Ständiger Verkauf

Viandal

- Deutsche Kraftwürste von vorzüglicher Qualität. Alleinverkauf für die Berliner Warenhäuser.
- Topfe per 1/4 1/2 3/4 1 Pfund
- 1.25 2.50 3.50 6 M.

Freitag u. Sonnabend

Konserven

- Makrelen in Tomaten Dose 85 Pf.
- Norw. Sprotten i. Tomat., Dose 53 32 Pf.
- Riesen-Stangenspargel 1/2-Dose 2 M.
- Riesen-Stangenspargel 1/2-Dose 1.05
- Stangenspargel extra stark, 1/2-Dose 1.80
- Stangenspargel extra stark, 1/2-Dose 95 Pf.
- Stangenspargel stark . . . 1/2-Dose 1.65
- Pflaumen 1/2-Dose 78 Pf.
- Mirabellen 1/2-Dose 1.18
- Norweg. Sprotten in Oel, Dose 53 Pf.
- Sardinen in Oel, Dose 78 95 Pf., 1.30
- Stangenspargel stark . . . 1/2-Dose 88 Pf.
- Riesen-Bruchspargel . . . 1/2-Dose 1.65
- Bruchspargel extra stark, 1/2-Dose 1.50
- Stangen-Spargel mittel, 1/2-Dose 1.55
- Stangen-Spargel 50-60. 1/2-Dose 1.30
- Gemischte Früchte . . . 1/2-Dose 1.20
- Gemischte Gemüse extraf., 1/2-Dose 1.50

Marmelade

- Erdbeer leicht gefärbt | Eimer etwa 3.95
- Himbeer leicht gefärbt | 5 Pfund
- Aprikosen Gläser per Pfund 80 Pf.
- Johannisbeer
- Erdbeer mit Apfel Pfund 58 Pf.
- Pflaumen m. Apfel-Marmelade, Pfd. 58 Pf.
- Orangen-Marmelade . . . Pfund 65 Pf.
- Aprikosen-Konfitüre . . . Pfund 80 Pf.
- Gem. Frischobst-Marmelade Pfd. 50 Pf.
- Rheinisches Apfelkraut Pfund 60 Pf.

Fische

- Kabeljau in ganzen Fischen, Pfund 58 Pf.
- Seelachs in ganzen Fischen, Pfund 50 Pf.
- Schellfische Pfund 30 u. 40 Pf.
- Bratschellfische Pfund 35 Pf.
- Merlan Pfund 40 Pf.
- Leb. Lausitzer Karpfen 1.10 u. 1.20
- Lebende Schleie Pfund 1.10
- Lebende Aale Pfund 2.20
- Lebende Aalquappen . Pfund 95 Pf.
- Lebende Hechte Pfund 1.60
- Klippfische Pfund 60 Pf.
- Lebende Forellen (nur Leipziger Straße) Pfd. 3 M.
- Tafellachs nur Leipziger Str., Pfd. 2.80
- Frische Seemuschelein 5 10 85 Pf. Pfd. Pfd.
- Sack etwa 100 Pfund 7 M.

Salzfische Kostproben 11-1 und 5-7 Uhr Kopf- oder Schwanzst. Pfd. 35, in ganzen Fischen 40, Mittelsstück 45 Pf.

Verkauf am Sonnabend:

Geflügel

- Gänse Pfund 2 M.
- Gänsekulenfleisch Pfund 2 M.
- Fette Enten Pfund 1.75 u. 1.90
- Fette Wildenten Stück 2.50 u. 2.75
- Fette Suppenhühner. Pfund 1.60 u. 1.80
- Junge Brathühner. Pfund 1.90
- Schneehühner Stück 1.65
- Krammetsvögel Stück 40 Pf.

Freitag und Sonnabends

Räucherwaren

- Kieler Sprotten 1/2 Pfd. 55 Pf. Kiste etwa 1 Pfd. 70 Pf.
- Sprottbücklinge 1/2 Pfund 55 Pf.
- Kieler Bücklinge Stück 15 Pf.
- Stolpmünder Fiudern Pfund 1.20
- Sardellen Pfund 90 Pf. u. 1.60
- Fettheringe Stück 15 u. 20 Pf.
- Vollheringe groß Stück 15 Pf.
- Isländischer Kräuterhering . Stück 40 Pf.
- Bratheringe 4-Liter-Dose 5 M.
- Rollmöpfe 4-Liter-Dose 5 M.
- Geräucherte Oder-Aale Pfund 3.40
- Mixed-Pickles Pfund 75 Pf.
- Thüringer Sauerkohl Pfund 15 Pf.
- Tonne etwa 220 Pfund 30 M.

Tee

- Souchong-Mischung II III IV V Pfund 3.20 3.80 4.20 4.60
- Ceylon-Mischung Pfund 4.60

An den Sonntagen vor Weihnachten, 12. und 19. Dezember, sind unsere Geschäftshäuser von 1 Uhr an geöffnet.

Die Friedensinterpellation im Reichstage.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratssitz: Bethmann Hollweg, Delbrück, Zirbig, Helfferich, Loebell und andere.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Reichskanzler Bethmann Hollweg:

Ich benutze die erste Gelegenheit, um Ihnen einen kurzen Ueberblick über die Lage zu geben. Kurz nach der Vertagung des Reichstags im August hat Bulgarien an der Seite der Zentralmächte in den Krieg eingegriffen. Unter immer gesteigerten Anforderungen hatte die Entente seit Ausbruch des Krieges versucht, König Ferdinand auf ihre Seite zu ziehen...

eine feste Brücke

zwischen den unüßlich verbundenen Kaiserreichen, dem Balkan und dem nahen Orient geschlagen. Diese Brücke wird nach dem Frieden nicht von den Trümmern moribunder Patrimonien widerhalten, sondern den Werken des Friedens und der Kultur dienen.

In unermüdlicher Wiederholung und mit raffinierter Regie hat England der Welt die Vorstellung eingebläut, es habe in edelmütiger Selbstlosigkeit allein Belgiens wegen in den Krieg eingegriffen...

der Verleumdung Deutschlands sein wahres Gesicht zu verbergen. (Lebhafte Zustimmung.) Uebrigens schreibt eine englische Zeitung, von der man sagt, daß sie der Regierung nahe stehe, am 30. November, England habe gegen Deutschland die Waffen ergriffen, weil Deutschland sonst nicht hätte bezwungen werden können...

Ueber die vermutliche Weiterentwicklung der militärischen Operation auf dem Balkan will ich jetzt nicht sprechen. Im Osten nehmen unsere Truppen zusammen mit den österreichischen eine in das russische Gebiet weit vorgeschobene gut ausgebaute, feste Verteidigungsstellung ein, immer bereit zu erneuertem Vorgehen (Bravo!) Im Westen haben die mit größter Todesverachtung unternommenen Durchbruchversuche der Franzosen und Engländer zwar unsere Front an einzelnen Stellen eingedrückt...

Hinter der Front

haben wir in Nordfrankreich und Belgien uns redlich und mit Erfolg bemüht, geordnete Zustände zu schaffen. Ueberall haben die Stuppen hinter der Front geordnet und geerntet. In Belgien sind in der Landwirtschaft vielfach annähernd normale Wirtschaftsverhältnisse hergestellt. Industrie und Handel sind neu belebt, die Arbeitslosigkeit wird durch Arbeitsarbeiten und andere Maßnahmen bekämpft...

wirtschaftlichen Zustände bei uns

nur einige Bemerkungen. Wir haben genug an Lebensmitteln, wenn wir sie richtig verteilen. Das ist die bestimmende Tatsache. Daß wir uns im Kriege nicht so billig und so reichlich ernähren können wie im Frieden, ist klar. Die Not, die infolge des Krieges in vielen schwachen Familien eingezogen ist, wird von niemand lebhafter beklagt als von mir.

aber wir kommen aus.

(Zustimmung.) Vergleichen wir die gegenwärtigen Verhältnisse mit den Vorstellungen, die man sich vor dem Kriege von einem wirtschaftlichen Wirkungen gemacht hat. Ihr (zu den Sozialdemokraten) langjähriger Führer Bebel hat darüber ausführlich auf dem Generalkongress 1906 gesprochen. Er hat damals für die Zeit bald nach dem Kriegsausbruch den Zusammenbruch vieler hundertausender kleiner Handwerker und Gewerbetreibender in Aussicht gestellt...

Bei dieser Gelegenheit will ich noch einen besonderen Fall mitteilen. Als auf das Gebot Englands der General Botha Deutsch-Südwestafrika angriff, erforderte die Not von deutschen Eroberungsgelüsten auf die südafrikanische Union, um seinen Ueberfall zu rechtfertigen. Bruderblut wurde dann vergossen, als es der Bevölkerung widerstrebt, an diesem Ueberfall teilzunehmen...

Ich habe versucht, Ihnen die Lage auf den Kriegsschauplätzen nachträglich zu schildern, so wie sie ist. Das sind die Tatsachen. Gegen die Gewalt ihrer Sprache vermögen unsere Feinde nichts. In unserer Rechnung ist kein schwacher Punkt, kein unsicherer Faktor, der unsere felsenartige Zuversicht erschüttern könnte...

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Einzelner Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation Albrecht (Soz. und Genossen):

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt ist, in Friedensverhandlungen einzutreten?

Nachdem sich der Reichskanzler zur sofortigen Beantwortung bereit erklärt hat, erhält das Wort zur Begründung

Abg. Schridemann (Soz.):

Seit mehr als 16 Monaten sind wir Zeugen eines Kampfes, wie ihn die Welt nie zuvor erlebt hat. Wie sie ihn hoffentlich niemals wieder erleben wird. Was über heldenmütige Kämpfe in diesen 16 Monaten berichtet werden konnte, steht beispiellos da in der Geschichte.

Man mühe an der Menschheit verzweifeln, wenn es anders wäre. Die Vorstellung ist geradezu entsetzlich, daß es ein Volk geben könnte, das eine Fortsetzung des männermordenden Kampfes wünscht. Es besteht für mich kein Zweifel, alle Völker wollen den Frieden. Aber — ich will das Wort Lord Courtney gebrauchen — die verantwortlichen Staatsmänner wissen noch nicht, wie sie aus der Sackgasse herausfinden sollen.

Am 4. August 1914 stand unser Volk wie ein Mann bereit zur Verteidigung des Vaterlandes. Als die Erklärung meiner Praxion Ihnen vorgelesen wurde, da war das Haus erfüllt von stürmischen Weisungen. In jener Erklärung hieß es: „Für unser Volk und seine freibewillige Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten seines eigenen Volkes bedeckt hat, viel mehr nicht alles auf dem Spiel.“

Das Ziel der Sicherung gegen feindlichen Einbruch ist erreicht. Ein Blick auf die Kriegslage zeigt es, unsere Truppen stehen in Belgien, in Frankreich, in Rußland, in Serbien. Glauben die Gegner wirklich, daß sie den Krieg noch in unsere Gänge werden tragen können? Glauben sie es noch, nachdem alle ihre mit größter Gewalt unternommenen Vorstöße gegen die stählernen Mauern, die unser Land beschützen, mißlungen sind?

Kriege, wie wir ihn jetzt durchleben, ist das ausgeglichen. Vom Frieden kann und sollte zuerst der reden, dessen militärische Lage und wirtschaftliche Stärke ihm gestatten, auch jede Mißdeutung seiner Bereitschaft als Zeichen der Schwäche mit ruhigem Kraftbewußtsein hinzunehmen. Demnach können wir und deshalb müssen wir vom Frieden reden. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die wilden Vertrimmerungs- und Zerstückelungspläne aus den feindlichen Ländern haben wir nicht vergessen. Als ehrsüchtige Leute wollen wir aber gestehen, daß auch

bei uns zu Lande Eroberungspläne ausgeheckt worden sind, an deren Verwirklichung kein politisch reifer Mensch im Reiche denken konnte und deren öffentliche Erörterung, wenn sie möglich gewesen wäre, auch gezeigt hätte, daß das deutsche Volk sie ablehnt. Meine Partei hat gegen diese Eroberungspläne sofort entschiedene Verwahrung eingelegt. Im Ausland sind sie demüht worden, um die Fortsetzung des Krieges immer wieder von neuem als absolut notwendig nachzuweisen. Annektionen völkerrechtlicher Gebiete verstoßen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wer will übrigens ernsthaft bestreiten, daß durch solche Annektionen die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates nur geschwächt werden könnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere politischen Beziehungen nach außen müßten dadurch dauernd schwer geschädigt werden, eine immerwährende Kriegsgefahr und immer drückender werdende Rüstungskosten wären die absolut sichere Folge.

Ebenso scharf wie diese Annektionspläne weisen wir auch die gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten gerichteten Eroberungsabsichten der feindlichen Mächte zurück. Bis in die jüngste Zeit hinein ist von Staatsmännern feindlicher Mächte gesagt worden, vom Frieden mit uns könne keine Rede sein, bevor der preußische Militarismus vernichtet und Elfsch-Lothringen an Frankreich gefallen sei. Unsere Gegner verstehen unter dem Militarismus, den sie geshmettern wollen, etwas anderes als wir. Sie wollen unsere Heere, in denen unsere Söhne und Brüder stehen, vernichten. Was wir als Militarismus bekämpfen, ist eine Angelegenheit, die innerhalb unserer Landesgrenzen zu entscheiden ist, so wie über den französischen Militarismus und den englischen Marxismus jenseits der Vogesen und jenseits des Kanals zu bestimmen sein wird. Den Gedanken einer Angliederung Elfsch-Lothringens an Frankreich, einerlei in welcher Form sie erstrebt wird, lehnen wir ab. Ich bitte mir keinen Vorwurf zu machen, wenn ich nur wenig rede von den vielen unerfreulichen Auslassungen in Frankreich, England und Rußland. Ich weiß, daß der englische Ministerpräsident sich noch jüngst wieder zu seinem alten Programm der Vernichtung des deutschen Militarismus bekannt hat. Ich weiß, daß der französische Ministerpräsident vor kurzem noch das gleiche Ziel und noch andere erneut aufgestellt hat. Aber was ist in diesem Kriege nicht schon alles geredet worden. Ich trete ein für baldigen Frieden, und spreche deshalb nur von solchen Aeußerungen, aus denen ebenfalls die Sehnsucht nach dem Frieden klang.

Wie mein Freund Ramsey MacDonald in England für den Frieden zu wirken bemüht ist, dürfte Ihnen bekannt sein. Im Unterhause sprach Trevelyan für den Frieden, im Oberhause suchte Lord Ribblesdale nach dem Mittelweg. Lord Loreburn sprach sich im Oberhause am 8. November über die für England wenig befriedigende militärische Lage aus und fuhr fort: „Die Lage ist in der ganzen Geschichte ohne Beispiel. Jede große Nation glaubt, daß der Krieg ihr aufgezungen wurde. Alle glauben, daß sie im Rechte sind und nur durchhalten müssen, um zu siegen... Wenn der Krieg endlos fortgeht, so werden Revolutionen und Anarchie folgen... Die Menschen müßten selbstmordend sein, die nicht jede ehrenhafte Gelegenheit ergreifen würden, um einen Aufreißungskrieg zu verhindern, der das schrecklichste Unglück wäre das die Menschheit treffen könnte.“ Lord Courtney führte aus, daß die ruhmvolle Leidenschaft für nationale Unabhängigkeit verhöhnt werden müsse mit der Möglichkeit internationaler Freundschaft, wenn die Zivilisation bestehen bleiben solle. Deutschland glaube ebenso ehrlich wie England daselbe, was es sagt. Aus der Sache müsse es einen Ausweg geben. Offen bekannt hat dieser Völkerrechtslehrer, daß es an der Zeit und verständlich sei, öffentlich von Friedensverhandlungen zu sprechen. Wir Sozialisten haben das bereits seit vielen Monaten getan. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In der italienischen Kammer verlangte der Sozialist Treves einen Frieden, der nicht die äußerste Erschöpfung der Staaten bedeuten würde, einen Frieden ohne Annexion. Das sagte er der italienischen Regierung ins Gesicht, die den frevelhaftesten aller jemals geführten Annektionskriege erst begonnen hat, nachdem die Särden des Weltkrieges schon viele Monate lang alle Welt mit Entsetzen erfüllt habe. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen den Frieden, das klang auch aus dieser Rede heraus. In einem französischen Feldpostbriefe heißt es: „Al die Männer, die der Krieg zusammenriß, haben nur den einen Wunsch, daß er sich niemals wiederholen möge, und daß es ihren Söhnen erspart bleibe, seine Särdenisse kennen zu lernen, und nur deshalb wollen sie trotz ihrer Müdigkeit bis zum Ende aushalten.“

Alle Welt sehnt sich nach Frieden. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nur soll man nicht darüber reden, weil das ein Zeichen der Schwäche sei. Wie all die andern, so war auch Lord Courtney verständig genug, sich an diese Redensart nicht zu kehren. Leider hat es auch bei uns nicht an sogenannten Politikern gefehlt, die die Rede Lord Courtneys mit wildem Kriegsgeheul beantwortet haben. Das sind die Kriegswörterer, wie sie in allen Ländern gedeihen. Die Kriegsbegeisterung dieser gemeingefährlichen Feder- und Maulhelden wächst mit dem Grade ihrer Felddienstauglichkeit. (Lebhaftes Zustimmung.) Lord Courtneys Rede ist ebenfowenig ein Zeichen der Schwäche, wie es töricht wäre, meine Rede im Ausland so zu deuten. Was ich heute hier über den Frieden sage, habe ich schon vor nahezu Jahresfrist in großen Versammlungen öffentlich ausgesprochen. Und viele Tausende pflichteten mir bei, als ich mich gegen die Annektionschwäger wandte. Ich sprach da nicht meine Privatansicht aus, sondern die Auffassung meiner ganzen Partei. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich weiß, daß man in England und Frankreich unausgesetzt hinweist auf den angeblich bevorstehenden baldigen Zusammenbruch Deutschlands. In nachgerade langweilig werdender Eintönigkeit wird auseinandergesetzt, daß wir bald nicht mehr genügend Menschenmaterial haben werden, und daß Mangel an Kriegsmaterial und Lebensmitteln uns bald auf die Knie zwingen werde. Das eine ist so falsch wie das andere. Daß es übrigens heutzutage im Kriege nicht mehr allein auf die Zahl der Mannschaften ankommt, ist doch wohl klar genug durch Hindenburg an der russischen Dampfwalze demonstriert worden. (Sehr richtig!)

Der Krieg hat in allen europäischen Ländern, auch in den neutralen, schlimme Folgen gezeigt.

Europa richtet sich systematisch zugrunde

und die Vereinigten Staaten von Nordamerika machen ein glänzendes Geschäft, wollte man das doch endlich auch in England und Frankreich einsehen. Wie man sich dort auf den Gedanken verweisen

konnte, die Verhältnisse dort seien noch wesentlich besser als bei uns, ist wirklich kaum verständlich. Der Senator Humbert, ein Spezialist in Militärfragen, schreibt ganz offen, daß Frankreich infolge der neuesten Aushebungsmassnahmen seiner Erschöpfung der militärischen Kraft entgehe, und er schildert auch in den düstersten Farben die wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahmen. Die Ausführungen dieses angesehenen Franzosen sind ein erschütternder Nachruf über die Zustände seines Landes.

Wie steht es mit der Aus Hungering unseres Volkes? Dieser Plan der englischen Kriegführung ist gescheitert, weil er scheitern mußte. Gewiß, es mangelt uns an diesem und jenem; wir haben uns an mancherlei gewöhnen müssen und werden uns, wie an die Brotkruste, so auch noch an Fleisch, Fett- und Butterkräften gewöhnen, deren Einführung meine Partei ja selbst beantragt hat. Wir haben vor kurzem wieder 20 und mehrere Millionen lebender Schweine gezüchtet, wir haben 55 Millionen Zentner Kartoffeln geerntet. Zur Ernährung unseres Volkes gebrauchen wir noch nicht etwa 15 Millionen, wir haben also für Futtermittel und zur industriellen Verarbeitung nahezu drei Viertel der gesamten Ernte zur Verfügung. Nein, ausgehungert kann unser Volk nicht werden. (Sehr wahr.) Nachdem wir auch noch den Donauweg offen haben, sollten unsere Gegner doch endlich einsehen, daß ihre Spekulation falsch gewesen ist. Wenn es Aeußerungen der Ungutredigkeit gegeben hat, die im Ausland phantastisch ausgeschmückt wurden, so deshalb, weil nicht schnell und wirksam genug eingegriffen wurde, um gewissenlosen Produzenten und Spekulanten das Zuchterhandwerk zu legen. Je weniger einsehend manche behördliche Maßnahme war, um so geräuschvoller wurde sie amtlich in der Presse ausposaunt. Es wäre verwunderlich gewesen, wenn man im Ausland daraus nicht gefolgert hätte, daß wir mit unseren Lebensmitteln am Ende seien. (Sehr richtig!) Die Frage unserer Volksernährung im Kriege ist eine Frage der Organisation und rücksichtslosen Entschlossenheit. Wehe der Regierung, die hier dauernd versagte, sie würde dem Jorn des Volkes nicht standhalten können. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Hoffnungen unserer Gegner auf unseren wirtschaftlichen Zusammenbruch sind unbegründet, ebenso die auf unseren militärischen Zusammenbruch. Es ist geradezu verbrecherisch, wenn von Staatsmännern und Politikern der gegen uns kriegführenden Länder ihren Völkern immer wieder vorgegaukelt wird, daß die militärische Situation sich zu unseren Ungunsten wesentlich ändern könnte. Aber was sie auch reden mögen, an unerlöschlichen Tatsachen vermögen sie nichts zu ändern, und nach diesen Tatsachen sind wir es, die jetzt von Frieden sprechen können, und deshalb auch vom Frieden sprechen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gibt es einen Menschen im Lande, der nicht froh wäre, wenn wir dem furchtbaren Kampfe ein Ende machen könnten? Nein! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur die Arbeiter, auch die Gewerbetreibenden, die Geschäftsleute und kleinen Bauern wünschen einen Frieden, der unsere wirtschaftliche Entwicklung und politische Unabhängigkeit sicherstellt. Und sehnen nicht auch die Mütter, Frauen und Kinder der feindlichen Soldaten ebenso heiß das Ende des Wärens herbei, wie es bei uns der Fall ist. Könnte die Presse in den kriegführenden Staaten frei über die Kriegsziele und den Friedenswillen schreiben, mit elementarer Gewalt würde in allen Ländern der Friedenswille zum Durchbruch kommen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich verlangen wir Sozialdemokraten auch in dieser Tagung wieder die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur.

Im Auftrag unserer deutsch-österreichischen Bruderpartei habe ich zu erklären, daß sie sich vollkommen einig weißt mit uns in der Pflicht zur Landesverteidigung wie in dem Willen zum Frieden. Unsere Freunde können dies nicht aussprechen, da ihr Reichsrat nicht zusammenberufen wird. (Hört! hört!)

Je höher ein Volk in der Kultur steht, um so größer wird die Sehnsucht sein, seine ganze Kraft friedlicher Kulturarbeit widmen zu können. Wer einer Regierung, die unserem Erdteil den Frieden zu verschaffen sich bemüht, in den Arm feile, der wäre ein Verbrecher an der ganzen Menschheit. Wir Sozialisten in allen Ländern haben die imperialistische Politik der europäischen Großstaaten alle Zeit bekämpft; wir wußten, daß sie, abgesehen von allem andern, die Gefahr einer furchtbaren Katastrophe in sich trug. Bis zum Tage des Ausbruchs des Krieges haben wir mit allen Kräften gegen den Krieg gewirkt. Wir und unsere Parteigenossen in den andern Ländern waren zu schwach, um ihn verhindern zu können. Als dann der Krieg über uns hereinbrach, war es selbstverständlich, daß wir unser Land, seine Unabhängigkeit und seine Kultur zu schützen hatten. Ich brauche nur an Ostpreußen zu erinnern, um zu zeigen, wie groß die russische Gefahr gewesen ist.

Aber unmittelbare Gefahren drohen unseren Grenzen jetzt nicht mehr.

Da ist es unsere Pflicht, die Frage an den Reichskanzler zu richten, ob er nicht Auskunft geben kann über

die Bedingungen, unter denen er in Friedensverhandlungen einzutreten bereit ist. Der Reichskanzler weiß, daß das deutsche Volk einmütig und geschlossen in den Kampf gegangen ist, um Heim und Herd zu verteidigen. Er kann aber auch darüber nicht im Unklaren sein, daß das Volk den Krieg keinen Tag länger führen will, als unbedingt nötig ist, das Ziel zu sichern. Für unser Land und seine Unabhängigkeit seyte unser Volk alles ein, zur Erreichung kapitalistischer Sonderinteressen will das Volk nicht das Leben auch nur eines einzigen unserer Soldaten aufs Spiel gesetzt wissen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Uns treibt nicht Eroberungslust, und befeelt der unbedingte Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter.“ Diese Worte aus der Thronrede vom 4. August 1914 sollten an keiner Stelle vergessen werden, vor allem nicht da, wo die Verantwortung am schwersten lastet. Wenn sich der Reichsregierung die Möglichkeit bietet, einen Frieden zu schließen, der dem deutschen Volke die politische Unabhängigkeit, die Unverletzlichkeit des Reiches und die Entwicklungsfreiheit sichert, fordern wir, daß sie Frieden schließt. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie die Möglichkeit hat, auf Grundlage dieser Bedingungen in Friedensverhandlungen einzutreten, dann muß sie es tun im Interesse der menschlichen Kultur. Wir werden dann zusammenstehen und unsere ganze Kraft zusammenschließen, um diejenigen in Schranken zu weisen, die etwa diesen Frieden nicht wollen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Millionen von uns zu Beginn des Krieges entschlossen zu den Fahnen eilten, so taten sie es nicht in der Absicht, die Welt dem deutschen Willen zu unterwerfen, sondern um zu verhindern, daß der Wille, die Einheit, die staatliche Stellung des eigenen Volkes durch eine gewaltige feindliche Koalition gebrochen und zertrümmert werde. Ein friedliches und besonnenes Volk wie das deutsche mag in Augenblicken höchster Erregung sich vom Jorn übermannen lassen, aber es schweigt nicht in Rache- und Vernichtungsgedanken. Es sucht seinen freien Platz in der Welt neben den andern, nicht über den andern.

Ich habe offen geredet und kann offen sagen, daß wir den

Frieden wollen, weil das deutsche Volk stark genug und entschlossen ist, auch fernerkhin Heimat und Herd zu schützen, wenn die Gegner den Frieden nicht wollen. Der Reichskanzler weiß, daß die ganze Welt seine Antwort auf unsere Frage mit atemloser Spannung erwartet. Ich hoffe, daß er das erlösende Wort finden und seine Bereitschaft zu Friedensverhandlungen aussprechen wird. Unsere heutige Sitzung kann von weltgeschichtlicher Bedeutung werden. Von dem Reichskanzler hängt in dieser Stunde unendlich viel ab. Alle Welt wird sich auf die Seite dessen stellen, der die Hand zum Frieden bietet. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wehe denen, die sie abweisen. Ihre eigenen Völker werden sie zur Rechenschaft ziehen. Schuld beladen würden sie in der Geschichte fortleben, die die Friedenshand zurückweisen, um den furchtbaren Krieg bis zur vollkommenen Verblutung Europas fortzuführen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß der unendliche Ruhm, den ersten entscheidenden Schritt zur Beendigung des furchtbaren Krieges getan zu haben, unserm Lande gesichert wird. (Lebhaftes stürmischer Beifall.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Meine Herren, diese Interpellation hat in feindlichen Ausland beträchtliches Aufsehen erregt, zumeist freudiger Natur. Man will in der Frage nach den deutschen Friedensbedingungen ein Zeichen des Nachlassens deutscher Kraft und den beginnenden Zerfall der Einmütigkeit des deutschen Volkes erblicken. Nun, meine Herren, ich hoffe und ich glaube, daß diese eben gehörte Begründung der Interpellation in der Hauptsache die freudigen Erwartungen unserer Feinde nicht ermuntert, sondern enttäuscht wird. (Sehr richtig!) Gewiß wünschen die Interpellanten den baldigen Beginn von Friedensverhandlungen. Aus den Ausführungen des Vorredners schien mir die Beforgnis herauszuklingen, wir könnten der Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens aus dem Wege gehen, weil wir alle eroberten Länder behalten oder noch neue dazu erobern wollen. Ich muß aber anerkennen, daß zu der Anregung den Krieg bald zu beenden und öffentlich zu sagen, wie sich die deutsche Regierung den Frieden denkt, die bisherige Geschichte des Krieges ganz natürlich hinleitet. (Hört! hört! links.) Wir haben ungeheure Erfolge erzielt, wir haben unseren Feinden eine Hoffnung nach der andern genommen, mit äußerster Zähigkeit haben sie sich nach dem Verlust der einen Hoffnung auf die andere geklammert. Solange noch die Hoffnung auf Bulgarien bestand, und die Türkei ohne Verbindung mit den beiden Kaiserreichen kämpfte, konnten wir nicht erwarten, daß sie die Hoffnung aufgeben würden, die bisherigen gegen sie gefallenen Waffenentscheidungen in der einen oder anderen Weise rückgängig zu machen. Jetzt nach der mit Bulgarien hergestellten Waffengemeinschaft, nach den großen Siegen in Serbien, nach der Ceftung des Weges nach der Türkei und der damit verbundenen Beobachtung der empfindlichen Stellen des englischen Weltreiches (Hört! hört!), muß da nicht bei unseren Feinden mehr und mehr die Erkenntnis sich festsetzen, daß das Spiel für sie verloren ist, und muß da nicht manchem Manne unter uns, der sieht, daß der Krieg sich nicht auf unsere Kosten weiter ausdehnen wird, der Gedanke aufsteigen: Warum noch weitere Opfer? Warum bietet die deutsche Regierung nicht einen Frieden an?

Tatsächlich hat keiner unserer Feinde uns Friedensangebote gemacht. Tatsächlich haben unsere Feinde vielmehr es als ihre Interesse angesehen, uns — ich habe darauf vorhin schon hingedeutet — fälschlich Friedensangebote anzubieten. Weidens hat denselben Grund: eine Selbsttäuschung, sondern gerade das, was wir vorhin in mern würden, wenn wir mit Friedensangeboten kämen (Lebhaftes Zustimmung), hat das sie uns kommen. Wenn ich über unsere Friedensbedingungen spreche, muß ich mir zuerst die Friedensbedingungen der Feinde ansehen. Unsere Feinde haben im ersten Rauche der Hoffnung, die sie zu Beginn auf einen leichten Sieg setzen zu müssen meinten, ausschweifende Kriegsziele aufgestellt. Sie haben die Zertrümmerung Deutschlands proklamiert. In England wollte man, wenn nötig, für diesen Zweck 20 Jahre aufwenden (Geisterheil), inzwischen ist man über eine solche Dauer des Krieges besorgt geworden, aber das Endziel ist trotz aller Ereignisse der Zwischenzeit daselbe geblieben. Ich verweise auf die von der vielgelesenen „National Review“ aufgestellten Kriegsziele, die mit wenigen Ausnahmen fast von der ganzen englischen Presse übernommen wurden. Sogar ein sehr gemäßigtes englisches Blatt hat außer der Zurückgabe Elfsch-Lothringens an Frankreich als Friedensbedingung aufgestellt die Vernichtung des sogenannten preussischen Militarismus, die Vertreibung der Türken aus Europa und die Herstellung eines Großserbiens im Osten. (Lachen.) Von anderer Seite ist die Abtretung der ganzen linken Rheinseite und des ganzen deutschen Kolonialbesitzes gefordert worden, und der „Labour Leader“ meint, mit dieser Forderung habe die Regierung einen Fühler ausstrecken müssen. (Geisterheil.) Also es ist alles beim Alten geblieben, Deutschland muß vernichtet werden. So klingt es auch aus der französischen Presse heraus. Noch immer wird Elfsch-Lothringens gefordert. Sanotaur hat noch ganz kürzlich im „Figaro“ im Gegenjatz zu der sonst üblichen Legende von dem überfallenen Frankreich das offene Bekenntnis abgelegt, Frankreich habe den Krieg gemacht, um Elfsch-Lothringen zu erobern. (Hört! hört!) Mir scheint, der Abg. Scheidemann wollte andeuten, daß solche Behauptungen kaum die wahre Stimmung des Volkes wiedergäben. Es mag sein, daß bei den Feinden einzelne nachdenkliche Männer, die sich von der militärischen Lage Hochenschaft ablegen, im Grunde ihres Herzens wünschen, daß dem entsetzlichen Blutvergießen bald ein Ende gemacht werden möge. Aber ich sehe nicht, daß diese Männer auch durchdringen. Vielleicht gehört ihnen einmal die Zukunft, die Gegenwart gehört ihnen noch nicht. (Lebhaftes Zustimmung.) Die Oberhausreden, auf die der Vorredner näher eingegangen ist, haben in der englischen Presse mit sehr wenigen Ausnahmen keinen Widerhall gefunden. Aber sie haben die wilden Kriegsziele herausgefordert, von denen ich vorhin gesprochen habe. Darüber kann ich nicht hinwegkommen. Völlig entscheidend aber für mich sind die Reden der Minister. Mr. Asquith hat in seiner Guild Hall-Rede verübelt, sein Kriegsziel sei noch daselbe wie bei Ausbruch des Krieges, nämlich die Befreiung der kleinen Völker von der Gefahr, vom preussischen Militarismus vernichtet zu werden. Ueber diese kleinen Völker habe ich ja auch vorhin schon gesprochen. Mehr als ein Jahr lang hat die Welt den englischen Versicherungen Glauben geschenkt. Jetzt nach den Vorkommnissen in Griechenland wird sie wohl von dem Glauben luriert sein, ja vielleicht sind auch die kleinen Völker selbst inzwischen luriert worden. (Lebhaftes Zustimmung.) Wir in Deutschland haben vom ersten Tage an gewußt, daß hinter diesem Schut der kleinen Völker und der kleinen Staaten sich die Sucht verbarg, den großen Staat, dessen Aufwachen man so lange mit Reich und Wohlstand verfolgt hat, ein für allemal abzutun. (Sehr richtig!) Und das nennt man dann Vernichtung des preussischen Militarismus! Diese englische Parole ist von allen Alliierten übernommen worden. Sie haben übereinstimmend erklärt, sie würden das Schwert nicht in die Scheide stecken, bevor nicht der preussische Militarismus niedergebungen ist. Daneben hat jeder Alliierte seine besonderen Forderungen. Der englische Kolonialminister will das Nationalitätsprinzip durchzuführen und aus diesem Grunde Elfsch-Lothringen Frankreich und Polen Rußland zurückgeben. Weiß der englische Kolonialminister, daß in den Reichsländern von rund 1 900 000 Einwohnern über 87 Proz. deutschen und noch nicht 11 Prozent französischer Ursprungs sind. (Hört! hört!) Ob nach dem Nationalitätsprinzip Polen zu Rußland gehöhrt, ist noch mindestens zweifelhaft. (Geisterheil Zustimmung.) Es wäre auch ganz interessant, von England einmal zu hören, was nach dem Nationalitätsprinzip aus Indien und Ägypten wird. (Große Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung.) Ministerpräsident Briand will außer der Wiederherstellung Serbiens und Belgiens unter allen Umständen Elfsch-Lothringen haben, und Herr Tsjonow hat ziemlich deutlich auf Konstantinopel

hingewiesen. Der tatsächlichen militärischen Sachlage entsprechen diese Kriegsziele der feindlichen Regierung sehr wenig. Es hieße aber, die Situation verkennen, wenn ich diese Aeußerungen der feindlichen Minister nur als bluff ansehen und nicht ernst nehmen würde. Die Lage ist doch so: unter der Protektion der Regierungen sind die Völker unserer Feinde von Anfang an durch die fabrikmäßige Herstellung und Verbreitung von Lügennachrichten aller Art über die Wirklichkeit getäuscht und mit einem unaufrichtigen Haß gegen uns erfüllt worden. (Sehr richtig!) Nun sieht man, daß mit all dem sich keine Siege erkämpfen lassen, ja man hat reichlich militärische und diplomatische Niederlagen erlitten. Gefangenen sind geopfert worden! Man kann es den Völkern nicht mehr verborgen, daß wir weit in Feindesland stehen, daß wir den Weg nach Südosten geöffnet haben, und daß wir sehr wertvolle Faustpfänder in der Hand haben. Aber das ceterum censeo, daß Deutschland vernichtet werden soll, ist trotzdem nicht aufgegeben worden. Man hat sich so fest darauf verlassen, daß man davon nicht mehr loskommt. (Sehr richtig!) Und deshalb müssen weitere Hunderttausende auf die Schlachtbänke geführt werden. Als neuestes Kriegsmittel zur Ausschaltung blinder Kriegstrotz gilt die Hoffnung auf den Erschöpfungskrieg. Daß unsere Lebensmittel reichen, daß es nur darauf ankommt, sie richtig zu verteilen, darüber sind wir auch mit der Partei des Vorredners einig. (Lebhafte Zustimmung!) Ein Gebiet von Aras bis Mesopotamien kann wirtschaftlich nicht erdrückt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Hoffnungen auf einen Mangel an Lebensmitteln bei uns unsere Feinde enttäuschen sollten, dann hoffen sie auf unseren Mangel an Rohstoffen. Wir sind auf eine lange Kriegsdauer mit allem Möglichen versehen. (Hört! hört!) Eine ganze Reihe von Rohstoffen, die wir vor dem Kriege nur aus dem Auslande bezogen, können wir jetzt selbst herstellen. (Bravo!) Die dazu erforderlichen Fabriken sind im Betrieb. (Erneute Bravo!) Von Metallen hat man gemeint, daß Kupfer einmal knapp werden könnte. Wenn wir aber auf das bereits verarbeitete, aber ersehnte Kupfer zurückgreifen, dann reichen wir für viele Jahre. (Bravo!) Wolle und Baumwolle haben wir in Belgien und Polen in großen Massen gefunden. Baumwolle bekommen wir jetzt auch über die Donau. Mit dem Gummi halten wir Haus. Wir stellen jetzt mit Erfolg künstlichen Gummi her. Wer wenn er einmal knapp werden sollte, glaubt denn jemand im Ernst, uns wegen des Mangels an Gummi vernichten zu können? (Große Heiterkeit.) Und nun die Erschöpfung an Menschen! Der Abg. Scheidemann hat sehr zutreffend darauf hingewiesen, daß die Geschäfte dieses Krieges gelehrt habe, daß es auf die Zahl allein nicht ankommt. Ganz unerfindlich ist, wie Frankreich, dasjenige Frankreich, das den Jahrgang 1916 zum größten Teil schon eingesetzt hat, von der Erschöpfung des deutschen Menschenmaterials sprechen kann. (Sehr richtig!) Wir sind mit der Heranziehung der Dienstpflichtigen lange nicht soweit gekommen, auch nicht wie Frankreich, das die Wehrpflicht über das 45. Lebensjahr ausgedehnt hat. (Hört! hört!) Bei der uns noch zur Verfügung stehenden Zahl an Wehrpflichtigen denken wir nicht daran, die Grenzen weiter zu ziehen. (Hört! hört!) Unsere Verluste sind nicht nur relativ, sondern auch absolut geringer als die französischen Verluste. Wir haben 30 Millionen Einwohner mehr als Frankreich. Unsere Verluste, wenngleich geringer als die französischen Verluste, sind uns unendlich schmerzlicher. Herr Weizsäcker hat der französischen Frauen, ihrer Tränen und ihrer Tapferkeit gedacht. Glaube jemand, daß die deutschen Frauen nicht ebenso tapfer sind, ihr Vaterland nicht ebenso heiß lieben? Unsere Feinde sollen versuchen, uns zu vernichten. Wenn wir um Haus und Hof kämpfen, geht uns der Atem nicht aus. (Stürmischer Beifall.) Wohin der gegen uns geschürte Haß führt, das sieht man an dem Baralong-Fall. (Sehr wahr! — Zurufe: Eine Schande für England!) Die Verlobung eines englischen Kriegsschiffes hat in abscheulicher Weise die hilflose Mannschaft eines deutschen U-Bootes ermorde. (Sturm. Skurufe.) Diese gräßliche Mordtat ist von der englischen Presse völlig totgeschwiegen worden. Ob aus Scham? Wir wissen es nicht. Auf den Geist ihrer Marine sind die Engländer immer sehr stolz gewesen. Wie wollen sie diese gräßliche Mordtat verantworten, diesen feigen kalten Mord an wehrlosen und hilflosen deutschen Matrosen? (Sehr gut!) Sie wird für alle Zeiten für die englische Marine ein unheilbarer Schandfleck bleiben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe diesen Fall herausgegriffen, obwohl man in der englischen Presse noch manches englische Zeugnis für das Vorhandensein eines ähnlichen Geistes findet. (Hört! hört!) Ich erinnere nur an die Berichte des „Daily Chronicle“ aus dem englischen Hauptquartier, in denen die Lust der englischen Soldaten an der Einschichtung der Deutschen in so scheußlicher Weise dargestellt und verherrlicht worden ist, daß ich mich scheue, solche Worte auch nur in den Mund zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung!) Bei unseren Truppen ist die Tötung des Gegners wahrlich kein Scherz und kein Sport, wir verschmähen solche niedrige Gefinnung. (Sehr wahr!) Unsere Truppen tun ihre Pflicht als Träger menschlicher Kultur, und sie sind darum gerade brave Soldaten und gute Deutsche. (Lebhafte Zustimmung.) — Der Reichskanzler legt die folgenden Sätze in großer Erregung: Wenn einmal die Geschichte über die Schuld an diesem ungeheuerlichsten aller Kriege und seiner Dauer geschrieben wird, dann wird sie das entsetzliche Unheil aufdecken, das Haß, Verstellung und Unkenntnis angerichtet haben. (Sehr richtig!) Solange diese Verfristung von Schuld und Unkenntnis bei den feindlichen Nachbarn besteht und ihre Weisungsverfassung die feindlichen Völker beherrscht,

Wäre ein Friedensangebot von unserer Seite eine Torheit,

die den Krieg nicht verkürzen, sondern verlängern würde! (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Damit müssen wir rechnen. Mit Friedensäußerungen von unserer Seite kommen wir nicht vorwärts, und das alles, was kommen nicht zu Ende. (Erneute Zustimmung s. d. bürgerl. Parteien. — Abg. Liebknecht: Eroberungspläne! — Lachen.) Friedensangebote unserer Feinde, die der Würde und Sicherheit des Deutschen Reiches entsprechen — ich wiederhole es immer wieder — sind wir allezeit bereit, zu diskutieren. In dem vollen Bewußtsein unserer unbestreitbaren und unerlöschlichen glänzenden militärischen Erfolge lehnen wir jede Verantwortung für die Fortsetzung des Unheils ab. (Lebh. Zustimmung.) Es soll nicht heißen, daß wir den Krieg auch nur um einen Tag verlängert haben, weil wir noch dieses oder jenes Faustpfand dazu erobert wollten. In meinen früheren Reden habe ich unsere allgemeinen Kriegsziele auseinandergesetzt. Ich kann auch heute nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich kann nicht sagen, welche Garantien die kaiserliche Regierung s. B. in der belgischen Frage fordern wird, welche Nachgrundlagen sie für diese Garantie für notwendig erachtet. Aber eines sollen sich unsere Feinde selbst sagen: Je länger und verbitterter sie diesen Krieg gegen uns führen, um so mehr wachsen unsere Garantien, die wir fordern müssen. (Stürmische Zustimmung im Hause und Händeklatschen auf den Tribünen.) Wenn unsere Feinde für alle Zukunft eine Kluft zwischen Deutschland und der übrigen Welt aufzurichten wollen, dann sollen sie sich nicht wundern, daß auch wir unsere Zukunft danach einrichten. (Erneute lebhafte Zustimmung und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.) Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab erneut und härter als bisher bedrohen können. (Wiederholter Beifall und Händeklatschen.) Es ist ja bekannt, daß Frankreich seine Anleihen an Ausland nur unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben hat, daß Ausland keine politischen Bestellungen und Eisenbahnen gegen uns ausbaut, und ebenso ist es bekannt, daß England und Frankreich Belgien als Aufmarschgebiet gegen uns betrachteten. Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch und auch wirtschaftlich sichern. (Sehr wahr!) Was dazu nötig ist, muß erreicht werden. (Stürmischer wiederholter Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen. — Protestrufe des Abg. Dr. Liebknecht.) Ich denke, es gibt im deutschen Vaterlande niemanden, der nicht diesen Zielen zustimmt. Welche Mittel zu diesem Zweck nötig sind, darüber müssen wir uns die Entscheidung vorbehalten. Wie ich schon am 10. August gesagt habe: wie sind es nicht, die die kleinen

Völker bedrohen oder unterjochen wollen. Wir führen diesen und aufgezwungenen Kampf allein um den Schutz unseres Lebens und unserer Freiheit. (Lebhafte Beifall.) Für die deutsche Regierung ist dieser Kampf das, was er von Anfang an war und woran sie in allen ihren Kundgebungen unverändert festgehalten hat: ein Verteidigungskrieg des deutschen Volkes. Dieser Krieg darf nur mit einem Frieden beendet werden, der nach menschlichem Ermessen und die Sicherheit gegen seine Wiederkehr bietet. Darin sind wir alle einig, das ist unsere Stärke und dabei soll es bleiben. (Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Auf Antrag des Abg. Haase (Soz.) beschließt das Haus einstimmig die Besprechung der Interpellation.

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Im Namen der sämtlichen Mitglieder dieses hohen Hauses mit Ausnahme der Interpellanten habe ich folgende Erklärung abgegeben:

Die Beendigung dieses uns aufgedrungenen Krieges wünschen auch wir. Wir blicken dabei voll Bewunderung und Dankbarkeit auf den ununterbrochenen Siegeszug aller unserer Truppen, die in Gemeinschaft mit unseren tapferen österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Verbündeten von Erfolg zu Erfolg schreiten, ihre ruhmreichen Fahnen weit in Feindesland hineingetragen und soeben das ferische Meer zertrümmert haben. Wir vertrauen auf diese unbesiegbare, allen Angriffen unserer Feinde gewachsene und überlegene Stellung unserer Heere in Ost und West, die uns mit unseren Verbündeten den vollen Erfolg des Krieges verbürgen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir blicken auf die nicht zu ersättigende wirtschaftliche und finanzielle Kraft unseres Volkes und Landes, die uns Ernährung und Rüstung ausreichend sichert. Mögen unsere Feinde sich erneut zum Ausscharen im Kriege entschließen, wir werden in voller Einigkeit, mit ruhiger Entschlossenheit und — lassen Sie mich einfügen: in Gottvertrauen — die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen gewahrt werden müssen. (Lebhafte wiederholter Beifall und Händeklatschen bei den bürgerlichen Parteien.)

Präsident Dr. Kaempf teilt mit, daß ein von den Führern sämtlicher bürgerlichen Parteien unterzeichneter Schlussantrag eingelaufen ist.

Der Antrag wird von sämtlichen bürgerlichen Mitgliedern des Hauses unterstützt. Als der Präsident über den Antrag abstimmen lassen will, meldet sich Abg. Haase (Soz.) zur Geschäftsordnung. Der Präsident erklärt, daß er ihm in diesem Augenblick das Wort nicht geben könne. (Unruhe bei den Sozialdemokraten, fortgesetzte Rufe: „Zur Geschäftsordnung!“ — Mehrere Minuten lang herrschte im Hause starker Lärm. Es scheint, als ob der Präsident den Antrag zur Abstimmung stellt und ihn für angenommen erklärt, zu verstehen ist aber nichts.)

Präsident Dr. Kaempf: Nachdem der Antrag angenommen ist, können Sie das Wort zur Geschäftsordnung erhalten. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Vergewaltigung!)

Abg. Haase (Soz.):

Mein Antrag auf Schluß der Debatte ist, wie ich feststelle, nicht angenommen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Antrag auf Schluß der Debatte war nach dem Geiste unserer Geschäftsordnung und nach der Praxis unseres Hauses unzulässig. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und der Herr Präsident als Hüter der Geschäftsordnung und als Beschützer einer Minorität, die hier vergewaltigt werden sollte (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten), hatte die Pflicht, sofort zu erklären, daß er die Abstimmung über diesen Antrag nicht zuläßt. (Erneute Zustimmung.)

Mein Antrag auf Schluß der Debatte entspricht es, daß die Interpellanten in einem Schlussworte das Ergebnis der ganzen Debatte zusammenzufassen die Möglichkeit haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Haben die Herren denn gar nicht überlegt, was es für einen Eindruck in unserem Volke (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten) und in der ganzen Welt machen muß, wenn Sie in diesem Augenblick gegen diejenigen, welche der tiefsten Sehnsucht unseres Volkes und der gesamten Welt Ausdruck geben, mit terroristischen Mitteln vorgehen? (Wiederholter lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Mein Antrag, gerade nach den unbestimmten, allgemeinen, vieldeutigen Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers und nach den letzten Worten des Herrn Spahn ist es notwendig, daß unser Volk und die Welt erfahren, daß nicht etwa der gesamte Reichstag mit diesen Ausführungen einverstanden ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nein, meine Herren, ich erkläre für meine Person, daß ich die Gemeinschaft mit den Anschauungen, die hier zum Ausdruck gekommen sind, mit aller Entschiedenheit ablehne. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten) und ich weiß mich eins darin mit der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Widerspruch.)

Keine Herren, wollen Sie denn wirklich, daß aus diesem Gemisch, das ja alle bedauert haben (Wiederholte Rufe: Zur Geschäftsordnung!), schließlich als Ergebnis herauskommt ein Europa, das einen Trümmerhaufen bildet (Sehr richtig! s. d. Sozialdemokraten. — Erneute Rufe: Zur Geschäftsordnung!), durchtränkt von Tränen und Blut? Wir verlangen eine Abgabe von allen Eroberungsplänen (Zustimmung, Beifall s. d. Sozialdemokraten), von welcher Seite sie auch kommen und in welcher Form sie sich auch äußern. Wir wollen den Frieden! (Die letzten Worte des Redners gehen in dem einsetzenden stürmischen Beifall und Händeklatschen der Sozialdemokraten verloren. — Große Unruhe im übrigen Teile des Hauses.)

Abg. v. Bayer (Op.):

Ich begreife nicht die Erregung; was der Abg. Haase ausgeführt hat, wäre zutreffend, wenn nicht ein Umstand, den er nicht berücksichtigt hat, sehr schwer in die Waagschale fiel. Es ist denen, die den Schlussantrag unterzeichnet haben, nicht eingefallen, den Interpellanten das Wort abzuschneiden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Hätte Herr Landsberg das Wort ergriffen, so wäre das niemandem lieber gewesen als uns. Bedanken Sie sich bei denen, die diese lebhafte Szene herbeigeführt haben. Wenn es Ihnen in erster Linie darum zu tun gewesen wäre, auf die Ausführungen des Reichskanzlers zu antworten, dann hätte es dazu unserer Erklärung nicht bedurft. Wir hatten Herrn Landsberg anheimgestellt, sofort nach dem Reichskanzler zu reden, das hat er abgelehnt. Seinen Wunsch, nach dem Abg. Spahn zu reden, haben wir abgelehnt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist eben die Vergewaltigung!) Sie haben das Recht zu sprechen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wenn Sie es wollen!) Das verkürzen wir Ihnen nicht. Und wir haben ein Recht zu schweigen, wenn wir es im Interesse des Vaterlandes für besser halten. Nur durch Ihren Eigensinn ist es dahin gekommen. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich begreife nicht, daß ein liberaler Abgeordneter, der Präsident eines Parlaments ist, nicht versteht, daß wir hier das Recht

des Parlaments vertreten haben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), ganz abgesehen von den weitergehenden wichtigeren politischen Fragen, die dabei in Frage stehen. Herr Bayer hat gegen meinen Freund Landsberg den Vorwurf erhoben, daß er nicht das Wort habe ergreifen wollen zu einer Zeit, wo die Mehrheitsparteien es ihm geben wollten, nämlich vor dem Redner der Mehrheitsparteien, der eine Vertrauenskundgebung für die Reichsregierung verlesen hat. Diese Umstellung der Rednerliste, die die Herren von den Mehrheitsparteien vornehmen wollten, ist es ja gerade, welche meinen Parteigenossen Landsberg veranlaßt hat, es abzulehnen, in der von ihnen gewünschten Reihenfolge zu sprechen, denn das widerspricht jedem parlamentarischen Brauch und jedem Sinn einer Interpellation. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach allem parlamentarischen Brauch begründen eine Interpellation die Parteien, die sie eingebracht haben. Nachher haben alle Parteien das Recht zu antworten auf die Antwort des Regierungsvertreters und zwar war die Praxis bisher die, daß erst sämtliche anderen Parteien sprachen und daß dann zum Schluß die Partei des Interpellanten zu Wort kommt, ganz abgesehen davon, daß eventuell noch eine zweite Serie von Rednern aller Parteien das Wort erhält. Weil Sie es aber verhindern wollen, daß überhaupt unser Redner das Recht hat, die Debatte zu ziehen könnte, deshalb haben Sie diese Umstellung vornehmen wollen. Und als das nicht gelungen ist, da haben Sie dem Redner unserer Partei, der den Anspruch auf das von Ihnen allen anerkannte Recht ausüben wollte, nunmehr das Wort entzogen und einen schändlichen Mißbrauch begangen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Große Unruhe bei den anderen Parteien. — Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Nach diesem eben vom Herrn Präsidenten unterstrichenen Vorgang hat er selber einer Partei aus dem Hause das Wort zur Geschäftsordnung abgeschnitten und sich dadurch zum Mitschuldigen der Mehrheit gemacht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und das geschieht in dieser Zeit, wo Sie alle damit renommiert haben, daß das deutsche Volk einmütig sei. In dieser Zeit treten Sie das Recht mit Füßen. (Große Unruhe.) Sie haben uns, die größte Partei vergewaltigt, die Partei, die in diesem Augenblick nicht nur ihre 4 Millionen Wähler hinter sich hat, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach die große Mehrheit des Volkes. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Landsberg (Soz.):

Es ist richtig, daß in der eröffneten Debatte zunächst mir das Wort erteilt werden sollte, und daß dann Herr Abg. Spahn eine Erklärung für alle bürgerlichen Parteien abgeben wollte. Ich habe darin eine Verletzung der Geschäftsordnung erblicken müssen. Wenn einmal die Besprechung einer Interpellation beschlossen worden ist, so versteht es sich von selbst, daß die den Bestimmungen der Geschäftsordnung unterliegt. Und danach war, nachdem ein Redner meiner Partei die Interpellation begründet hatte, zunächst ein Redner der übrigen Parteien an der Reihe das Wort zu nehmen. Aber auch aus sachlichen Gründen mußte ich über den Beschluß der Mehrheitsparteien erkaunt sein. Wir sind doch nicht hierher gekommen, um Monologe zu hören, meine Freunde und ich, wir haben gemeinsame Sorgen, es liegt uns doch die Zukunft unseres Vaterlandes am Herzen. Sollten wir dieser gemeinsamen Sorge nicht in einer geordneten sachlichen Aussprache Ausdruck geben? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus diesen Gründen habe ich mich an die Herren gewandt, ich habe ihnen Vorstellungen gemacht und sie gebeten, sie möchten es bei der Geschäftsordnung lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Um mein Ziel zu erreichen, habe ich mich — darauf habe ich ein Anrecht — zunächst an der Rednerliste streichen lassen. (Hört! hört!) Herr Abgeordneter Spahn nahm dann Rücksprache mit den Führern der übrigen Parteien und teilte mir als Ergebnis mit, daß es bei dem Beschluß bleibe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Darauf bin ich, da mir nichts anderes übrig blieb, sofort auf die Tribüne gegangen und habe mich wieder zum Wort gemeldet. Herr Bayer sagt, niemand bedauere mehr als er, daß ich nicht zu Wort gekommen bin. Ja, weshalb haben Sie denn den Schlussantrag angenommen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dieses Bedauern kann ich wirklich nicht hoch bewerten. Es ist hier offensichtlich ein Versehen im Bureau vorgekommen und dieses Versehen haben Sie ausgenutzt. Was ist die Folge? Meine Freunde und ich haben einem ehrenvollen Frieden dienen wollen, wir haben die Einigkeit des deutschen Volkes unterstreichen und bekräftigen wollen, und Sie haben da einen Riß hineingebracht. (Sehr gut! und lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Scheidemann:

Verträge gegen die Geschäftsordnung des Hauses sind öfter vorgekommen. Darin sehe ich nicht das schlimmste. Das schlimmste ist überhaupt das ganze Verfahren der Mehrheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich finde es — nehmen Sie es mir nicht übel — geradezu unerhört, daß das Verhalten der Herren, die so verfahren sind, ein so kurzfristiges gewesen ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das können Sie gar nicht verantworten. (Erneute Zustimmung bei den Soz.) Ich darf daran erinnern, daß es früher vorgekommen ist, daß die Partei, die interpelliert hatte, zum Schluß nicht mehr zu Wort kam. Das wurde im ganzen Hause als ein großer Mißstand empfunden, wir haben uns deshalb vor vielen Jahren einmütig dahin verständigt, daß unter allen Umständen selbst auf die Gefahr hin, daß eine kleinere Partei mal ausgeschaltet wird in der Debatte, daß jedenfalls die Partei, die die Interpellation begründet hat, zum Schluß das Wort erhält. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das war bisher ganz selbstverständlich. Ich traue Ihnen so viel Einsicht zu, daß Sie jetzt wenigstens einsehen, was Sie angerichtet haben, aber das kann mir und meinen Freunden jetzt nichts mehr nützen. Ich erhebe jedenfalls den schärfsten Protest gegen das hier angewandte Verfahren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wassermann (natl.):

Von einer Absicht, dem Abgeordneten Landsberg das Wort nicht zu geben, war bei den bürgerlichen Parteien absolut nicht die Rede. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es hat sich lediglich um die Reihenfolge gehandelt. Das Mißverständnis bedauere ich lebhaft, und ich glaube, auch die Herren von den anderen Parteien bedauern es, aber wir haben es nicht verhindert. Von einem schändlichen Bruch der Geschäftsordnung kann gar keine Rede sein. Ein Schlusswort ist verstatet bei Initiativanträgen, bei Interpellationen kennt unsere Geschäftsordnung ein Schlusswort nicht. Wiederholt sind in der Debatte erst die Vertreter der größten Fraktion zu Wort gekommen, und die Sozialdemokratie ist die größte Fraktion des Hauses.

Abg. Schulz (Npt.):

Uns trifft auch nicht ein Funken von Schuld. (Belächter bei den Sozialdemokraten.) Daß die Herren Sozialdemokraten als stärkste Partei den ersten Redner zu stellen haben, ist durch Übung des Reichstags festgesetzt und wir haben uns nur an diese Übung gehalten. Sie sind schuld, wenn Sie von dieser Übung abweichen wollen. Nachdem uns nun aber Herr Landsberg erklärt hat, daß er bereit gewesen ist, als erster zu sprechen und daß durch ein Versehen die ausreichend schnelle Mitteilung an den Herrn Präsidenten unterblieben ist, habe ich für meine Person nichts dagegen einzuwenden, wenn Herr Landsberg hier zur Sache spricht. Ich stelle also den Antrag, daß der Herr Präsident das Wort befragt,

ab die Diskussion nochmals eröffnet und der Abg. Landsberg das Wort erhalten soll. Abg. Stadhagen (Soz.): Das ist geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig!

Abg. Liebknecht (Soz.):

(mit Unruhe empfangen): Gegenüber dem Abg. Wassermann stelle ich fest, daß jedenfalls immer unbedingt daran festgehalten worden ist, daß der interpellierende Partei der letzte Redner gehört. (Widerspruch.) Das gehört zum Wesen der Interpellation. Ich behaupte, daß noch niemals gegen den Willen der interpellierenden Partei anders verfahren ist. In dem Vorgehen der Mehrheit des Hauses kommt in diesem Falle noch hinzu das Vorgehen des Herrn Präsidenten, der mir das Wort nicht einmal zur Geschäftsordnung hat geben wollen. (Hört! hört!) Diese Vergewaltigung ist eine blutige Illustration zum Wort von der deutschen Einheit. Das, was ich seit jeher als Lüge und Reglementar begreift habe, der „Burgfriede“, hat sich heute in Wahrheit als Lüge entpuppt. (Gelächter.) Ich gratuliere dem Herrn Reichskanzler und Ihnen allen, aber der Triumphierende bei dieser Debatte ist die Sozialdemokratie. (Erneutes Gelächter.)

Abg. Stadhagen (Soz.):

Der Abg. Schulz hat beantragt, meinem Parteigenossen Landsberg noch das Wort zu erteilen. Einen solchen Antrag würde ich für unzulässig halten (Wahl rechts.) Etwas anderes wäre, wenn der Antrag käme, die Besprechung der Interpellation wieder aufzunehmen. (Zurufe: Das ist ja beantragt!)

Abg. Bayer (Sp.):

Ich habe den Eindruck, daß jetzt die Lage über eine Geschäftsordnungsdebatte hinausgewachsen ist. Wir haben ja nicht wissen können, daß der Stollege Landsberg sich zum Wort an erster Stelle gemeldet hat und daß durch ein Versehen des Bureaus diese Wortmeldung unter den Tisch gefallen ist. Wir sind also von einer irrigen Voraussetzung ausgegangen und dürfen dies Mißverständnis nicht nachträglich für uns frustifizieren. (Bravo!) Jedenfalls wollen wir, anstatt uns zu streiten über die Traditionen der Geschäftsordnung, nach der Gerechtigkeit und nach dem Nutzen des Vaterlandes sehen. (Sehr gut!) Da wir durch ein Versehen dem Kollegen Landsberg das Wort nicht erteilt haben, wollen wir es ihm nachträglich erteilen. Ich stimme also dem Vorschlag des Abg. Schulz bei und bitte ohne lange Diskussion sich darüber zu einigen, daß man in dieser Stunde mit diesem Mißverständnis ein Ende macht. (Bravo!)

Der Antrag Schulz, die Besprechung der Interpellation wieder aufzunehmen, wird angenommen.

Abg. Landsberg (Soz.):

Ich spreche die Hoffnung aus, daß jetzt, nachdem mir das Wort erteilt worden ist, die hinter uns liegende Geschäftsordnungsdebatte sehr bald vergessen werden wird, und daß wir alle, wenn wir diesen Saal verlassen, nicht mehr an das denken, was vorgefallen ist. (Lebh. Bravo!) Ich wünschte allerdings auch (zu den bürgerlichen Parteien), daß Sie niemals wieder einer Rinderheit zu begegnen, wie Sie es heute und gegenüber beliebt haben und daß der Vorfall bei Ihnen Einzug hält, daß Sie in Zukunft Schlufanträge nach Art des heutigen unterlassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann wird selbst diese wenig erfreuliche Geschäftsordnungsdebatte für das Land einen sehr großen Nutzen haben. (Sehr gut!)

Ich spreche weiter die Hoffnung aus, daß es mir durch vollste Leidenschaftslosigkeit, deren ich mich bescheiden will und bescheiden muß — denn wir alle wollen doch den Frieden fördern, dessen die ganze Welt bedarf — gelingen wird, die Erregung, die sich des Hauses bemächtigt hat, sehr bald vollkommen verschwinden zu lassen.

Als die Unvermeidlichkeit des Krieges offenbar wurde, sind alle Klaffen und alle Parteien Deutschlands auf die Schanzen geeilt zur Verteidigung unseres Landes. Wir haben die Kultur Deutschlands als bedroht an, und das hat uns die Waffen in die Hand gedrückt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Freunde haben unser Land niemals in dem Sinne über alle anderen gestellt, daß wir alle Vorzüge für uns in Anspruch nahmen und alle minder guten Eigenschaften den anderen Völkern überließen. Wir haben vielmehr das Ziel unseres Strebens darin erblickt, Deutschland auf eine Höhe zu bringen, die die anderen Völker nötig, ihm den ersten Platz zuzuerkennen. Wir haben die anderen Völker geachtet und geliebt, und wir lieben sie auch heute noch. Wir wissen, daß sich die einzelnen Mitglieder der Völkerfamilie wunderbar ergänzen, und wir sehen mit Staunen, daß die Begabung, die der einen fehlt, von der anderen ausgeglichen wird. Wir wußten, was wir an unserem Lande haben, wir wußten, daß seine Kultur nicht vernichtet werden darf, und deshalb haben wir uns zum Schutze des Vaterlandes vor das Land gestellt — so widersinnig es scheint — wir kämpfen damit auch für unsere Gegner, denn auch sie schützen wir dagegen, daß ihnen eine Kulturform verloren geht. Die Sorge um die bedrohte Kultur hat uns alle geeinigt, diese Sorge nötigt uns jetzt, zum Frieden zu mahnen. Wenn jemals ein Zeitpunkt geeignet gewesen ist, an die Vorbereitung des Friedens zu denken, so ist es der gegenwärtige, wo die Wiederherstellung der Verbindung Berlin-Konstantinopel gewisse Hoffnungen, die in erster Reihe den Krieg verurteilt haben, begraben hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist kein Zufall, daß jetzt hier und da der Wunsch nach Frieden erscheint. Wätere Männer haben um englischen Oberhaus, indem sie die Unpopularität nicht scheuten, sich zu Dolmetschern des Friedenswillens der Völker gemacht, und in den letzten Tagen haben wir alle von der einen großen Zug erkennend lassenden Rede des Papstes Kenntnis genommen. Von der Fortdauer des Krieges droht der Kultur eine gewaltige Gefahr, die mit der Dauer und Ausdehnung des Krieges wächst. Von den wirtschaftlichen Folgen des Krieges will ich nicht lange reden, sie lassen sich auf die sehr einfache Formel reduzieren: Die veruneinigten Staaten von Europa machen Platz den vereinigten Staaten von Amerika. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Dichterwort, das man einst Amerika zurief: „Du hast es besser, als unser Kontinent, der alte“ ist zur Prophezeiung geworden. Weit schlimmer als die wirtschaftlichen sind die kulturellen Folgen des Krieges. Welch einen Jammer schieben nicht unsere Verklüfteten in die Welt hinaus! Wenn wir einer Mutter begegnen, die die Zeichen der Trauer um ihren gefallenen Sohn trägt, oder einem jener Unglücklichen, dessen Schmerz durch eine plumpe Äugel gerührt worden ist, ist es uns da nicht zumute, als ob wir um Verzeihung bitten müßten? Wie viele würden unter den gefallenen Jünglingen sein, die, zu Männern geworden, Vorkämpfer und Führer des deutschen Volkes geworden wären. Weiter entsteht die bange Frage, wird es möglich sein, daß in das allgemeine Bewußtsein zurückgerufen wird, was die Erziehung vor dem Kriege in dem Bewußtsein jedes einzelnen an moralischen Werten zu verdanken bestrahlt gewesen ist, und ferner, was wird aus der Kultur, wenn sich diese Möglichkeit nicht verwirklichen läßt? Diese Betrachtungen müssen sich jedem wahren Vaterlandsfreunde und jedem wahren Freunde der Menschheit ausdrängen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Indem wir diese Dinge berühren, wollen wir unserem Volke dienen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den feindlichen Staaten haben die Staatsmänner ihre Kriegsziele früher ausgesprochen, als der verantwortliche Staatsmann des Deutschen Reiches, Briand und Asquith haben sich erst in neuerer Zeit über die Bedingungen geäußert, unter welchen ein Friede mit ihrer Mitwirkung geschlossen

werden könne: beide haben erklärt, erst müsse der deutsche Militarismus zerbrochen sein. Bei Briand haben wir es dabei augenscheinlich mit dem Versuch zu tun, seine antimilitaristischen Überzeugungen zu einem Aufschubartikel zu machen. Was Briand und Asquith unter Militarismus verstehen, ist völlig klar, sie wollen nicht Auswüchse beseitigen — denn dann würden sie uns ja stärken —, sondern die Wehrkraft des deutschen Volkes vernichten. Und weil ich mir darüber klar bin, verstehe ich auch die Sprache, die der Reichskanzler heute angeschlagen hat. Man kann selbstverständlich von einem Staatsmann nicht verlangen, daß er flötet, während die Staatsmänner in den feindlichen Ländern das denkbar schwerste Geschäft auffahren lassen. (Sehr richtig!) Das eine aber möchte ich sagen: Ich habe zu meiner Genugtuung von dem Reichskanzler Worte, wie Briand und Asquith sie ausgesprochen haben, nicht gehört. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hätte ich Worte gehört, wie Vernichtung des französischen Militarismus oder des englischen Marineismus, oder Worte, die an eine bekannte Petition erinnern, so könnte ich für meine gesamte Fraktion die Versicherung abgeben, daß wir in die allerstärkste Oppositionsstellung eingerückt wären. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen die Vernichtung unseres eigenen Landes verhindern, aber wir wollen auch kein anderes Land vernichten. (Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wie wir die deutsche Kultur der Welt erhalten wollen, so wollen wir auch die französische und die englische erhalten wissen. Der Reichskanzler hat also nicht Worte erteilen lassen, wie wir sie von Briand und Asquith haben hören müssen. (Abg. Liebknecht: Doch! doch! — Widerspruch und Gelächter.) Wenn jemand anderer Anschauung ist als ich, so muß es an der Verschiedenheit unseres Hörvermögens oder unserer geistigen Beschaffenheit liegen. (Zustimmung und lebhafter Beifall auf allen Seiten.) Der Reichskanzler sagt, er könne einzelne Friedensbedingungen zurzeit nicht nennen. Meine Freunde sind anderer Meinung. Dem Staatsmann eines Staates, dessen Heere den Krieg in alle feindlichen Länder hineinbringen können, dessen Heere imstande gewesen sind, einen undurchdringlichen Gürtel um das deutsche Vaterland zu ziehen, hätte es wohl angestanden, detaillierte Friedensbedingungen zu nennen, zumal da die Worte des Kanzlers erkennen lassen, daß seine Friedensbedingungen sich sehr wohl hören lassen können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben unsere Interpellation an den Kanzler gerichtet und nicht an die bürgerlichen Parteien. Deshalb will ich über die Erklärung des Herrn Spahn hinweggehen; ich will mich nicht auf die Erörterung einlassen, ob namentlich ein gewisser Satz nicht außerordentlich aufreizend im Auslande wirken wird (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und ob es sich nicht empfehlen hätte, ihn wegzulassen. Aus den Worten des Herrn Reichskanzlers jedenfalls haben wir den Inhalt der Erklärungen der bürgerlichen Parteien nicht herausgehört. (Abg. Liebknecht: Doch! doch! — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Aber ich bitte Sie, meine Herren, geben Sie doch nicht dem Auslande Waffen in die Hand. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich bin überzeugt, daß das nicht Ihre Absicht ist. Aber der Politiker wird nach der Wirkung seiner Äußerungen beurteilt, nicht nach der Absicht, die ihn leitet. (Beifall.) Ich glaube, mit einer gewissen Absicht hat der Kanzler die von uns besetzten Gebiete wiederholt als Faustpfänder bezeichnet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach meiner Kenntnis werden Faustpfänder zurückgegeben. Auch die Erklärung des Kanzlers, daß er grundsätzlich zum Friedensschluß bereit sei, steht in wohlwollendem Gegensatz zu denen der Herren Briand und Asquith. Er hat diesen Gegensatz nicht gesehen. Die Staatsmänner, die ihren Volksgenossen Siege in der Zukunft verheizen müssen, damit ihr Mut nicht nachläßt, sprechen vom Niederwerfen des deutschen Militarismus und von Abgrenzung großer deutscher Gebiete und haben sich deshalb das Epitheton reichlich verdient, das ihnen mein Freund und Scheidemann heute zuerleitet hat, und der Staatsmann des Landes, dessen Waffen glücklicherweise von Erfolg gekrönt waren, erklärt sich grundsätzlich zum Frieden bereit, selbstverständlich fügt er hinzu, zu einem ehrenvollen Frieden. Einen anderen Frieden will natürlich kein deutscher Mann schließen. (Lebhafter Beifall.) Der Kanzler hat eine Sicherung gegen frivole Angriffe verlangt. Wenn es eine solche Sicherung gibt, dann wollen wir sie alle haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen die kommenden Generationen davor bewahren, daß auch sie um ihren Anspruch auf Glück betrogen werden. Es fragt sich nur, worin besteht die Sicherheit gegen eine Wiederholung frivoler Angriffe? Keine Sicherung würde eine Durchführung des Krieges bis zur völligen Erschöpfung aller Kriegführenden sein, denn dann würde eine Desperatostimmung entstehen, die aus den unbedeutendsten Anlässen zu furchtbaren Explosionen führen könnte, dann würde sich der Welt die Ueberzeugung bemächtigen können:

„Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.“

Der Staatsmann der Jetztzeit hat die Aufgabe, zu verhindern, daß der Krieg den Charakter des Erschöpfungskrieges annimmt, denn wenn eine Erschöpfung überhaupt die Folge dieses Krieges ist, dann tritt sie nicht auf einer, sondern auf allen Seiten ein, vielleicht auf der anderen in noch höherem Maße als auf der unsrigen. Keine Sicherung würde ferner die Unterjochung eines Volkes sein, die Vergewaltigung eines Volkes mit eigenem geistigen Leben. Ich habe mich gestreut zu hören, daß dem Kanzler die Absicht der Unterjochung eines Volkes nicht vorzabweht. Heute kann ein Krieg nicht mehr so ausgehen wie die punischen Kriege, denn der Besiegte, dessen Lebensinteressen mit Füßen getreten oder auch nur angefaßt werden, findet heute in den Nachbarn des harten grausamen Siegers sehr bald Bundesgenossen, und im Vertrauen auf deren Hilfe brüht er Pläne zu Vergeltungskriegen aus. Die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts zeigt, daß Großmut der Staatsmänner sich belohnt macht. Wenn 1806 gewisse Annesionspläne nicht durch einen zielbewußten genialen Staatsmann unterdrückt worden wären, wäre dann das Jahr 1870 möglich gewesen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also auf dem Wege der Vergewaltigung eines Volkes mit eigenem geistigen Leben ist eine Sicherung nicht möglich. Aber es gibt sehr weitgehende Sicherungen gegen wiederholte Angriffe. Ein Staatsmann, der, wenn erst die Völker sich wieder die Hand zur Versöhnung gereicht haben, eine offene und ehrliche Politik treibt, die sich nichts verbietet, die keinen nachläßt, aber auch keinen vor den Kopf stoßt, ein solcher Staatsmann würde ein außerordentlich leichtes Regieren haben. Wenn dieser furchtbare Überlaß nicht zur Wehrung der friedlichen Gesinnung führen sollte, dann möchte ich wirklich nicht, auf was für Bundesgenossen wir angewiesen sind, um diese friedliche Gesinnung in die Köpfe hineinzubringen. Den Glauben gebe ich nicht auf, daß die Menschen das Wort des alten Sophokles rechtfertigen, das Wort, daß der Mensch gewaltiger ist als alles. Ich sage, ich gebe den Glauben nicht auf, daß die Menschen dies Wort rechtfertigen werden, nicht bloß durch Taten auf wirtschaftlichem und auf geistigem Gebiet, sondern auch auf dem Gebiet der Moral, und es hat deshalb niemand das Recht, mich einen Schwärmer zu nennen, denn ich verlaße mich bei diesem Glauben an die Moral auf die wohlverstandenen Interessen der Völker. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Genau so, wie nicht bloß die fortschreitende Zivilität, sondern auch das engste nächsterkennbare Interesse dazu geführt hat, das Faustrecht auf dem

Verkehr der Individuen auszusparen, so wird auch das klarste Interesse der Völker zur Ausmerzung dieses Rechts aus ihren Beziehungen untereinander führen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer von uns weiß, wie nahe wir vor Verträgen über Rüstungsbeschränkungen stehen, die nicht bloß das Gute hätten, den Völkern zu großen Erparnissen zu verhelfen, sondern auch dazu, das gegenseitige Mißtrauen einzuschränken. Der Reichskanzler hat seine Bereitschaft zum Abschluß eines ehrenvollen Friedens ausgesprochen, und von unbilligen Bedingungen, die er dem Gegner zumute habe, in seiner Rede nichts vernommen. Das ist für mich das Entscheidende. Was unter Sicherungen im einzelnen zu verstehen ist, darüber wird zu sprechen sein, wenn erst einmal die Verhandlungen begonnen haben. Die Hauptsache ist, daß sie beginnen und kein Staatsmann irgendeines feindlichen Landes kann jetzt noch die Möglichkeit von Friedensverhandlungen mit dem Hinweis darauf ablehnen, daß sie ihm als Zeichen von Schwäche ausgelegt werden können. Wir dürfen uns also wohl der Hoffnung hingeben, wenn sie auch erst ganz schwach in dünnen Umrissen vor uns auftaucht, daß die Stunde der Erlösung für die Völker bald gekommen sein möge. Täuscht uns diese Hoffnung, weil unsere Gegner den Frieden nicht wollen, weil sie nach wie vor erklären, daß sie auf Vernichtung der deutschen Wehrkraft und auf Annesionen auf Kosten Deutschlands bestehen, so werden sie sich davon überzeugen müssen, daß unser Ruf nach Frieden nicht hervorgegangen ist aus Sorge um den Ausgang des Krieges für uns, sie werden dann sogar eine Steigerung unserer Kräfte merken. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn es überhaupt möglich ist, den Mut und die Ausdauer unserer Krieger zu stärken, denen allen wir zu großem Danke verpflichtet sind, und denen der Reichstag als schwaches Zeichen seiner Dankbarkeit hoffentlich noch in diesen Tagen ihre Bezüge erheblich aufbessern wird, dann wird es dadurch geschehen, daß sie das Bewußtsein haben, daß das, was sie zu tragen haben, auf das Schuldkonto unserer Gegner kommt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Liebknecht ruft: Ist das der Zweck? Ich bin von der Fraktion zum Redner bestimmt worden und nicht Sie. (Liebknecht: Ich bin stolz darauf, daß ich es nicht bin. — Abg. Heine: Dann geben Sie doch weg, wann Sie stolz darauf sind, nichts mit uns zu tun zu haben. — Lebhafter Beifall. — Erneuter Zuruf des Abg. Liebknecht. — Große Unruhe. Lebhafter Zuruf: Ruhe!) Zum Schluß nur noch ein Wort. In der französischen Deputiertenkammer wurde kürzlich gesagt, Frankreich habe nicht die Absicht, sich auf Kosten des deutschen Territoriums zu bereichern, nur wolle man selbstverständlich Elsaß-Lothringen zurücknehmen. Für solche Ausführungen, die uns an die Reunionskammer erinnern, haben wir kein Verständnis. (Lebhafter Beifall.) Es wird Aufgabe der deutschen Politik sein, dafür zu sorgen, daß gewisse Hoffnungen auf die Möglichkeit einer Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen völlig vernichtet werden. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Wer das Messer erhebt, um Stücke vom Körper des deutschen Volkes zu schneiden, der wird, mag er ansetzen, wo er will, das in der Verteidigung einige deutsche Volk treffen, das ihm das Messer aus der Hand schlagen wird. (Allseitiger stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Kaempf:

Weitere Wortmeldungen finden nicht statt. Die Besprechung der Interpellation ist damit erledigt. Der Präsident stellt weiter fest, daß das Mißverständnis, das die vorherige Geschäftsordnungsdebatte herbeigeführt habe, nicht durch ein Versehen eines der Schriftführer herbeigeführt worden wäre, sondern durch einen Irrtum, der ihm selbst unterlaufen sei, und er bittet ferner um die Ermächtigung, Tagesordnung und Tag der nächsten Sitzung, die wahrscheinlich am Montag stattfinden wird, nach dem Fortgang der Beratungen des Reichshaushaltsausschusses festzusetzen.

Abg. Liebknecht (Soz.):

Ich beantrage, die nächste Sitzung morgen stattfinden zu lassen. Es ist Ihnen bekannt, daß die Antragslage Freitag und Dienstag sind (Heiterkeit) und daß ich eine Reihe von Anfragen an den Reichskanzler gestellt habe, deren schnelle Erledigung mir jedenfalls sehr wichtig ist. (Lachen.) Wenn Sie die in den Anfragen aufgeworfenen Fragen nicht für so uninteressant und wichtig halten (Rufe: Nein, nein!), dann wird das das ganze Volk (Gelächter) das Volk in den Schützengräben und außerhalb darüber belehren, was Ihr Patriotismus ist. Der Versuch, gerade den morgigen Tag zu überpruntieren, kann und muß dahin gedeutet werden, daß man die durch § 31 der Geschäftsordnung gegebene Gelegenheit zu kurzen Anfragen verfliegen will. Wir haben Zeit dazu, morgen eine Sitzung abzuhalten, wir könnten die Sache auch heute noch erledigen, nachdem wir eine Frage, die den Ratschrei des ganzen deutschen Volkes aus den Schützengräben betrifft, in drei Stunden erledigt haben. Vor allem muß eine prinzipiell wichtige Frage entschieden werden, und ich beantrage, sie als ersten Punkt nach den Anfragen morgen oder heute auf die Tagesordnung zu stellen, ob der Herr Präsident das Recht der politischen Zensur besitzt über die Mitglieder dieses Hauses.

Präsident Kaempf: Wenn Sie einen Antrag zu stellen haben, so bitte ich ihn schriftlich einzureichen.

Abg. Liebknecht (Soz.):

Das werde ich tun und bemerke nur noch, daß Sie durch Ihr ganzes Verfahren heute für den Krieg gewirkt haben, während es sich darum handelt, etwas für den Frieden zu tun. (Gelächter und Schlußrufe.)

Abg. Spahn (Z.): Ich bitte, es beim Vorschlag des Präsidenten zu belassen.

Eine weitere Wortmeldung des Abg. Liebknecht zur Geschäftsordnung lehnt der Präsident ab; sein Vorschlag für die nächste Tagesordnung wird angenommen.

Schluß 1 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Die Wirkung der hohen Lederpreise.

Zu den Industrien, die bei Kriegsausbruch in erster Linie für Deereslieferungen in Betracht kamen, gehört die Lederindustrie. Die in die Kriegskonjunktur hineingezogenen Betriebe haben ungeheure Gewinne erzielt. Ein Schulbeispiel dafür ist die Lederfirma Adler u. Oppenheimer A.-G., Straßburg. Die Gesellschaft zahlte zwar nur 20 Proz. Dividende gegen 12 und 10 Proz. in den Vorjahren. Betrachtet man aber die einzelnen Zahlen, so ergibt sich, daß der mit 12 Millionen Mark Aktienkapital arbeitende Betrieb im Grunde mit rund 100 Proz. Gewinn gearbeitet hat. Der Warengewinn hat im abgelaufenen Geschäftsjahre eine dreifache Steigerung erfahren, von rund 4 1/2 Millionen auf 12 232 570 M. Der Bruttogewinn betrug 12 816 129 M. Für Abschreibungen ist nahezu die doppelte Summe eingelegt worden; sie belaufen sich auf 1 516 618 M. Damit sind mit Ausnahme von Grundbesitz und Gebäuden, die noch mit 1 Million (1,50 l. W.) zu Buch stehen, sämtliche sonstigen Betriebsanlagen vollständig abgeschrieben. Nach Abstrich reichlicher Rückstellungen verbleibt als sogenannter Reingewinn ein Betrag von 8 205 113 M. Die ungeheure Steigerung tritt besonders kraft hervor, wenn man diese Zahl mit den reinen Gewinnegebnissen der zwei Vorjahre vergleicht, die beide nur 1 200 000 M. betragen. Die schwere Arbeit der Aufsichtsräte wird durch Erhöhung der Lantien von 30 000 auf 250 000 M. reichlich belohnt, dagegen läßt sich über die Lantien des Vorstandes aus dem Bericht ziffernmäßig nicht ersehen, sie werden ebenfalls nicht zu knapp bemessen sein. Auf Vortrag für das nächste Jahr sind 1 254 248 M. gegen 249 000 M. im Vorjahre gebucht worden.

Politische Uebersicht.

Schluss der Debatte.

Ein Schluss einer Debatte wird in der Regel dadurch herbeigeführt, daß die Rednerliste erschöpft ist, das heißt, daß kein Redner mehr auf der Rednerliste steht. Steht ein Redner aber noch auf der Rednerliste, und zwar nur für diesen Fall, so ist zum Schluss der Debatte ein Beschluss erforderlich. Die Geschäftsordnung des Reichstags schreibt hierüber vor: § 53. Der Antrag auf die Vertagung oder auf den Schluss der Debatte bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Wenn solche erfolgt, so wird demnächst ohne weitere Motivierung des Antrages und ohne Diskussion über denselben abgestimmt. Die Antragsteller in der gestrigen Reichstagsdebatte behaupten, als sie den Schluss der Debatte beantragt hatten, sei niemand mehr zum Wort gemeldet gewesen. Wäre die Sachlage so gewesen, so war selbstverständlich der Antrag auf Schluss der Debatte, seine Unterstützung und seine Abstimmung unzulässig.

Bundesratsbeschlüsse.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Verordnung über Verzahnungsfristen des Seerichts, die Vorlage über Abkürzung der Wartezeit in der Angestelltenversicherung und die Vorlage wegen Änderung der Gebührenordnung für die Untersuchung des in das Zollland eingehenden Fleisches.

Die Anträge der Sozialdemokratie im Reichshaushaltsauschuss.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichshaushaltsausschusses haben eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Anträge gestellt, die wir nachstehend folgen lassen:

Es wird gefordert eine Denkschrift, aus der ersichtlich ist: a) welche Gemeinden und Lieferungsverbände den Familien der Kriegsteilnehmer einen regelmäßigen festen Zuschuss zu der Reichsunterstützung zahlen; b) die Höhe der Zuschüsse; c) die sonstigen Aufwendungen der Gemeinden und Lieferungsverbände für die Familien der Kriegsteilnehmer.

Zur Unterstützung der notleidenden Textilarbeiter wird eine Abänderung der diese Angelegenheit regelnden Bundesratsverordnung verlangt, dahingehend, daß a) der Anteil des Reiches an den Unterstützungen für die Textilarbeiter auf 75 Proz. festgelegt wird. — Für Gemeinden, in denen die Textilindustrie das Hauptgewerbe bildet oder die überwiegend von Textilarbeitern bewohnt sind, ist der Anteil des Reiches auf 90 Proz. zu erhöhen. Beim Vorliegen eines besonderen Notstandes sind die gesamten Ausgaben für Unterstützung der Textilarbeiter aus der Reichskasse zu erheben; b) die Vergabe von Reichsmitteln an die Bedingung geknüpft wird, daß zu dem zum Zwecke der Festlegung der Unterstützungsbedingungen und zur Durchführung der Unterstützungsaktion geschaffenen Orts-, Bezirks- und Landesausschüssen auch Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen der Textilarbeiter in gleicher Zahl wie die Unternehmer hinzugezogen werden.

Im Anschluß an den vorstehenden Antrag wird beantragt, durch eine Bundesratsverordnung zu bestimmen, daß a) Unterstützungen, die infolge von Arbeitslosigkeit bezogen wurden, nicht als Armenunterstützung gelten; b) die Unterstützungsempfänger nicht verpflichtet sind, die erhaltenen Beträge später zurückzahlen.

Der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten wird Ausdruck gegeben durch den Antrag, dem Reichsausschuss für Kriegsbeschädigtenfürsorge ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit er die ihm gestellten Aufgaben erfüllen kann.

Die Dienstverhältnisse der Landarbeiter sollen in einem Gesetz verbessert werden, dessen einziger Paragraph lautet: Landarbeiter und Gesinde haben das Recht, ihren Arbeitsvertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu lösen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Das ist stets der Fall, wenn einer der Gefährde vorliegt, die nach der Gewerbeordnung einen Gewerbegehilfen zur Aufhebung des Vertrages berechtigen.

Der eisfreie Hafen Rußlands.

Windau, 20. November 1915.

Unter heftigem Schneegestöber führen wir von Goldingen nach Windau. In der Nähe der Mühle war der Schneefall reichlicher als weiter zurück. Kurz vor Erreichung des Fieles pfliff uns dazu ein scharfer Wind ins Gesicht, der die Schneeflocken über die Fieber legte. Wie überall wurde auch hier das Weierkommen durch viele vor unsen Bogen scheuenden leichten Pferdchen stark gehemmt. Sehr oft gab es Aufenthalts, damit die männlichen oder weiblichen Führermeister den furchtsamen Tierschen durch Ueberwerfen einer Decke das herankommende Unheil verbergen oder sie aufs Feld führen konnten. Trotzdem rissen sich einige Pferde los und rasten davon. Einmal trabte ein Tierchen, das sich aufbäumend in Freiheit gefühlt hatte, auf der Straße vor uns her. Von Zeit zu Zeit blieb es stehen, schaute sich nach uns um, dann raste es weiter, bis einige Bauern seinem Welttrümen ein Ende machten.

Im Gegensatz zu den anderen kurländischen Städtchen macht Windau in dem Bau seiner Häuser einen stark russischen Eindruck. Die man ziemlich rote, sonst regsame Hafensiedlung lag schon in Dunkel gefüllt, als wir hineinkamen. Nur wenige Lichter sah ich leuchten, selten drang aus einem Hause der Schimmer einer brennenden Lampe. Die Ausreisungsparade der Russen hat die Zahl der Einwohner von rund 30 000 auf knapp 3000 vermindert. Die meisten Häuser sind verlassen; ein Teil der Geschäfte hat die Einrichtung mitgenommen. Nähernde Geschäfte erzählt man auch hier von dem gemeinsamen Auszug der Juden. Alte und frante Leute, denen in Windau das Weiden gestattet war, schlossen sich dem großen Zuge der Vertriebenen freiwillig an. Zu Fuß verließen sie ernst, würdig, ohne zu flüchten, ohne zu jammern, die Heimat. Nicht das gelobte Land sahen sie vor sich, sondern den Abgrund des Todes für viele von ihnen, der Not und des Elends für die anderen. Eine große lebendige Anklage gegen die Brutalität der russischen Regierung wanderte aus Kurland in die sarsische Kulturwüste hinein.

Die Straßen sind beinahe wie ausgestorben. Hin und wieder sehe ich einen Menschen vorbeisuchen. Ueberwiegend Frauen. Man könnte glauben, das aus dem Dunkel geheimnisvoll herüber-rauschende breite, dumpfe Brausen und Rauschen hätte die Menschen in die Häuser getrieben und besüßte den Gang der Leute auf der Straße. Aber das Brausen des jurneipeisichten Meeres ist den Einwohnern ein vertrautes, keine Furcht einflößendes Konzert. Nur dem Ohr, das an solchen Aufbruch der Elemente nicht gewöhnt, klingt dieses geräuschvolle Angereisen des die anstürmenden Bogen trotz aufhaltenen Strandes etwas unheimlich. Räumend brechen sich die hochaufliegenden Wellen an der Mole und dem Ufer. Auch eine heftige Detonation, die soeben, von einem leichten Beben der

Zum Zweck einer besseren Unterstützung der Familie der zum Militärdienst eingezogenen Mannschaften wird zunächst gefordert, die Voraussetzung der Beschäftigung zu streichen. Ferner soll dem bestehenden Gesetz eingefügt werden:

Als anspruchsberechtigt sind jene Angehörigen anzusehen, deren Unterhalt bisher im wesentlichen von dem Einkommen aus der Arbeit des zur aktiven Dienstleistung Herangezogenen nachweisbar abhängig war, ferner die Angehörigen der selbständigen Gewerbetreibenden und Landwirte, die regelmäßig nicht mehr als zwei Lohnarbeiter beschäftigen.

Ein Anspruch besteht nicht, wenn der zur aktiven Dienstleistung Herangezogene kein volles Gehalt oder aus einem anderen Grunde an seinem Einkommen keinen Ausfall erleidet, oder wenn nach seiner Lebensstellung, seinen Vermögens-, Erwerbs- und Einkommensverhältnissen auf Grund durchgeführter Erkundigungen anzunehmen ist, daß durch seine Heranziehung zur aktiven Dienstleistung der Unterhalt der in Betracht kommenden Angehörigen nicht gefährdet ist.

Die Unterstützungen sollen mindestens betragen für die Ehefrau 20 M., für die sonstigen Verwandten, einschließlich der Kinder unter 15 Jahren 10 M. monatlich. Zu diesen Unterstützungen sollen die Gemeinden oder Gemeindeverbände aus ihren Mitteln Zuschüsse in Höhe von mindestens 50 Proz. leisten. Neben anderen Änderungen sieht der Entwurf noch vor, daß den Anspruchsberechtigten das Recht der Beschwerde an das Ministerium gegeben wird.

Der größere Schutz der Kriegsteilnehmer in bürgerlichen Sireitigkeiten soll erreicht werden durch eine neue Verordnung, die bestimmt, daß die Bestellung eines Vertreters und die Fortsetzung eines Verfahrens nur zulässig ist, wenn es sich um Kriegsteilnehmer handelt, die „ungeachtet günstiger wirtschaftlicher Lage“ böswillig die Zahlung von Verbindlichkeiten verweigern.

Diese Bestimmung soll für alle zum Kriegsdienst Eingezogenen gelten.

Das tägliche Brot.

Wo bleiben die Höchstpreise für Marmelade?

Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen schreibt uns: Weil Fett und Butter knapp sind, wird jetzt viel mehr Marmelade und anderer süßer Brotaufstrich verzehrt, als früher. Das ist gut so, denn es sind gesunde Nahrungsmittel und es ist ein Glück, daß wir in diesem Jahre eine überaus reiche Obsterte hatten und daß auch Zucker im Ueberflus da ist. Wir konnten daher große Mengen von Marmelade und Obstmus verhältnismäßig billig herstellen, so daß sich der Verzehr noch ganz gewaltig steigern läßt. Um so erstaunlicher ist es aber, daß die Verbraucher trotz der reichlichen Vorräte ganz ungewöhnlich hohe Preise zahlen müssen und die Preise sind noch immer im Steigen begriffen. — Diese Zustände sind unhaltbar. Sie drohen unerträglich zu werden, wenn die Regierung nicht sofort eingreift. Warum ist sie auf halbem Wege stehen geblieben? Die Bundesratsverordnung vom 11. November ermächtigt den Reichskanzler, Herstellerpreise für Obstmus, Marmelade, Honig, Kunsthonig, Mädelstropf und sonstige Fetterstoffsätze zum Brotaufstrich festzusetzen. Nach ihnen sollten dann die Gemeinden Kleinhandels-Höchstpreise normieren. Welchen Zweck hat aber eine solche schöne Befugnis, wenn man keinen Gebrauch von ihr macht? Der Erlaß der Verordnung läßt doch darauf schließen, daß die Regierung bereits am 11. November die Ueberzeugung hatte, daß auch auf diesem Gebiete etwas getan werden muß und seitdem sind die Verhältnisse nicht besser, sondern nur schlimmer geworden. — Darum ist längeres Abwarten unmöglich. Die Höchstpreise müssen sogleich festgesetzt werden, wenn sie noch Sinn und Zweck haben sollen.

Kartoffelenteignung.

Die Regierung des Fürstentums Lippe ordnet auf Grund der neuen Bundesratsverordnung an, daß von den Behörden die Enteignung der gesamten Kartoffelernte eines Kartoffelerzeugers verfügt werden kann. Dem Erzeuger brauchen nur die zur Fortführung seiner Wirtschaft, zur Saat erforderlichen und die auf Grund von Verträgen, die vor dem 30. November geschlossen sind, verkauften Kartoffeln belassen zu werden.

Erde begleitet, mächtige Schallwellen über die Stadt hinwegtreibt, schreckt die Menschen nicht. Eine aufgefunden Rine ist geprenzt, unbeschädigt gemacht worden. Daran ist man hier ebenfalls gewöhnt. Die Frauen, die auf der Straße sich bilden lassen, eilen zur Kirche, um einer Andacht beizunehmen.

Nur wenige Läden sehe ich geöffnet. Lede und verlassen sind die Kontore der Redeer. Der Krieg hat das wirtschaftliche Leben erstickt. Schon lange vor der Besetzung Windaus durch deutsche Truppen. Sofort bei Beginn des Krieges ließ der Gouverneur den Hafen sperren. Eine ganze Reihe Dampfer ließ er versenken. In vier Reihen liegen sie da nebeneinander, den Schiffen Ein- und Ausfahrt zu verwehren. Treibeis im vorigen Winter hat die versenkten Dampfer auf die Seite gedrückt. An vielen Stellen im Hafen sieht man Masten und die Oberseite der auf Grund gesunkenen Schiffe herausragen. Ein trauriges Bild zerstörten und vernichteten Handelsbetriebes. Um sein Wiederaufleben auf lange Zeit zu unterbinden, sind auch sämtliche Hafenanlagen durch Sprengungen unbrauchbar gemacht worden. Die mächtigen Eisenkonstruktionen riesiger Elevatoren, die Getreide in die großen Speicher hoben, liegen halb im Wasser; wie zerbrochene Sparren hängen die Stroben herunter. Auf eine Seite gekippt, verlagert ein großer Lastkran, der 30 000 Zentner bewältigte, für immer den Dienst. Gänzlich gesprengt wurde ferner das Elektrizitätswerk und der Hafentau. Auch hat man an verschiedenen Stellen verjagt, Verjagungen in die Mole zu schießen. Ein großes Holzlager, dessen Wert auf 10 Millionen Mark geschätzt wird, wurde durch angelegtes Feuer vernichtet. In der Stadt selbst hat die Besatzungsmacht außer den industriellen Anlagen kein Opfer gefordert. Auch ein seit Jahren halbfertigtes Bauwerk blieb verschont. Es ist ein Zeugnis russischer Verhältnisse. Um den Handel Windaus nach dem Innern Rußlands nicht aufleben zu lassen, wurde eine notwendige Brücke, die Windau mit der auf der anderen Seite des Flusses erbauten Bahn verbinden sollte, niemals fertig. Dementsoll das Geld für die Brücke verausgabt worden sein, aber nur zwei Uferpfeiler mit kurzen Bogenstützen dazu wurden fertig, das Mittelstück fehlt. Es würde vielleicht noch viele Jahre gefehlt haben.

Die Bahn hat Verbindung mit den Getreidespeichern und den Milchhäusern für Butter und Eier. Sie genügt damit dem Zwecke seiner Hauptaktionäre. Um den Handel mit den erwähnten Produkten von Riga und Libau abzugeben, wurde den Exporteuren, die nach Windau verfrachteten, eine Hüdergattung auf die gefestigt für alle Bahnen festgelegten Tarife gezahlt. Das war zwar verboten, aber man wußte sich zu helfen. Wachmäßig zahlte die Gesellschaft den Angestellten der Lagerhäuser enorm hohe Gehälter. In Wirklichkeit bekamen sie viel weniger. Die überschüssigen Beträge floßen in verschiedener Form den Exporteuren zu. So konnten trotz Revisionen keine ungesetzlichen Tarifunterstützungen bereitwillig werden; die Bahn Windau-Ribinsk florierete, obwohl die Güter auf ihr 100 bis 200 Kilometer weiter zurückzuführen hatten, als zu anderen Häfen. Diese Tarifpolitik ist noch darum besonders

Die Bierpreiserhöhung in Bayern.

Die drei bayerischen Stellvertretenden Generalkommandos bestimmten nach einer Besprechung mit den Vertretern der bayerischen Brauindustrie, die bekanntlich neuerlich eine Bierpreiserhöhung von 6 M. in Aussicht stellte, daß für München der Bierpreis für braunes Jah- und Pilsenerbier pro Hektoliter nur um 2 Mark erhöht werden darf, für Augustiner um 4 M. In übrigen Bayern darf der Bierpreis allgemein um 4 Mark pro Hektoliter erhöht werden. Diese Erhöhung gilt nur für die Dauer der gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse. Außerdem wird der Mindestgehalt an Stammwürze festgesetzt. Der Bierpreis für das Feldbier erfährt keine Erhöhung.

Die Lebensmittelteuerung in Frankreich.

Dazu schreibt die „Bataille“ vom 2. Dezember: „Es muß ein Ende haben, das Volk kann nicht mehr warten. Man soll nicht mehr reden, sondern handeln. Seit 16 Monaten steigen die Preise. Die bisherigen Verordnungen waren erfolglos, im Gegenteil, die meisten haben das Uebel verschlimmert.“

Daran schließt sich eine Schilderung des Lebensmittelwunders, den das Volk schon längst gebrandmarkt hätte, wenn es die Zensur erlaubt hätte. Das Parlament tue nichts und wage nichts, es mache den Eindruck vollständiger Ohnmacht. In manchen Kreisen seien einzelne Lebensmittel um 100 Prozent gestiegen. Das Volk werde Regierung und Parlament für ihre Untätigkeit verantwortlich machen. Sei der Staat zu einer Tat nicht fähig, so möge er es sagen, das Volk werde dann die Sache selber in die Hand nehmen und werde sie schnell und gründlich besorgen. (A. d. A.)

Aus Groß-Berlin.

Die neue Desinfektionsanstalt der Stadt Neukölln.

Die Stadt Neukölln hat durch die Fertigstellung ihrer neuen Desinfektionsanstalt die Reihe der städtischen Wohlfahrts-einrichtungen um ein weiteres Glied vermehrt, das einen wichtigen Platz in der öffentlichen Gesundheitspflege einnimmt.

Die Bekämpfung der Seuchengefahr gehörte schon in Friedenszeiten zu einem der wichtigsten Faktoren im städtischen Medizinalwesen und hat durch den Krieg eine noch größere Bedeutung gewonnen.

Die neue Anstalt ist am Mittelbuschweg in der Nähe des Hafens errichtet und stellt in ihrer Grundform ein I dar. Streng ist die Trennung zwischen „reiner“ und „unreiner“ Seite durchgeführt worden. Unreine Wagen, unreiner Hof, unreine Desinfektionsräume für Betten und Kleidungsstücke, Aufenthaltsräume für das Desinfektionspersonal der unreinen Seite mit besonderem Zugange bilden die eine Seite des Baues. Die gleichen Einrichtungen und Räume wiederholen sich auf der gegenüberliegenden „reinen“ Seite.

In der Trennungswand zwischen der „reinen“ und „unreinen“ Seite sind vier große Desinfektionsapparate eingebaut, die der Effektdesinfektion mit strömendem Dampf dienen. Einer dieser Apparate (System R. A. Hartmann) ist für Formalindesinfektion eingebaut, eine Vorrichtung, welche es ermöglicht, Pelz- und Lederlachen, Hücher usw., die der Einwirkung von Wasserdampf üblicher Beschaffenheit nicht ausgesetzt werden können, schadlos zu desinfizieren. Die Temperatur des Formaldehyd-Wasserdampfes beträgt in dem Vakuum-Formalin-Apparat nur 40 bis 60 Grad Celsius, bringt sicher in alle Poren der zu desinfizierenden Gegenstände und bewirkt eine absolute Tötung aller Krankheits-erreger.

Da für die Behandlung der Wäsche Dampf- und Formalin-Desinfektionsapparate ungeeignet sind, ist für die Wäsche-desinfektion eine besondere Waschmaschine derart eingebaut, daß wie bei den Desinfektionsapparaten eine strenge Trennung der reinen und unreinen Vorgänge möglich ist. Nach dem Waschen erfolgt reichliches Spülen und Schleudern in einer

reißvoll, weil die Hauptaktionäre der Bahn ein Jude und die Jarin-Rutter sind. Ueberhaupt genoh der Handel Windaus einen gewissen Ruf der Unlauterkeit. Vornehmlich im Holzgeschäft. Hohe Stämme wurden z. B. gesund gemacht, indem man die Enden etwas ausbohrte und dann das Loch mit einem Keil verschloß; zu Bierantkölzern mit einem bestimmten Maß feierten die Händler Stämme mit zu geringem Durchmesser. Darum war es auch üblich, bei der Regulierung der Geschäfte mit Winden Abzüge bis zu 20 Proz. zu machen. Schiebungen gab es auch bei dem Transport der Hölzer auf der Windau. Bis Goldingen durften die Hölzer frei angetrieben werden. Dann sollten sie nach Vorchrift nur noch zu Röhren verbunden und von Transporteuren geleitet, weiter stromabwärts treiben. Das Winden der Röhre und ihr Steuern, das vorgeschrieben war, um die Schiffahrt nicht zu stören, verursachte Kosten, die ein Fachmann für das Jahr auf 150 000 M. berechnete. Angelegte Sperren sollten das Abtreiben loser Hölzer verhindern. Nach vordereitem Plan liegen die Händler bei starker Strömung eine wichtige Holzmenge heimlich gegen die Sperren stoßen, die dann durchbrochen wurden. Waren die Händler so weit, dann hatten sie gewonnenes Spiel; man ließ einfach alle Hölzer lose und ohne Aufsicht weitertreiben. Stellte sich kein Hochwasser ein, dann fand sich ein gefälliger Mensch, der für wenige Rubel die Sperre zerstörte und dem gefällten, zum Hafen schwimmenden „Wald“ freie Bahn schaffte. Inwiefern störte doch noch ein kleines Hindernis solches Geschäft. Wenn die losen Hölzer dem Hafen zutrieben, war das Befahren der Windau durch Schiffe gefährlich oder unmöglich. Lag nun noch ein Schiff zur Fahrt stromaufwärts bereit, dann zahlten die Holzhändler dem Redeer eine Entschädigung, damit er auf die Tour verzichte. Damit hatte man allen Schwierigkeiten, Unglücksfällen und Folgen, die sich daraus ergeben konnten, sicher vorbeugt. 3000 Rubel waren im allgemeinen der Betrag, der den Schiffen für den Verzicht auf eine Fahrt gezahlt werden mußte. Dieser Umstand rief wieder andere Spekulanten auf den Plan. Ein kundiger Mann kaufte einen alten Kasten, machte ihn zur rechten Zeit für eine Fahrt bereit, ließ sich dann aber mit 6000 M. dazu bereben, den schwimmenden Sarg im Hafen liegen zu lassen. So wußte man sich gegenständig die Hände, lebt und läßt leben, und freut sich über den lustigen Betrug.

Bei geordneten Verhältnissen hätte Windau als Hafensplaz sicherlich eine große Zukunft. Die sich hier in das Meer ergießende Windau bildet einen natürlichen Hafen von bedeutender Ausdehnung und einer Tiefe von mindestens 6 Metern. Der Bau weitauholender Molen hat noch einen Vorhasen geschaffen, der in seinem größten Durchmesser über 1 1/2 Kilometer mißt und der eine Wasserfläche von rund 145 Hektar darstellt. In den Jahren 1897—1906 sind für den Bau der Molen sowie für innere Hafenanlagen 16 Millionen Mark verausgabt worden. Während der 5 Jahre von 1900—1913 sperrte nur einmal Eis auf kurze Zeit den Hafenbetrieb.

Die Ausfuhr Windaus in den letzten Jahren ergab einen Wert von rund 100 Millionen Rubel. Hinter dieser Summe blieb der Wert der Einfuhr mit nur 30 Millionen Rubel erheblich zurück. D. A. W. 11, Kriegsberichterstatter.

Reinigung. Nach etwa 20-30 Minuten ist die Desinfektion beendet. Das Desinfektionsgut wird auf der reinen Seite des Apparates entnommen. Der Auslüftungstraum zum Nachtrocknen der Sachen befindet sich in dem großen luftigen Dachraum und ist durch Hahnhähne mit den unteren Räumen der „reinen“ Seite verbunden. Im Vorgebäude befindet sich das Bureau der Anstalt nebst Laboratorium.

Durch die Toreinfahrt der unreinen Seite ist eine besondere Abteilung zur Personen-Desinfektion zugänglich (Krätkranke, Entlausungsstation). Diese Einrichtung ist wiederholt von der Heeresverwaltung in Benutzung genommen worden. In den oberen Räumen des Vordergebäudes befindet sich die Dienstwohnung des Oberdesinfektors.

Das Hintergebäude nimmt die Aufenthalts-, Aus- und Kasseiräume und den Baderraum für das Personal der Desinfektionsanstalt auf. Die Einrichtungen sind hier so getroffen, daß die in der Anstalt tätigen Leute nur in gereinigtem Zustande die Anstalt verlassen können.

Beim Beginn ihrer Tätigkeit betreten die Desinfektoren die Anstalt von der reinen Seite, entkleiden sich ihrer Privatkleidung und legen frische Anstaltskleider an. Das Personal der „reinen“ Seite betritt dann durch den Baderraum die unreine Abteilung und darf nur für die ganze Dauer seiner Tätigkeit diese Räume nicht wieder verlassen. Erst nachdem die Tagesarbeit beendet ist, können die Leute zur reinen Seite zurück, aber nur durch den Baderraum, wo jeder einzelne ein gründliches Reinigungsbad nehmen muß. Die auf der unreinen Seite getragene Kleidung bleibt dort und wandert sofort in die Waschmaschine. Im Ankleideraum der reinen Seite erhalten die Leute frische Wäsche und können dann gereinigt die Anstalt verlassen.

Ein Verbrennungsosen zur Vernichtung minderwertiger infizierter Gegenstände, als Strohsäcke, Etwaren oder dergl. vervollständigt die Einrichtungen der Anstalt. Ferner sind noch Wagenschuppen für die Wagen der „reinen“ und „unreinen“ Seiten vorgesehen.

Die Versorgung der Anstalt mit Dampf für Desinfektions-, Trocken- und Heizzwecke erfolgt durch eine Fernleitung vom städtischen Eiswerk. Der mit 6 Atmosphären Ueberdruck im städtischen Eiswerk erzeugte Dampf wird der Verteilungszentrale in der Desinfektionsanstalt nach vorheriger Messung durch einen Dampfmesser — System Hallwachs — zugeführt und hier durch Reduzierventile für die Desinfektion auf 0,5 Atm. und für die Heizung auf 0,2 Atm. reduziert.

Das Gebäude ist mit einer Niederdruckdampfheizung versehen, desgleichen ist für ausreichende Lüftung Sorge getragen und eine Wassererwärmungsanlage eingebaut.

Die Pläne für den Bau der Desinfektionsanstalt sowie die Bauleitung sind vom städtischen Hochbauamt Neukölln unter der Leitung des Stadtbaumeisters Jollinger, Reg.-Baumeister a. D., ausgeführt.

Kontrollversammlung.

Zum ersten Male führte mich der militärische Ruf hinaus, auf's Tempelhofer Feld, allmo die Kontrolle über die im Militärverhältnis stehenden Männer vorgenommen wird. Bis dahin hatte ich es nicht nötig, das „L. o. B.“ schlichte mich vor dieser Pflicht. Nunmehr aber wanderte ich in der Frühe zum Bahnhof hin, um rechtzeitig am Platze zu sein. Grauer als alle Theorie spannte sich der Himmel über das Tempelhofer Feld, als ich mit vielen anderen die Station General-Pape-Strasse verließ, Zivilisten über Zivilisten, Kontrollpflichtige und zum Heere Einberufene. Sie tragen fast durchweg ihre Gabeln in einem Karton verpackt und sammeln sich vor dem Kasernentore. Straßenbahnen kommen angefaßt und die Männer spritzen das Wasser der Pfützen auf die umstehenden Männer, die lachend auseinanderstieben. Die Wagen sind knüppelvoll, ein dunstiger Strom quillt aus ihrem Innern: alles Kontrollpflichtige und angehende Vaterlandsverteidiger. Sie stellen sich zu den andern und warten. Bald ist die Straße und ein anschließendes Stück des Tempelhofer Feldes schwarz von Menschen. Sie stehen in Gruppen und rauchen und plaudern, manche halten unter ihren Stullen bereits fürchterliche Musterung. Für den Humor sorgen Witze.

Ein Schutzmantel tragt hoch zu Ross auf und ab. Dann und wann fährt ein Auto vor, dem ein eleganter Herr mit einem Koffer entsteigt. Wie lange und er hebt sich in nichts mehr von den anderen ab. Die Uniform macht alle gleich.

Jetzt öffnet sich das Tor für die Einberufenen. In endlosem Zuge schieben sie sich vorüber. Draußen wird rasch noch mal Abschied genommen.

„Adje, Mutterken, laß Dir'sch jut jehn“, sagt ein junger Mann und drückt einer alten Frau kräftig die Hand.

Ein großgewachsener Rekrut in reifem Alter kitzte seine Frau zum letzten Male und verschwindet im Torweg, ohne sich umgesehen. Ein blutjunges Mädchen, zum häßlichen Klumpen geballt, löst sich allmählich auseinander. Sie drückt das Taschentuch an den Mund und sieht ihm mit brennenden Augen nach. Ein stämmiger Einberufener, mit einem Latarenbart, klopfte ihr gutmütig auf die Schulter:

„Weene man nich, arme Kleene, mußt nich weenen“, sagt er tröstend, „er kommt ja wieder, ganz bestimmt.“

Jetzt naht eine hagere Apostelgestalt mit wallendem Haar und Bart. Der Antommende wird mit lautem Hallo empfangen.

„Mensch, uff die Rohlrübe paßt doch keen Helm!“ ruft eine Stimme.

„Justav, willst Dir woll die Haare uff Rejimentsunkosten schneiden lassen!“ tönt's von der anderen Seite. Der Apostel schreiet unbedürftig weiter.

Zwei vorübergehende Frauen lenken die Aufmerksamkeit von ihm ab. Es regnet und die eine lacht wohlgenut mit Nilzparisern durch den Matsch.

„Der Olle schenkt Dir zu Weihnachten wieder neue!“ schreit ein ganz Kesser.

Nun müssen auch die zur Kontrolle Erschienenen sich auf den Kasernenhof begeben. Dort werden sie nach Jahrgang und Ortszugehörigkeit verteilt. Ein scharfer Wind hat das Gewölke zerrissen, nun regnet es wenigstens nicht mehr. Die Stimmen der verlesenden Vorgesetzten schallen über den weiten Hof. Bekannte nicken sich zu. Einer weiß nicht, wohin er gehört, und rennt kreuz und quer, planlos wie ein Huhn, dem man den Kopf abgeschlagen hat. Nach und nach kann eine Abteilung nach der anderen abtreten. Draußen verlieren sie sich nach rechts und links. Bald haben auch die letzten den Platz verlassen. Das Militär beherrscht dann wieder ausschließlich das Feld. Auch nächsten Morgen dasselbe Bild und so fort, bis die Kontrolle beendet ist.

Vor dem Tore stehen Ritters, Frauen und Bräute. Sie stehen wie die Mauer, trotz Regen und Wind. Einige Stunden später werden die Einberufenen den Weg in ihre zukünftige Garnison anreten. So kann man sich noch ein letztes „Lebewohl“, ein hoffnungsfreudiges „Auf Wiedersehen!“ zurufen.

Von der militärischen Vorbereitung der Jugend.

Ueber die Bedeutung der militärischen Vorbereitung für die Gesundheitspflege der Jugend verhandelte der Berliner Verein für Schulgesundheitspflege in seiner letzten Sitzung.

Einen einleitenden Vortrag gab der Arzt Dr. Lewandowski, königlicher Kommissar für die militärische Vorbereitung der Jugend in der Provinz Brandenburg. Man müsse die militärische Jugendvorbereitung, um sie würdigen zu können, begreifen im organischen Zusammenhang mit der gesamten Jugendpflege, deren Krönung sie sei. Die schulenläufige Jugend habe bis vor wenigen Jahren unter schwerer Vernachlässigung gelitten, trotz der Tätigkeit mancher Vereine von Turnern, Radlern, Schwimmem usw., die sich der Jugendlichen annahmen. Erst der im Jahre 1911 erschienene Erlaß des preussischen Kultusministers über die Jugendpflege, durch den die Pflicht des Staates, auf diesem Gebiet sich zu betätigen, anerkannt worden sei, habe zu umfassender Organisation geführt. Die Notwendigkeit auch gesundheitlicher Förderung der Schulklassen ergebe sich unter anderem aus der großen Zahl junger Leute, bei denen nicht durch Krankheit, sondern nur durch Körperchwäche die Tauglichkeit zum Militärdienst beeinträchtigt werde. Der Vortrag erwähnte, daß er schon vor einigen Jahren neben den Körperübungen eine Gesundheitsaufsicht über die Schulklassen für nötig gehalten und empfohlen habe, eine Untersuchung aller in die Vereine für Körperübungen eintretenden jungen Leute, eine ständige Ueberwachung der Schwachen und für Unfälle einen Unterricht in erster Hilfe. Als dann der Krieg die militärische Jugendvorbereitung gebracht habe, seien jene Forderungen als berechtigt anerkannt worden, und von Anfang an habe man sich die Mitwirkung der Aerzte zu sichern gesucht. Bei der militärischen Jugendvorbereitung in der Provinz Brandenburg ist zum Leiter der Gesundheitsaufsicht der Vortragende gemacht worden, der einen Stab von Aerzten zur Mitarbeit gewonnen hat. Aus den Jungmännern, die man vor Eintritt in die Kompagnien sämtlich untersuchte, wurden nur 2-3 Proz. als untauglich ausgesondert und zurückgewiesen. Auch die Ueberwachung der Schwachen und der Unterricht in erster Hilfe sind eingerichtet. Den das Gebiet des Militärischen streifenden Teil des Vortrages, die Schilderung der von den Jugendkompagnien auszuführenden Übungen nach Art und Zweck, müssen wir übergehen. Ob für die Beteiligung der Jugendlichen an dieser militärischen Vorbereitung es bei der Freiwilligkeit bleiben kann, ersieht Herr Dr. Lewandowski zweifelhaft. Auf die Dauer werde so die Aufgabe nicht erfüllt werden können; schon jetzt bröckelt von der großen Zahl freiwillig eingetretener junger Leute etwas ab. Der Vortragende hält Einfügung der militärischen Jugendvorbereitung in unser Staatsleben für nötig, um sämtliche Jugendlichen erfassen zu können. Er erwartet davon Vorteile für die Jugend selber und für das deutsche Volk, bessere Gesundheit der jugendlichen Arbeiter und höhere Leistungsfähigkeit des Heeresjahres. Auch Schwächliche seien durch planmäßige Förderung, durch bestimmte Übungen, die ihrem Können angepaßt werden, allmählich zu einer Leistungsfähigkeit zu bringen. Für die Aerzte, durch deren Mitwirkung alles das erreicht werden soll, müsse man eine besondere, zweckentsprechende Vorbildung wünschen.

In der dem Vortrag folgenden Erörterung wurde vor zu weit gehenden Anforderungen an die Jugendlichen gewarnt. Ein Redner wies hin auf ärztliche Feststellung von Schäden, die aus anstrengenden Jugendwanderungen entstanden seien. Berührt wurde auch die alte, für die Schule bedeutungsvolle Streitfrage, wie weit Körperpflege und Geistesausbildung nebeneinander möglich sind und sich in ein richtiges Verhältnis zueinander bringen lassen. Nachdem man früher so viel von Ueberbürdung des Geistes geredet habe, müsse man sich jetzt vor Ueberanstrengung des Körpers hüten. Hierzu würde, obwohl der Vortragende nur von jugendlichen Arbeitern und Fortbildungsschülern gesprochen hatte, auf die neuere Entwicklung der höheren Schulen verwiesen. Ein Redner hielt für bedenklich, die Jugendpflege jetzt unter den militärischen Gesichtspunkt zu rücken. Unsere Jugend sei nicht nur dazu da, zu Soldaten erzogen zu werden. Fast allezeit wurde betont, daß mit der Freiwilligkeit der Beteiligung an den Jugendkompagnien nicht auszukommen sei. Ein Offizier a. D. führte aus, die Zahl der Beteiligten „nehme ganz bedenklich ab“, es werde „nur Zwang übrig bleiben“. Gegen Zwang erklärte sich ein einziger Redner. Im Schlußwort versicherte der Vortragende, daß bei der militärischen Jugendvorbereitung keine die Gesundheit beeinträchtigenden Uebertreibungen zu befürchten seien.

Heimarbeit.

Ueber diese Frage veröffentlicht Frau Veterinärärztin Volk im „Kolonialzeitung“ Erfahrungen, die sie bei ihren vielfachen Recherchen gemacht hat. Sie schreibt:

„Seit Jahren wandle ich in die Seidenfäden und Oergelände im Norden und Osten und bringe kleine Unterhaltungen im Auftrage. Fast immer sind die Wittenden Witwen, Eheverlassene oder solche, deren Mann arbeitslos oder krank ist. Ich weiß noch nicht, welche das schwerste Los hat. Hierzu kommen jetzt die vielen Kriegerverwunden. Alle erhalten ja eine Unterstützung, unsere städtische Armenpflege und die Kriegsvorsorge ist wohl vorbildlich. Selbstverständlich muß und soll die Frau arbeiten und das Fehlende verdienen. Sie wollen ja auch gern. Wie froh gehen sie die neue Arbeit und wie lausen und drängen sie sich beim Angebot. Aber wenn ich nun nach dem Verdienst frage, da höre ich fast Unmögliches, da entrollt sich ein Bild von körperlicher und geistiger Bronarbeit, das menschenunwürdig ist.“

Um nur irgendeine nennenswerte Summe zu erreichen, wird als ganz selbstverständlich die halbe Nacht als Arbeitszeit dazugerechnet. Weisend erzählte mir eine Witwe, daß sie hatte um 11 Uhr zu Bett gehen müssen, da die Lampe ausging und ihr der Groschen für Öl gefehlt hatte. Sie nähte Knabenjassen auf „Schneiderarbeit“ mit allem Drum und Dran, Futter, Battierung, Taschen, und erhielt für das Stück 50 Pf. Kein Büchlein zeigt viele solcher wahrhaft traurigen Aufzeichnungen. Für ein Duzend Schürzen „mit Volant“ gab es 60 Pf., zwölf Männerhemden für Gefangene brachten 1 R. 50 Pf. Ein ganzes Duzend Frauenkleider „mit Volant“ 1 R. 20 Pf., Morgenjassen und Militärunterhosen, alle mußten für 10 Pf. das Stück hergestellt werden. Sehr anspruchsvolle Schürzen mit Volant, Laß, Trägern, Laße, alles mit farbigem Pospel abgesetzt, wurden das ganze Duzend mit 1 R. 75 Pf. bezahlt. Eine Frau erhielt für einen „Kostümrock“ 30 Pf., mit Halteborten 40 Pf. Diese Frau fragte ich, wie sie überhaupt zu etwas annehmen könnte. Sie erzählte mir, sie sei aus der Arbeitsstube hinausgelaufen und habe auf der Treppe sich ausgemerzt. Aber so viele Frauen sah sie mit der Arbeit fortgehen, und so ging sie doch hinein und ließ sich geben. Eine Frau fand ich in kalter, unfouberer Stube an der Nähmaschine, den rechten Fuß bis erschwollen. So trat sie nur mit dem linken Fuß von früh bis abends und die halbe Nacht. Hier waren es Knabenjassen, ganz gefüttert, mit Seiden, das Stück brachte 25 Pf. Mit dieser entsetzlichen Mühsal hatte sie laut Biefert die ganze Woche 4 R. 45 Pf. verdient. Sie sah aus wie eine Frau von 60 Jahren und war 41. Mit hitzerer Trauer erwähnte sie, daß sie ihren beiden Kindern nicht die kleinste Weihnachtsgabe schaffen könnte. Nun, sie hatten dann doch durch Hilfeleistung ein warmes und helles Fest.

Bei allen vorerwähnten Arbeiten müssen die Frauen das Kärgern geben, und als großer Abzug kommt noch die wöchent-

liche Bezahlung der Nähmaschine hinzu. Alle Arbeit muß geholt und geliefert werden. Zeitverlust und Fahrgeld treten hinzu. Die Heimarbeiterin muß ihren Haushalt vernachlässigen, sie kann ihre Kinder nicht pflegen und in Ordnung halten. Inerbitlich und drohend steht das Gespenst des sonst zu keinen Verdienstes hinter ihr. Wieviel gesunde Volkstücht, Mut und Trostinn werden in dieser beständigen Dehjagd erstickt! Einer unserer bedeutenden Redner sagte neulich in einer der Reden in ernster Zeit: „Die Zukunft unseres Staates liegt bei den Müttern.“ Hinter diesen sich unablässig mühenden, abgebehten Müttern stehen Hunderttausende von Kindern. Welche Saat sollen diese Mütter in die Herzen ihrer Kinder säen? Und wie stehen diese Kinder, einst der Arbeit gegenüber, der Arbeit, die uns Segen spendet; die Bringerin von Befriedigung und Freude — was ist sie ihnen?

Ich weiß den Weg noch nicht, der ehrlicher Arbeit den entsprechenden Lohn verschafft. Aber ich hoffe auf kluge Menschen mit warmen Herzen, die ihn finden und gehen werden. Hier geschieht ein Unrecht an Hilf- und Bejrlofen, und das darf nicht sein.“

Soweit es sich um Militärheimarbeit handelt, hat ja erfreulicherweise die Militärverwaltung der Ausbeutung der armen Heimarbeiterin durch Festsetzung fester Löhne ein Ziel gesetzt, aber in der Privatindustrie geht die Ausbeutung weiter. Seit Jahren führen die Arbeiterorganisationen einen heftigen Kampf gegen die Ausbeutung in der Heimindustrie und verlangen gesetzgeberische Eingriffe. Was bis jetzt geschehen ist, ist nur Stück- und Stückwert. Hier muß tiefer eingegriffen werden.

Fürsorge für kriegsbeschädigte Brauereiarbeiter.

Angeichts der über Gebühr erhöhten Bierpreise hat das Publikum aus den in letzter Zeit veröffentlichten Geschäftsberichten der großen Brauereien mit Befremden erfahren, daß die Gewinne der Brauereien im zweiten Kriegsjahre sich nicht nur auf der Höhe, die sie im ersten Kriegsjahre erreicht hatten, gehalten haben, sondern in den meisten Fällen noch darüber hinausgegangen sind. Im Hinblick auf diese Tatsache kann mit Befriedigung davon Kenntnis genommen werden, daß die Aktiengesellschaft Böhmischer Brauhaus aus dem Gewinn ihres letzten Geschäftsjahres 25 000 R. zur Verfügung gestellt hat für die Unterstützung derjenigen ihrer Angestellten und Arbeiter, welche als Krüppel aus dem Kriege heimkehren und deshalb ganz oder teilweise unfähig sind, ihre frühere Beschäftigung wieder aufzunehmen.

Ebenso wie die Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft zur Weiterbeschäftigung der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten im Berliner Brauergewerbe wird das bezeichnete Vorgehen des Böhmischen Brauhauses von den Brauereiarbeitern freudig begrüßt und zur Nachahmung empfohlen. An Gelegenheit, in diesem Sinne zu wirken, fehlt es nicht, und die Unternehmer, besonders auch in der immer noch gut rentierenden Brauindustrie haben alle Ursache, an der Forderung der Folgen des furchtbaren Krieges mitzuwirken.

600 000 Zusatzbrotkarten in Berlin.

Nach dem Ergebnis der letzten Wochenberichte sind im Stadtbezirk Berlin annähernd 600 000 Zusatzbrotkarten ausgegeben. Es muß dies als ein außerordentlich günstiges Ergebnis bezeichnet werden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß unter der Herrschaft des ursprünglichen Zusatzbrotkartensystems nur 60 000 Karten ausgegeben worden sind. Durch diese 600 000 Karten ist etwa ein Drittel der Berliner Bevölkerung mit Zusatzbrotkarten versehen. Man kann daher feststellen, daß damit der wirklich brotbedürftige Teil der Bevölkerung eine erhebliche Zulage an Brot erhalten hat. Es wird versucht werden, noch in weiterem Umkreis nach Maßgabe des Bedürfnisses mit Zusatzbrotkarten helfend einzugreifen. Man wird diesen Gegenstand nicht berühren können, ohne in ansehnlicher Weise der außerordentlichen Arbeit zu gedenken, welche die Brotkommissionen hierbei geleistet haben; hat doch jede Brotkommission durchschnittlich 3500 Zusatzbrotkarten ausgeteilt, wobei jeder einzelne Antrag einer besonderen Prüfung unterzogen werden mußte.

Buttergewinnung.

Der preussische Landwirtschaftsminister gibt folgendes bekannt: Bei der gegenwärtigen Knappheit an Fetten ist es dringend geboten, für die vollkommene Gewinnung der vorhandenen Fette Sorge zu tragen. Die Verbutterung der Milch ist vielfach noch recht unvollkommen, weil einerseits mangelhaft arbeitende Milchseparatoren verwendet werden, andererseits das ganz unzeitgemäße Sattenaufrahmungsverfahren noch im Gebrauch ist. Der hierdurch der Butterversorgung des Deutschen Reiches erwachende Ausfall ist von sachverständiger Seite auf mindestens 260 000 Doppelzentner berechnet worden, was etwa 50 Prozent der jährlichen Gesamtbuttereinfuhr des Deutschen Reiches entsprechen würde.

Wird es nun auch niemals gelingen, die theoretisch mögliche vollste Entnahme bei der gesamten zu Butter verarbeiteten Milchmenge zu erreichen, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß sich bei richtigem Verfahren noch ganz bedeutende, jetzt mit der Magermilch meist zur Verfütterung gelangende Butterfettmengen gewinnen lassen. Dies muß als volkswirtschaftlichen Gründen — wegen der Butterknappheit — wie aus privatwirtschaftlichen — wegen des großen Ertrahmeverlustes bei den hohen Preisen des Butterfettes — nach Kräften erstrebt werden. Das Ziel wäre am vollkommensten erreichbar durch Anlieferung aller nicht im eigenen Haushalt benötigter Milch in die Molkereien. Soweit dies nicht durchgeführt werden kann, müßte die Milch wenigstens mit guten Separatoren entrahmt werden. Die Aufgabe aller landwirtschaftlichen und milchwirtschaftlichen Interessentengruppen, Vereine usw. ist es, auf die Zweckmäßigkeit zeitweiliger Untersuchungen der Magermilch auf etwa zu hohem Fettgehalt sowie auf die Beschaffung guter Separatoren hinzuwirken, die Landwirte auf brauchbare Geräte hinzuweisen, und vor dem Ankauf billiger und schlechter, deren es leider noch genug gibt, zu warnen. Ueber die geeigneten Separatoren würden die Gerätestellen der Landwirtschaftskammern, des Bundes der Landwirte, des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und besonders auch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft auf Grund ihrer alljährlichen Geräteprüfungen Auskunft geben können.

Die Beseitigung des Sattenaufrahmungsverfahrens sollte mit allen Mitteln erstrebt werden.

Während bei guter Separatorenräumung etwa 0,10 Proz. Fett (von durchschnittlich etwa 3,36 Proz.) in der Magermilch verbleiben, sind es bei schlechtem Separatorenbetrieb 0,36 Proz. und mehr, bei der Sattenaufrahmung aber oft 0,80 Proz. und mehr. Außerdem ist die Haltbarkeit und Güte der im letztgedachten Verfahren hergestellten Butter sehr viel schlechter, der Preis daher um etwa 0,40 M. je 1/2 Kilogramm niedriger.

Dem ganzen unzeitgemäßen Sattenaufrahmungsverfahren sowie den schlechten Separatoren muß der Krieg erklärt werden. Das Butterfett gehört den Menschen, nicht den Tieren. Jeder Landwirt und Milchwirt helfe mit, diesem Ziele soweit und sobald als möglich nahe zu kommen.

Zur schnelleren Abwicklung des Postverkehrs während der Weihnachtzeit kann jedermann wesentlich beitragen. Die Einlieferung der Weihnachtspakete sollte nicht lediglich oder vorwiegend bis zu den Abendstunden verschoben, namentlich mühten Familienendungen tunlichst an den Vormittagen ausgegeben werden. Auch sollte es die Regel bilden, daß die Absender die einzuliefernden Weihnachtspakete durch Postwertzeichen selbst freimachen. Mit seinem Bedarf an Postwertzeichen müßte sich ein jeder bald versehen. Zeitungen dürften nicht in den Tagen vom 19. bis 24. Dezember am Schalter der Postanstalten bestellt werden. Für die Bezahlungen am Postschalter sollte der Auf-

Lieferer das Geld abzugeben bereithalten. Die Befolgung dieser Ratsschlüsse würde der Post und der Allgemeinheit gleichmäßig zum Nutzen gereichen.

Ueberblick über den Berliner Milchmarkt.

Um einen Ueberblick über die Vorgänge auf dem Berliner Milchmarkt zu erlangen, haben sich die in der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin vereinigten 6 Stadtgemeinden (Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Neukölln, Berlin-Wilmersdorf, Berlin-Lichtenberg) entschlossen, eine gemeinschaftliche Verordnung über die Ein- und Ausfuhr von Vollmilch zu erlassen. Nach dieser Verordnung hat jeder, der gewerbsmäßig mit Milch handelt oder Milch erzeugt, sofern sich der Sitz seines Gewerbebetriebes in einer der oben genannten Stadtgemeinden befindet, am 1. und 15. jedes Monats der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin anzuzeigen, wieviel Vollmilch er in den vorhergehenden zwei Wochen eingeführt, von außerhalb bezogen oder hier erzeugt hat. Es ist also von den Gewerbetreibenden alle Vollmilch, die von außerhalb über die Grenzen des oben genannten Gesamtbezirks zu ihnen gelangt, anzugeben. Das gleiche gilt für die Ausfuhr von Vollmilch, gleichgültig, ob diese Milch von außerhalb nach Berlin gelangt oder hier erzeugt ist. Die Ein- und Ausfuhr sowie die Veräußerung von Vollmilch aus einem der oben genannten Stadtbezirke in den anderen fällt nicht hierunter. Es braucht also z. B. Milch, die von Berlin nach Charlottenburg oder von Lichtenberg nach Berlin gebracht wird, nicht angegeben zu werden. Dagegen ist eine Einfuhr von Grunewald nach Berlin anzugeben, weil hierbei die Grenze zwischen Grunewald und Charlottenburg überschritten wird. Das für diese Anzeige vorgeschriebene Formular wird in der wie üblich am Dienstag stattfindenden Sitzung des Sachausschusses o. der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin festgesetzt werden und kann von dem nächsten Tage ab von dem Bureau dieser Preisprüfungsstelle abgeholt werden.

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hofft mit Hilfe des ihr hierdurch zugehenden Materials eine ungenügende Zufuhr und eine drohende ungleichmäßige Verteilung der Milch über Berlin rechtzeitig erkennen und die entsprechenden Maßnahmen ergreifen zu können.

Der Sachausschuß für Hülsenfrüchte.

Der Sachausschuß für Hülsenfrüchte, Kolonialwaren usw. der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin ist in der letzten Woche besonders der Preisbildung in der Konservenindustrie nachgegangen. Alle Preisprüfungen wurden in der gestrigen Sitzung zur Sprache gebracht; eine Reihe von Beanstandungen mußten vorgenommen werden, in denen große Firmen auf Grund frühzeitiger billiger Abschlässe hohe Gewinnzuschläge nehmen. Eine große Berliner Bienenhonigfirma hat auf Veranlassung der Preisprüfungsstelle ihre Preise wesentlich herabgesetzt.

Arbeiterbildungsschule. Der Unterrichtskursus über Polen, der am vergangenen Sonnabend wegen des Konkurses des Bezirksbildungsausschusses unterbrochen wurde, nimmt morgen Sonnabend, den 11. Dezember, seinen regelmäßigen Fortgang.

Todessturz eines Stadtrats.

Töblich verunglückt ist gestern nachmittag in dem Hause Mohrenstraße 58/59, dem sogenannten Zürichhaus, der 68 Jahre alte Stadtrat Robert Gruner aus Jütta in Sachsen. Der Förster dieses Hauses, der vor der Tür stand, hörte plötzlich einen dumpfen Fall im Innern des Gebäudes. Er ging hinein um nachzusehen und fand auf dem Flur des hohen Erdgeschosses einen alten Mann bestimmungslos daliegen, mit dem Kopf nach dem Baternostersfahrstuhl, mit den Füßen nach der dem Fahrstuhl gegenüber liegenden Steintreppe zu. Der Mann gab noch schwache Lebenszeichen von sich. Der Förster und ein Diener brachten ihn mit einer Droschke nach der Unfallstation in der Kronenstraße. Hier konnte der Arzt aber nur noch feststellen, daß er unterdessen schon gestorben war. Nach Papieren, Visitenkarten und dergleichen erkannte man in dem Toten den Stadtrat Gruner aus Jütta, der in dem Hause, in dem viele Versicherungen und andere Geschäfte ihren Sitz haben, geschäftlich zu tun gehabt hatte. Der betagte Mann ist entweder aus dem Baternostersfahrstuhl gefallen und hat sich dabei überschlagen, oder die Steintreppe herabgestürzt. Beides ist nach der Lage der Leiche möglich, das letztere wahrscheinlicher.

In einer Konditorei erschossen hat sich gestern nachmittag der Meist Friedrich Kietzer aus Frankfurt a. M., der hier im Depot in der Köpenicker Straße lag. Der junge Mann besuchte eine Konditorei in der Reichenberger Straße, las eine halbe Stunde lang bei Kaffee und Kuchen die Zeitungen, ließ sich dann Papier und Schreibzeug geben, setzte sich in einem Nebenzimmer mit dem Rücken gegen die Schaufensterhebe auf das Sofa, schrieb einen Brief an seinen Hauptmann, verschloß ihn und schloß sich hierauf aus einem Revolver großen Kalibers eine Kugel in das Herz. Das Geschloß durchschlug den Körper und die Leiche des Sofas, prallte an der starken Schaufensterhebe ab und fiel zu Boden. Kietzer war sofort tot.

Von Eindringern heimgejagt wurde in der Nacht zum Donnerstag die Gemeindevorstandsstelle in der Treßowstraße in Niederschönhausen. Durch Hochdrücken der Rollläden verschafften sich die Spitzbuben Einlaß in den Laden und stahlen 10—12 Zentner mageren Speck, der erst am Tage vorher zur Abgabe an Gemeindeglieder angeliefert worden war. Außerdem liegen sie die Wechselkasse mit etwa 20 Mark Kleingeld mitgehen.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

In der Sitzung vom Mittwoch teilte der Vorsitzende vor Eingang in die Tagesordnung mit, daß die sozialdemokratische Fraktion eine Interpellation eingebracht hat, die den Magistrat anfragt, welche Maßregeln er zur Behebung der Zustände beim Butter-, Schmalz- und Speckverkauf zu ergreifen gedenkt. Zu einer Vernehmung kam es nicht, der Magistrat ist, wie Oberbürgermeister Scholz erklärte, vorläufig noch nicht in der Lage, die Anfrage zu beantworten, da zurzeit über diese Frage entscheidende Verhandlungen sowohl in Groß-Berlin wie bei den Reichs- und Staatsbehörden stattfinden. Voraussichtlich wird die Beantwortung in vierzehn Tagen erfolgen.

Nach Anführung des neugewählten Stadtrats Goerig nahm die Versammlung eine Reihe von Vorlagen ohne allgemeines Interesse debattelos an. Die am 14., 15. und 16. November vollzogenen Stadtverordnetenwahlen, durch die der Verfallstand der Fraktionen keine Veränderung erfuhr, wurden für gültig erklärt. An Stelle des Stadtrats Fonternans aus Posen, der nach erfolgter Wahl die Annahme des Amtes abgelehnt hat, wurde Beigeordneter Richter aus Quer zum besoldeten Stadtrat gewählt. Ferner bewilligte die Versammlung die vom Magistrat angeforderten 19 000 M. zur Errichtung von Leichenbauten am Fürstendamm Weg für Zwecke der Krankenhausverwaltung. Ebenso erteilte sie ihre Zustimmung zur Errichtung einer Beratungsstelle für Geschlechtskranke im Krankenhaus Kirchstraße. Wie der Magistrat in der Begründung seiner Vorlage ausführte, hat die Öffentlichkeit ein großes Interesse an der rechtzeitigen und ausreichenden Behandlung der Geschlechtskranke. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten müsse im Vordergrund der sozialhygienischen Forderungen der Zeit stehen. Das Bedürfnis der Bevölkerung, an zuständiger Stelle rechtzeitig Beratung zu finden, habe sich dank der Aufklärung über diese Frage vergrößert. In der Hauptsache wird es sich um die Beratung von Kriegsteilnehmern handeln. Einer Anregung aus der Mitte der Versammlung, auch die Krankenkranken zu berücksichtigen, an den Kosten der neuen Einrichtung heranzuziehen, versprach der Magistrat Folge zu leisten.

Zu Unterstützungen für städtische Ruhegehaltsempfänger stellt die Verwaltung dem Magistrat 2500 M. zur Verfügung, und zwar 1500 M. für Arbeiter und 1000 M. für Lehrpersonen. Es sollen nicht schlechtere alle Ruhegehaltsempfänger eine Teuerungszulage erhalten, vielmehr soll die Gewährung einer solchen in Form einer Unterstützung erfolgen und von dem Nachweis der Bedürftigkeit abhängig gemacht werden.

Eine längere Debatte knüpfte sich an die Magistratsvorlage betr. Beschaffung von selbstfahrenden Kraftwagen und Straßenreinigungsmaschinen für den Betrieb der Straßenreinigung. Die hohen Forderungen des Unternehmers, an den die Straßenreinigung bisher vergeben war, veranlaßt den Magistrat, bei der Veranschlagung die Einführung der eigenen Regie zu beantragen. Um dies Prinzip endbrannte eine heftige Diskussion. Während sich Genosse Ebert namens der Sozialdemokraten für die eigene Regie aussprach, sind die Ansichten unter den Liberalen geteilt. Eine Klärung wird wohl erst in dem Ausschuss erfolgen, dem die Vorlage überwiesen wurde.

Aus der Wittenau-Vorfigwalder Gemeindevertretung.

In der letzten Sitzung machte Bürgermeister Witte davon Mitteilung, daß die Mängel bei der Gaslieferung namentlich durch die Legung eines stärkeren Zuleitungsröhres behoben sind; die Vertretung erklärte sich mit der Vornahme dieser Arbeiten einverstanden. Der Gemeindevorsteher Haenisch hat aus Anlaß seines 25-jährigen Direktorjubiläums und 40-jährigen Dienstjubiläums bei den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken von der Gemeinde eine besondere Ehrung erfahren, indem eine neue Straße nach ihm benannt worden ist; für diese Ehrung hat Herr Haenisch der Gemeinde ein Geschenk von 5000 M. gemacht, das als Feliz Haenisch-Stiftung von der Vertretung angenommen wurde. Die Zinsen aus diesem Kapital sollen alljährlich an die Ortsarmen verteilt werden. Der Weiterbewilligung der Teuerungszulage an Gemeindebeamte und Lehrer, einmalig 10 Proz. des Einkommens, wurde ebenfalls zugestimmt, ebenso der Bewilligung von 10 000 M. zur Beschaffung von Weihnachtsgeschenken für Kriegsteilnehmer. Ein Hundepaket, teilweise mit Lebensmittel aus dem Bestande der Gemeinde, sollen den Kriegsteilnehmern demnächst zugestellt werden, auch die Mannschaften der in der Vorfigwalder Schule untergebrachten Maschinenfabrikarbeiter sollen bedacht werden. An Kriegsunterstützung werden von der Gemeinde monatlich über 40 000 M. ausbezahlt und an Lebensmittel sind seit Ende April beschafft worden u. a. für 74 000 M. Schinken, Speck u. dergl., für 50 000 M. Kartoffeln, 16 000 M. Heringe, 12 000 M. Butter, 11 000 M. Schmalz, 10 000 M. Margarine, 8000 M. Wurstwaren, 5000 M. Eisbrenn- und Pösteleisch, je 2000 M. Rindfleisch, Seefische, Röhre, 1000 M. Gemüse, Kohl usw., 400 M. Corned beef, 200 M. Delfardinen und verschiedenes andere. Die Lieferung größerer Mengen Nahrungsmittel, besonders von Wurst und Seefischen, ist zu verbältnismäßig hohen Preisen abgeschlossen. In gemeinsamer Sitzung wurde noch Bürgermeister Witte zum Kreisstadtsabgeordneten gewählt.

Milchkarten in Steglitz.

Um bei der jetzigen Milchknappheit wenigstens die Ernährung der Kinder sicherzustellen, gelangen vom 13. Dezember ab Milchkarten zur Einführung. Diese für einen Monat gültigen Karten berechtigen zum täglichen Kauf von 1 Liter Milch für Kinder bis 2 Jahre, von 1/2 Liter für Kinder von 2 bis 4 Jahren und von 1/4 Liter für Kinder von 4 bis 11 Jahren. Bis 10 Uhr morgens an Wochentagen und 9 Uhr Sonntags dürfen Milchgeschäfte nur an Karteninhaber verkaufen. Für Kuchhalter sind besondere Verkaufszeiten festgesetzt. Anträge auf Ausstellung von Milchkarten sind an den Gemeindevorstand, Geschäftsstelle für Brot- und Wehlerzeugung, Schloßstr. 25, zu richten. Es empfiehlt sich, zum Ausweise über das Alter der Kinder, die nötigen Stempelkarten mitzubringen.

Städtischer Schmalzverkauf in Spandau.

Der Magistrat gibt bekannt: Diejenigen Kriegerfrauen, welche bisher einen Gutschein zum Bezug von Schmalz nicht erhalten haben, wollen denselben unter Vorlegung eines Ausweises bis spätestens Freitag, 1. Uhr mittags, im Zimmer 139 des Rathauses in Empfang nehmen. Der letzte Schmalzverkauf für Kriegerfrauen und Kriegerwitwen findet am Freitag dieser Woche von 9 bis 12 Uhr statt. Gutscheine, welche nicht spätestens an diesem Tage eingelöst sind, verlieren ihre Gültigkeit.

Aus aller Welt.

Die Meuterei in Shanghai.

Der Petersburger Telegraphen-Agentur zufolge ist der aufständische Kreuzer „Chaofo“ genommen worden. Die Mehrzahl der Aufständischen wurde erschossen; in der Stadt sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

„Times“ gibt folgende Darstellung des Aufstands und der Meuterei an Bord des Kreuzers „Chaofo“: Als der Kreuzer auf das Arsenal zu feuern begann, antworteten zwei andere Kreuzer. Das dauerte eine halbe Stunde. Einige Granaten fielen in die Franzosenkolonie. Eine Bombe zerstörte ein Restaurant. In der französischen Kolonie wurde beträchtlicher Schaden angerichtet. Ueber die Ursache des Aufstandes gehen allerlei Gerüchte um. Unter anderem wird behauptet, daß Ran-ling sich unabhängig erklärt habe. Weiter wird über den Aufbruch gemeldet: Die der Regierung treu gebliebenen Schiffe schossen auf den Kreuzer „Chaofo“, beschädigten den Bug und schossen die Brücke in Brand. Die Räubführer der Meuterei schiffen sich aus und wußten zu entkommen. Die Verluste an Bord waren 4 Tote und 5 Verwundete. Die „Chaofo“ wurde nach dem Dock gebracht. Die Besatzung blieb an Bord. Als die Meuterei an Land kamen, um das Arsenal anzugreifen, warfen die Offiziere die Schlüssel der Magazine weg. Auch Unruhen in den Vorstädten wurden mit geringen Verlusten unterdrückt. Der ganze Zustand verlief ergebnislos.

Die Gerüchte, daß Ranling sich unabhängig erklärt habe, entbehren nach einer neueren Meldung der „Times“ jedes Grundes.

Großer Speicherbrand in Genua. Die Mailänder Blätter berichten über eine heftige Feuersbrunst, die im Hafen von Genua ausgebrochen ist. Hier große Anlagen von Schuppen mit ungeheuren Mengen von Stearin, Mineralölen, Wolle, Baumwolle, Kautschuk und Holz wurden vollständig zerstört. Die Ursache des Brandes ist unbekannt. Der Warenschaden allein beträgt mehrere Millionen.

Ein Bürgermeister verschwunden. Der Bürgermeister Weinhart von Lutzstadt ist seit zehn Tagen verschwunden. Der Grund dafür ist unerklärlich, da alle Reports in Ordnung sind. Weinhart ist seit 18 Jahren im Amt.

Durch Dämpfe verbrüht. In Höhenfargis (Kreis Friedeberg, Neumark), wurden in der Brennerei des Gutsbesizers Nirenndorf, Reilow, durch ausströmenden Dampf, drei Arbeiter getötet, zwei lebensgefährlich verletzt.

Von einem Stier getötet. Der 73-jährige Alenteilempfänger Bagels aus Niebau (Provinz Sachsen) wurde von einem plötzlich wütend gewordenen Stier umgerissen und derartige getreten, daß er beunruhigt liegen blieb. Er starb, ehe ein Arzt hinzugezogen werden konnte. Der Stier mußte erschossen werden.

Eine Watten- und Rindermilch zum Tode verurteilt. Die Besitzerin Henriette Holstein aus Neu-Buffalien (Kreis Labiau) wurde vom Schwurgericht in Königsberg wegen Mordes, begangen durch Arsenvergiftung an ihrem ersten Ehe-

mann, an ihrer elfjährigen Tochter erster Ehe und an ihrem zehn-jährigen Stiefsohn, dreimal zum Tode verurteilt. Verneinungsgrund war Dabstucht.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 400 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Stab der 88. Inf.-Div. Garde: 1. und 2. Garde-Reg. 3. B. (letzteres f. auch Feldfliegertruppe); 4. und 5. Garde-Reg. 3. B.; 2. Garde-Reg.-Reg.; Garde-Gren.-Regiment Alexander und Augusta; Garde-Rif.-Reg. Feld-Inf.-Batt. und Rekrutendepot der 2. Garde-Reg.-Div. (letzteres f. Feld-Inf.-Batt. der 2. Garde-Reg.-Div.). Lehr-Inf.-Reg. Gren.-, bezw. Inf.-, bezw. Rif.-Regiment Nr. 1, 2, 3, 6, 9 bis einschl. 12, 17, 18, 20, 21, 24, 25, 30, 41 bis einschl. 45, 48, 51, 55, 66, 67, 69, 70 (f. auch Feld-Inf.-Batt. der 31. Inf.-Div.), 72, 73, 75, 77 bis einschl. 80, 83 bis einschl. 86, 88, 89, 91, 92, 93, 96, 97, 98, 100 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 109), 110 bis einschl. 114, 128, 129 (f. Gebirgs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 229), 131, 132, 136, 138, 142 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 109 und Ref.-Inf.-Reg. Nr. 29), 147, 149, 151, 153, 155 bis einschl. 158, 160, 161, 162, 165, 168, 170 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 109), 171, 173, 174 (f. auch Feld-Inf.-Batt. der 31. Inf.-Div.), 176, 189, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 249, 252, 255, 257, 259, 262, 268, 269, 272. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 29. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 4. Landw.-Inf.-Regiment Nr. 4, 5, 7, 15, 19, 30, 33, 37, 38, 46 bis einschl. 49, 57, 61, 65, 75, 80, 81, 84, 99, 109, 118, 350. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1. Landst.-Inf.-Regiment Nr. 8, 11, 23. Batt. Wach (f. Inf.-Reg. Nr. 375). Feld-Inf.-Batt. der 31. Inf.-Div. Feld-Inf.-Komp. Nr. 166 (f. Feld-Inf.-Batt. der 31. Inf.-Div.). Brig.-Inf.-Bataillone Nr. 58, 82, 84 (alle drei f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 29). Landw.-Brig.-Inf.-Batt. Nr. 27 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1). Landst.-Inf.-Bataillone: 1. Andernach, Gartenstein, 1. Coblenz, 1. Siegen, 2. Lörrenz, 1. Siegburg, 1. Elftit (f. Inf.-Reg. Nr. 381), Waldenburg. Zusammengesetztes Landst.-Inf.-Batt. Marienwerder-Kastellburg (f. Inf.-Reg. v. Kurnatowski). Landst.-Inf.-Bataillone: 4. des 7. Armeekorps (Vielefeld), 3. Hamburg, 14. des 4. Armeekorps (Lorau). 1. Landst.-Inf.-Ausbildungs-Batt. des 11. Armeekorps (Ohdruf). Leubungs-Batt. der 31. Inf.-Div. (f. Feld-Inf.-Batt. der 31. Inf.-Div.). 2. Garnison-Batt. des 7. Armeekorps. Jäger-Bataillone Nr. 4 und 6 (f. auch Abt. v. Restorff); Ref.-Batt. Nr. 9. Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 239 und 282; Feld-Maschinengewehr-Büge Nr. 236 und 243 (beide f. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 3); Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 8 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 40).

Kavallerie: Husaren Nr. 4 und 17; Manen Nr. 9. Feldartillerie-Regiment Nr. 58. Pionier-Regiment Nr. 19 und 29; Bataillone: I. Nr. 4, I. und II. Nr. 6, II. Nr. 11, I. und II. Nr. 14, I. Nr. 17, I. Nr. 21, III. Nr. 28; Ref.-Batt. des Pionier-Batt. Nr. 11. Ref.-Pionier-Kompagnien Nr. 49 und 51; 1. Landst.-Komp. des 11. Armeekorps. Minenwerfer-Komp. der 2. Garde-Reg.-Div. und Nr. 252; Leichte Minenwerfer-Abt. Nr. 227. Verhebrstruppen: Festungs-Heimwehrzug Towo Georgiewsk. Leichte Kanonierstation Nr. 4 der 5. Kav.-Div. Feldfliegertruppe. Train: Korps-Brückentrains Nr. 3 und 7. Fahrbare Kogelbatterien-Unterstützungsstelle Nr. 3. Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 1 des 1. (siehe Sanitäts-Komp. Nr. 1 des 2. Armeekorps), Nr. 1 des 2. und Nr. 3 des 16. Armeekorps. Feldlazarett Nr. 1 des 8. Armeekorps; Ref.-Feldlazarett Nr. 82. Armierungs-Bataillone Nr. 10, 26, 34, 35, 45, 47, 49, 55, 84, 94, 99, 103, 105, 107, 115, 117. Kriegs-Verwaltungämter.

Die bayerische Verlustliste Nr. 240 meldet Verluste des 2., 3., 4., 6., 7., 8., 10., 11., 12., 14., 15., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24. Inf.-Reg.; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 4, 5, 14, 17, 19, 20, 22, 23; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1, 2, 3, 6, 7, 8, 10; Brig.-Inf.-Batt. Nr. 2, 6, 7; Landst.-Batt. Baffau I, Schweinfurt, I. Schwere Reiter-Reg.; 5. Chevauleger-Reg. 4., 6., 7., 8., 9. Feldart. und Feldart.-Gr.-Reg.; 1. Fuhrart.-Reg., Batterie: Nr. 302, 368; Ref.-Fuhrart.-Reg. Nr. 1 und 3. Pionier-Reg., 2. Batt., Komp. Nr. 21. Ref.-Pionier-Batt. Nr. 2 und 3; 1. Landw.-Komp. 3. Armeekorps. Landw.-Sanitäts-Komp. 2; Armierungs-Bataillone Nr. 1 und 4; Etappen-Kraftwagen-Kolonie Gernersheim; Verichtigungen.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 234 wird mitgeteilt, deren Inhalt wir getrennt angeben. Die württembergische Verlustliste Nr. 816 veröffentlicht Verluste des General-Lieutenant, Stab; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 51; Gren.-, Ref.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 120; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 121; Gren.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 123; Inf.-Regiment Nr. 124, 125; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 126; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 248; 3. Landw.-Pionier-Komp.; Verluste durch Krankheiten; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Marienpark. Sonnabend, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet die Jugendaktion einen gemüthlichen Abend im Jugendheim Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 76, Hofpartee. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Kamerame Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (B. a. G.) zu Hamburg. Filiale Baumhäuserweg. Den in Treptow wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 11. Dezember, abends 7—10 Uhr, im Lokal von Wolfram, Eisenstraße 101 (Ede Reiholzstraße) faßtet wird.

Eingegangene Druckschriften.

Jugend-Kalender 1916. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. 160 Seiten. Preis 50 Pf.; für Jugendliebe, durch die Jugendausschüsse bezogen, 25 Pf.

Wirtschaftlicher Taschenkalender 1916. Geb. 60 Pf. — E. Reinhardt, München.

Die Karikatur im Weltkrieg. Von E. Schulz-Besser. 1,80 M. — E. A. Seemann, Leipzig.

Geschichte der Deutschlands Zukunft. Das Faust-Gespräch von O. Luden. 1 M., geb. 1,50 M. — E. Curtius, Berlin W. 5.

Aus Natur und Weltbewußt. 129 Politische Hauptströmungen in Europa im 19. Jahrhundert. Von R. Th. Heigel. — 167: Die Kunst- und Literaturgeschichte. Von E. Lührn. — Einzels. 1 M., geb. 1,25 M. — E. G. Teubner, Leipzig.

Taschenkalender aller Kriegsjahre. 1 M. In Leinenband 1,25 M. — E. Schmalz u. Co., Berlin S. 14.

Schipp! Schipp! Hurra! Von R. Droscher. 30 Pf. — Vogel und Vogel, Leipzig.

Tommys Tagebuch. — **Vassilovs Tagebuch.** Beide von R. Kerbert. Einzels. 1,50 M., geb. 2 M. — Vita, Deutsches Verlagshaus, Berlin-Charlottenburg.

Uns'rem Tagebuch 1914. Von A. Gengeler. 6. Kappe. 4 M. — E. Schmalz, München.

Während des Weltkrieges. Skizzen und Novellen von E. Rütke. 1 M., geb. 1,50 M. — E. G. Reinhold u. Söhne, Dresden.

Der Tropenpflanzer. Nr. 11. Zeitschrift für tropische Landwirtschaft. Herausgegeben von O. Warburg und F. Wittmann. Erscheint monatlich. Jahrg. 12 Nr. — „Der Tropenpflanzer“, Berlin, Pariser Platz 7.

Arbeiterinteressen und Kriegsergebnisse. Ein gewerkschaftliches Kriegs-Buch. Herausgegeben von B. Langen. 2 M., geb. 3 M. — Verlag der Internationalen Korrespondenz u. Baumeller, Berlin-Karlshorst.

Eine Kriegsvorlesung über die Volkswirtschaft. Von Dr. H. Biene. 80 Pf. Springer, Berlin W. 9.

Gund II ab' der? Altkampfbücher-Kalender, aufgegeben von J. E. Kabe. (Ludlow-Düker 8. Bd.) 50 Pf. Ludlow-Düker, Hamburg.

Briefkasten der Redaktion.

Die faktische Erbschaftsfindet für Abonnementen Endebr. 3, IV. 1916, letzter, letzter, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 8 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Wertliche Antworten nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementauskunft beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen frage man in der Sprechstunde mit. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

— **H. P. 99** Ja, innerhalb sechs Wochen nach dem Tode. — **K. 10** Abonnement Widenhorst. Sie können Antrag auf höheren Mietsatz stellen. — **W. G. 101** Verhängung der Forderung tritt mit dem 1. Januar 1916 ein. — **GH** Wenn der Hauswirt auf Ihre Aufforderung hin den Betrag nicht zurückzahlt, müssen Sie noch vor Schluss dieses Jahres die Abzahlung durch einen Zahlungsbefehl erwirken. — **Hoffnung 1916**.

Senden Sie sich zunächst mit einem Gesuch an das Gericht, von dem die Beurteilung erfolgt ist. Die Militärbehörde erhält Kenntnis von der Bestrafung. — **Wiederach St.** Unserer Meinung nach brauchen Sie sich nicht zu melden. Wenn die Frau selbst invalid ist, hat Sie auf Grund der geliebten Marken des Ehemannes Anspruch auf Witwenrente; die Kinder erhalten die Halbwaisen. — **W. S. 13** Ja. — **J. H. 27** 1. Das richtet sich nach der Höhe des Objektes. Die Dauer des Verlaufs läßt sich nicht voraussagen. — **W. G. 70** 1. Rein. 2. Abgehend dafür sind die Statuten der Kasse, die Sie einlegen müssen. 3. Rein. — **P. S. 2** Wenn die Kartoffeln verrotten sind, können Sie die Annahme verweigern für den Schaden müsste der Schadenbetrug haben. — **Tina Feldhof** 1. Ja. 2. Rein. 3. Sie müssen für den Vater den Unterhaltungschein einreichen; der Vater muß dann selbst den Antrag auf Unterhaltung bei der zuständigen Steuerbehörde stellen. — **W. 1** Da Ihrem Sohne die Abzahlung für die zweite Debit des Monats doch schon gezahlt sein muß, so wird Ihnen kein weiterer Anspruch zustehen. — **Helenje 2** 1. Der Abzug wird nicht nur für Beiträge zur Invalidenversicherung,

sondern auch für die Krankenversicherung erfolgen. 2. Nach einer Auskunft des Kriegsmaterialamts soll den älteren und verheirateten Mannschaften, soweit es der Dienst irgend zuläßt, Urlaub gewährt werden, auch ohne daß die früher geforderte amtliche Bescheinigung beigebracht wird. — **Op. 2** Nach den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes für die Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern muß die Unterstützung für das uneheliche Kind von der Gemeinde gezahlt werden, wo das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Das ist in diesem Falle doch Bohnsdorf. Senden Sie sich mit einer Bescheinigung an den Kreisaußschuß des Kreises Jellow in Berlin, Bittorstraße 17/18. — **Bruno 1915** 1. Rein. 2. Senden Sie sich an den Gemeindearbeiterverband um Ausstellung eines neuen Mitgliedsbuches. — **H. S. 53** Ja. — **Charlottenburg L. Rein**.

Veteranenfürsorge für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Zunächst noch vielfach heiter. Später im Westen beginnende neue Trübung. Erwärmung und im Osten nur geringe, im Westen härtere Niederschläge.

Zur Beachtung für unsere Abonnenten



Goethes Heines Kellers Werte

Jedes Werk kostet 4 Mt. und ist einzeln zu haben

In je drei geschmackvollen Bänden erhält der Arbeiter all das, was unsere großen Dichter und Denker an Unvergänglichem und Wertvollem geschaffen haben, und diese unvergängliche Quelle geistiger Erquickung, Erhebung und Bildung sollte in keiner Arbeiterwohnung fehlen. Was früher nur dem Besitzenden zu erlangen möglich war, kann sich hier auch der Arbeiter erwerben. Und schon mit Rücksicht auf die heranwachsende Jugend sollte auf keinem Weihnachtstisch wenigstens eines der hier aufgeführten Werke fehlen. Dem Wunsch, billige Klassiker Ausgaben für die Arbeiter zu schaffen, ist unser Parteiverlag im Einverständnis mit dem Parteivorstand nachgekommen. Arbeiter, macht hiervon ausgiebigen Gebrauch.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 3, Laden

Bestellchein.
Untergeichnete bestellt hiermit frei Haus bei

Stamm: _____
Wohnung: _____

Goethes Heines Kellers Werte

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
14. Abl. Bez. 097.
Am Mittwoch, den 8. Dezember, verstarb unsere Genossin, Frau **Emma Schämel**
Südingerstr. 73.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philipus-Nikolaikirchhofes, Müllerstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel. Bez. 312.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau **Martha Giese**
Koppenstr. 23
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Nikolaikirchhofes in Köpenick aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gatte **Reinhold Schulz**
Reußstr. 87, am 2. Dezember nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Reußdiner Friedhof, Mariendorfer Weg, statt. 2977b
Witwe Helene Schulz und Kinder.

Am 23. November fiel auf dem Schlachtfelde unser lieber Sohn, der Armierungssoldat **Ernst Röhl**.
In tiefem Schmerz seine trauernden Eltern und Brüder Erich und Ernst, zugeht im Felde. 2978b

Marmelade Engroslager
Nettelbeckstraße 16
Fernstr. Hollendorf 1430
Offertiert: 104/7
Frischkostmarmelade (aus reinen Früchten u. Fruchtzucker) Wd. 0.45.
Pflaumenmarmelade (m. Apfel- u. Birnenmark) Wd. 0.65. Verkauf in einzelnen Gläsern a je 25 Stück.

Stiefelsohlen,
Paar 95 Pf.
zum Selbstunterrichten. Komplett aufgemacht mit Gummiabfüßen **Gerren 2.95, Damen 2.50, Pantoffel 10, Schöneberg, Marienstr. 29, Reußdiner, Hermannstr. 17, Rantstr. 118, Alexanderstr. 8.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Moritzplatz 10023, 3578. Bureau: Rungestraße 30.
Heute Freitag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Rungestraße 30:

Sitzung der Ortsverwaltung.
Modell- und Fabriktschler sowie Modelldrechler.
Branchenversammlung
am Montag, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Waldt, Pflugstraße 5.
Tagesordnung: Die Feuerungsanlagen in unserem Gewerbe.

Nachtrag! Die Zahlstelle 30 ist von Landsberger Straße 8 nach Köpenickerstraße 33 bei Lehmann verlegt.
Billets zur Vorstellung am Sonntag, den 12. Dezember, in Obiglos Festsaal, Köpenickerstr. 29: „Hänsel und Gretel“ sind in allen Zahlstellen zu haben.

Die Auszahlung der Weihnachtsunterstützung
an die Frauen der zum Heere einderufenen Kollegen erfolgt vom Montag, den 13. Dezember, bis 22. Dezember in nachstehender Reihenfolge:
Für Frauen, deren Familiennamen anfangen mit den Buchstaben:

Montag, den 13. Dezember	Dienstag, den 14. Dezember	Mittwoch, den 15. Dezember	Donnerstag, den 16. Dezember	Freitag, den 17. Dezember
A: 8 Uhr Ba: 9 Be: 10 Bl-Bi: 11 Bo: 12 Br-Bz: 4	C: 8 Uhr Da-De: 9 Di-Do: 10 Dr-Dz: 11 E: 12 F: 4	Ga-Ga: 8 Uhr Go-Gs: 10 Ha: 12 He-Hz: 4	J: 8 Uhr Ka-Ke: 9 Ki: 10 Kl-Ko: 11 Kr-Kz: 4	La: 8 Uhr Le: 9 Li: 10 Lo-La: 11 Ma: 12 Me-Mz: 4

Sonntag, den 18. Dezember	Montag, den 19. Dezember	Dienstag, den 21. Dezember	Mittwoch, den 22. Dezember
N: 8 Uhr O: 9 1/2 Pa: 11 Pe-Pa, Q: 12	Ra: 8 Uhr Re: 9 Ri: 10 Ro-Rz: 11 Sa: 12 Se-Sz: 4	Sch-Sch: 8 Uhr Schl-Sch: 9 Scho-Schu: 10 Schw-Schw: 11 St: 4	T: 8 Uhr U-V: 9 Wa-Wi: 10 Wi-Wz: 11 1/2 X, Y, Z: 4

Sonntag nachmittags wird nicht gezahlt. In der Zeit von 1 bis 4 Uhr ist das Bureau geschlossen. Um unnötigen Andrang zu vermeiden, wird gebeten, diese Einteilung genau befolgen zu wollen.
91/5 Die Ortsverwaltung.

Für Weihnachtsmärkte!
Größter Schlag! 50-Pf.-Artikel, Wert 3 Mark.
104/5 Engel, Romintener Str. 13. Öffn. 9215.

Münzen kauft Ball, Münzenhandlung, Büchelstr. 40/47
Pantoffelhölzer! geben ab in einzelnen Paaren zum Selbstbelegen.
Dolger, Fandré & Co., Luxemburger Str. 32.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
Trotz des Krieges Hefero
Wohnz. 134-196, 203.50, 255.75, 293, 363, 446, 534
Schlafzimmer . . . 242, 322, 360, 429, 495, 553
Speisezimmer . . . 323, 447, 715, 748, 935, 1395
Herrenzimmer . . . 205, 337, 473, 503, 576, 823
Küchen 37.25, 47, 60, 79, 94, 105, 121, 138, 193
Einrichtungen bis 10 000 M.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. Illustrierter Katalog Nr. 13 gratis und franko!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal von Riedel, Hufschmiedstr. 40:
Gruppen-Versammlung
der **Werkzeugschleifer und Schleiferinnen.**

Tagesordnung:
1. Gruppenangelegenheiten. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Kollegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht aller, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.
Den Kollegen zur gefl. Kenntnis, daß die Zahlstelle von G. Lachotzki, Landsberger Str. 8, eingegangen und nach Goldbach, Friedrichsberger Str. 27, 128, 111 verlegt worden ist.
Die Ortsverwaltung.

Trotz des Krieges!
— verkauft jetzt Engros-Geschäft zu enorm billigen Preisen —
Herren- und Burschen-Winter-Ülster!
Serie I 28.00 Serie II 32.00 Serie III 36.00
sowie einzelne Maßstücke, teils auf Seide, im Werte bis 100 R.
Verkauf nur Freitag von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.
Sonnabend von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends.
Sonntag von 8-10 Uhr vormittags und von 12-8 Uhr abends.
— G. Lachotzki, Königstraße 48 III —
im Hause von Belmonte, Goldwaren-Geschäft.

Herren- u. Burschen-Ülster und Anzüge.
Im Einzelverkauf: Serie I M. 19.50 II M. 24.50 III M. 29.50
Verkauf von 10 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. 1963
Sonnabend bis 8 Uhr. Sonntag 12-8.
Kleiderfabrik Königstr. 49 IV. (Fahrtstuhl)

SINGER NÄHMASCHINEN
für Hausgebrauch und für den Erwerb.
Zu haben in den Läden mit nebenstehendem Schild oder durch deren Agenten.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Filialen in allen Stadtteilen.

Wichtig für Herren!
Wegen bevorst. Einberufung
gibt erste Herrenkleider-Fabrik
Ulster, Paletots, Anzüge, fertig und Maß
jetzt auch im Einzelverkauf ab
Verkaufzeit 10-8. Sonntag 12-8.
Holkenmarkt 7-8, IV., Ecke Eltergasse. Fahrstuhl.

Central-Haus Jägerstr. 13 I.

Conc. Lelthaus
Besamntverleger: Alfred Bielew, Kienhölln. Für den Inseratenteil verantwortlich: Ed. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Berlin SW.